SKANDAL!!

autonomes
Blättchen
#7



SETZT KOPFGELD AUF DSK AUS!

Verhör des Guten

Tritt vor: Wir hören
Dass du ein guter Mann bist.

Du bist nicht käuflich, aber der Blitz
Der ins Haus einschlägt, ist auch
Nicht käuflich.
Was du einmal gesagt hast, dabei bleibst du.
Was hast du gesagt?
Du bist ehrlich, sagst deine Meinung?
Welche Meinung?
Du bist tapfer.
Gegen wen?
Du bist weise.
Für wen?
Du siehst nicht auf deinen Vorteil.
Auf wessen denn?
Du bist ein guter Freund.
Auch guter Leute?

So höre: Wir wissen
Du bist unser Feind. Deshalb wollen wir dich
Jetzt an eine Wand stellen. Aber in Anbetracht deiner Verdienste
Und guten Eigenschaften
An eine gute Wand und dich erschießen mit
Guten Kugeln guter Gewehre und dich begraben mit
Einer guten Schaufel in guter Erde.

Bertolt Brecht

Spenden:
Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Impressum:
autonomes Blättchen Nr. 7 - Oktober 2011

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:
E-Mail: autonomes-blaettchen@riseup.net
PGP-Key auf Anfrage oder bei
antimilitarimus.blogsport.de

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1,
30167 Hannover

Einsendeschluss für 8. Ausgabe:
31.12.2011

Im Internet zu Gast bei:
antimilitarismus.blogsport.de

ViSdP:
Uwe Binias,
Waterloostr. 9,
Hannover

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Hallo werte_r Leser_in,

das Autonome Blättchen Nr. 7 kommt zwar etwas später heraus als geplant, dafür aber mit einer sehr erfreulichen Nachricht: Das Verfahren, wegen dem diese Zeitung gegründet wurde, ist eingestellt worden! Wegen Mangel an Beweisen gibt es nun keinen Prozess wegen Versuchter Brandstiftung gegen unseren Genossen. Und wir gestehen, ein Fläschchen Sekt haben wir uns darauf gegönnt.
Die Soligruppe, von der das Zeitungsprojekt ja seit Anfang des Jahres autonom existiert, hat einen kleinen Text dazu verfasst. Diesen teilen wir inhaltlich voll und ganz und gratulieren zu über 2 Jahren solidarischer Unterstützungsarbeit. Schön, dass die Verfolgungsbehörden bei der Kriminalisierung des antimilitaristischen Widerstandes einen kleinen Dämpfer bekommen haben.

In dieser Ausgabe geht es auch um andere Aktionen gegen Militarismus – jedoch bleibt dabei das Agieren der Gegenseite nicht unbeachtet. Wir haben einen Text im Repertoire, der sich mit der Enttarnung von und dem Umgang mit Bullenspitzeln beschäftigt.
Es gibt eine Fortsetzung der Castor-Schottern-Debatte. Den Beitrag finden wir zwar zu polarisierend, das gönnen wir uns kommentierend zu erwähnen, aber wir erwarten gerne Erwiderungen und weitere Diskussionsbeiträge.
Für überregional relevant halten wir außerdem den Diskussionsbeitrag der Gruppe „Das Grollen des Excytzyufggd..." (oder so ähnlich). Es lohnt zu lesen, finden wir, und einige Aspekte zu diskutieren. Wir erwarten eure Beiträge für die nächste Ausgabe!
Ansonsten haben wir einen großen, interessanten Batzen mit regionalem Bezug. Das ist aber auch für die Nicht-Hannoveraner_innen lesenswert! Zum Beispiel die „Kampagne Ahoi – für ein autonomes Zentrum" und Historisches zum ollen Haudegen Lettow-Vorbeck.
In vielen Städten dürften Plätze und Straßen nach ihm benannt sein. Wir regen an, zu Umbenennungen zu schreiten.
Na, und es gibt noch einiges mehr zu entdecken in dieser Ausgabe.
Leider aber nichts zum Stand der stockenden revolutionären Entwicklungen in Nordafrika und zu den Riots in Britannien. Übrigens ist die britische Polizei gerade dabei 30.000 (!) Menschen allein im Großraum London festzunehmen, die an den Plünderungen beteiligt gewesen sein sollen. In den nächsten Wochen wollen sie das geschafft haben – auch dank Facebook...
Wir hingegen setzen trotz Armut eine Belohnung aus: Wem es gelingt Dominique Strauss-Kahn zu ohrfeigen, der oder die bekommt von uns eine Sahnetorte (nach belieben auch vegan)! Auch der Versuch wird belohnt!

Ach so: Es ist ja nun so, dass selbst die Berliner Interim nur noch alle 4 Wochen erscheinen kann und auch die ehrwürdige Göttinger Drucksache nur noch online zu finden ist. Woran es liegt? Am Geld. Zu wenig Spenden. Auch wir haben in 2 Jahren noch kaum einen Cent bekommen; außer nach konkreten Betteleien. Es kann also sein, dass es dieses Blättchen irgendwann ganz plötzlich nicht mehr gibt – wenn ihr nicht spendet. Auf jeden Fall werden wir nicht davon ablassen, eine vierteljährliche Zeitung zu machen, die bundesweit umsonst zur Verfügung steht. Wir brauchen pro Ausgabe einen hohen dreistelligen Betrag. Also her damit. Am besten im sicheren Umschlag an die Postadresse. Da gibt es tatsächlich einen Briefkastenschlitz an der Tür, wo man Millionen rein schmeißen kann...
Die nächste Ausgabe dürfte dann zu Neujahr erscheinen. Haltet die Ohren steif und schickt uns Texte.

Euer Redaktionskollektiv

Rosenpavillon-Verfahren eingestellt!



Am 22.08.2011 hat die Staatsanwaltschaft Hannover das seit dem 21.08.2009 laufende Verfahren eingestellt. Polizei und Staatsanwaltschaft ermittelten ziemlich genau zwei Jahre gegen unseren Genossen. Letzten Endes hat ihr Anklagekonstrukt nicht gehalten und sie waren gezwungen die Verfolgung aufzugeben. Die Einstellung erfolgte nach dem § 170 StPO, also aus Mangel an Beweisen bzw. weil ein_e Täter_in nicht zu ermitteln war. Einstellungen nach § 170 StPO kommen einem Freispruch in einer Gerichtsverhandlung gleich. Wir begrüßen diese Einstellung sehr. Wir freuen uns aber nicht nur darüber, dass unser Genosse nun nicht mehr von einer Verurteilung bedroht ist. Wir freuen uns auch darüber, dass es der Polizei bis heute weder gelungen ist, diejenigen zu ermitteln, die versucht haben den Rosenpavillon aus Protest gegen das Bundeswehr-Sommerbiwak im Jahr 2009 anzuzünden, noch diejenigen zu finden, denen es ein Jahr später gelungen ist, den Pavillion tatsächlich abzufackeln. Nicht so erfreulich ist, dass die Staatsanwaltschaft nach der Auswertung des bei der Hausdurchsuchung beschlagnahmten PC ein weiteres Verfahren gegen unseren Genossen eröffnet hat. Dieses Verfahren wegen des Vorwurfs der Urheberrechtsverletzung ist immernoch anhängig. Wir sehen in diesem Verfahren vor allen Dingen einen Versuch, den Beschuldigten über die weitere Beschlagnahme seines PCs doch noch zu bestrafen, obwohl es für eine Verurteilung wohl auch in diesem Verfahren nicht reichen wird. Sobald es dazu neues zu berichten gibt, werden wir uns wieder zu Wort melden.

Wir sind nicht davon überrascht, dass die Staatsanwaltschaft und der polizeiliche Staatsschutz die Einstellung den Medien gegenüber verschweigen. Schließlich hatten sie nicht nur nach der Hausdurchsuchung bei dem ehemalig



Beschuldigten im Jahr 2009, sondern auch nach dem es 2010 einen erfolgreichen Brandanschlag auf den Rosenpavillon gab, so getan, als sei ein Schuldiger bereits ermittelt.

Diese Vorverurteilung diente nach unserer Einschätzung lediglich dazu, den Widerstand gegen Krieg, Bundeswehr und Biwak einzuschüchtern und zu kriminalisieren. Dass dies nun gescheitert ist, nehmen wir zum Anlass erneut festzustellen: Kriminell sind diejenigen, die Kriege führen und nicht diejenigen, die Widerstand dagegen organisieren. Wir fordern weiterhin alle Menschen auf, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Krieg und Militär vorzugehen. Zu guter Letzt wollen wir den vielen Menschen danken, die unsere Solidaritätsarbeit in den letzten zwei Jahren mit ihrer Hilfe, Teilnahme an Demos, Geld oder einfach ein paar solidarischen Worten unterstützt haben.

Soligruppe Rosenpavillon

Widerstand gegen das Sommerbiwak 2011

Am 08. Juli 2011 hat das 38. Sommerbiwak der 1. Panzerdivision Hannover stattgefunden.

Mit drei Demos, vielen kleinen Aktionen und einigen militanten Aktionen im Vorfeld wurde versucht das Fest der Militaristen und Militaristinnen zu stören und die anreisenden Gäste zu verjagen.

Auch wenn die Demos durchgängig erfreulich offensiv, laut und aggressiv waren, ist es den Bullen insgesamt gelungen den Stadtpark und das Congress Centrum abzuschirmen.

Leider ging nicht nur die Zahl der Biwakgäste erneut stark zurück. Auch die Demos waren mit ca. 300 Teilnehmer_innen deutlich weniger gut besucht als im letzten Jahr.

Die Bullen nahmen mehrere Rauchbombenwürfe auf sie und ihre Pferdestaffel zum Anlass eine Person brutal anzugreifen und dabei sie sowie zahlreiche solidarisch zu Hilfe Eilende mit Pfefferspray- und Knüppeleinsatz zu verletzten.



Ab 17 Uhr versammelten sich zahlreiche Antimilitarist_innen vor Hannovers Congress Centrum um lautstark gegen das Gartenfest der 1. Panzerdivision und der Stadt Hannover zu protestieren und die anreisenden Gäste zu stören. Nach einer kurzen Auftaktkundgebung zog der erste Demozug mit ätzender Krachmusik entlang des Stadtparks. Zweimal musste dabei laut Auflage die Musik unterbrochen werden „um die Ohren der eingesetzten Beamten zu schonen". Diese Pausen wurden für Redebeiträge, die Gäste und Soldaten angriffen, genutzt. Sowohl Musik als auch der Redebeitrag waren derart laut, dass sie im Stadtpark gehört wurden.

Auf dem Rückweg gerieten einige mit der Bahn anreisende Gäste direkt in die Demo und wurden, zwar sichtlich geschockt aber recht schnell, von den Bullen gerettet.

Anschließend zog eine zweite Demo durch das angrenzende Zooviertel zum Hindenburg Haus und zurück zum Theodor-Heuss-Platz. Dabei wurde die ungebrochene Tradition des deutschen Militarismus, die nicht zuletzt durch die Ehrenbürgerschaft Hindenburgs in Hannover deutlich wird, thematisiert. Am Platz angekommen lief die Demo weiter Richtung Congress Centrum und die ersten Rauchbomben flogen.

Den Bullen gelang es aber schnell die Demo wieder auf den Platz abzudrängen. Ein paar weitere Rauchbomben flogen und einige Gäste verirrten sich erneut in die Demo um dann zügig wieder heraus zu straucheln.

Kurze Zeit später griffen Festnahmeeinheiten eine Person an. Diese konnte, trotz eines eingelegten Sprints, leider nicht entkommen und solidarisch zu Hilfe Eilende wurden mit Pfefferspray und Knüppeln angegriffen und mehrere verletzt. Auch die festgenommene Person wurde noch nach der Festnahme geschlagen und ein Ohrring wurde herausgerissen. Ihr wird nun Verstoß gegen das Versammlungsgesetz (Pyrotechnik) und Widerstand vorgeworfen. Sie und eine weitere wegen angeblicher Vermummung herausgegriffene Person wurden am Abend wieder entlassen. Beide sind wohl auf. Durch den Polizeiangriff verzögerte sich die Abschlussdemo stark, zog dann aber erneut lautstark und wütend entlang des Stadtparks zum Stabssitz der 1. Panzerdivision.

Im Vorfeld des diesjährigen Biwaks hat es zwar weniger militante Aktionen gegeben als das letzte Jahr, aber die Aktionen, die es gab haben in der Stadt für ziemliche Furore gesorgt. Insbesondere die Markierung der Wohnung eines Leutnants, der Vorsitzender der Reservistenkameradschaft an der Uni Hannover ist, hat die Bundeswehr, ihre Freunde und Freundinnen geschockt und war sowohl medial als auch beim Fest selber (u.a. in der Rede des Bürgermeisters Weil) Thema. (siehe Doku 1 bis 3) Auch Plakate, die die Verwundung des Kommandeurs der 1. Panzerdivision und der ISAF in Nordafghanistan mit: „Am 8. Juli ist wieder Sommerbiwak, diesmal gibt es was zu feiern - Endlich hats den Richtigen erwischt!" kommentierten, haben einen sensiblen Punkt getroffen.

Der deutliche Rückgang der Gästezahlen verdeutlicht, dass es selbst einigen eingefleischten Militaristen und Militaristinnen, angesichts der „eigenen Toten" (afghanische Opfer interessieren da sowieso keinen), komisch vorkam zu feiern.
Die Weigerung des Pressesprechers des antimilitaristischen Aktionskreises Region Hannover (AMAK) sich von militanten Aktionen zu distanzieren, hat zwar zu einer Anzeige von Hannovers CDU-Chef Dirk Toepfer wegen vermeintlichen Aufruf zu Straftaten aber nicht zu einem Konflikt im Bündnis geführt. Dies zeigt einerseits eine Stärke des Bündnisses und andererseits, dass die Militaristen und Militaristinnen, ziemlich nervös und angepisst waren.
Auch wenn es nicht gelungen ist den Widerstand weiterzuentwickeln, bzw. an Betracht der geringeren Demonstrant_innenzahl und weniger Aktionen eingestanden werden muss, dass es im Gegenteil schon mal besser gelaufen ist, kann festgehalten werden, dass auch die Jahre langen Ächtungen und Angriffe auf Gäste stark dazu beigetragen haben, dass immer weniger kommen.
Die Zahlen die heute durch die Presse geistern (5.000 – 5.500) sind eher unglaubwürdig, da noch vor drei Tagen weniger als 3.000 Karten vergeben waren. Doch selbst wenn es 5.000 gewesen sind, sind es trotz des massiven Verteilens von Freikarten, weniger als im letzten Jahr.
Insgesamt muss aber eingestanden werden, dass die diesjährigen Proteste gegen das Kriegsfest im Vergleich zum letzten Jahr an Dynamik verloren haben.
Auch sind Bundeswehr und Bullen jedes Jahr besser auf Proteste und Störversuche eingestellt. Einerseits wird die Demo mittels Auflagen und direkten Angriffen immer weiter eingeschränkt andererseits werden die Gäste mittlerweile zum aller größten Teil nicht mehr entlang der Kundgebung/Demos, sondern durch einen Seiteneingang und über mit Pferdestaffel, Hubschrauber, Bullen auf Hausdächern und einem Heer von Zivis bewachten Wege geschleust.
Die antimilitaristische Bewegung in Hannover muss neue Wege finden, effektiv zu stören.
Dass deutlich weniger Leute motiviert werden konnten an den Protesten teilzunehmen, lässt sich nicht alleine auf eine schlechtere Mobilisierung und einen allgemeinen Abschwung antimilitaristischer Aktionen, erklären. So sehr die jahrelange Belagerung des Stadtparks auch gestört hat, so sehr war auch die Befürchtung richtig, dass die Mobilisierungsfähigkeit nachlässt, wenn es nicht etwas deutlich neues gibt.

Im Herbst entscheidet sich ob die 1. Panzerdivision nach der Bundeswehrreform in Hannover bleibt oder, wie bereits spekuliert wird, nach Oldenburg umzieht. Danach muss die antimilitaristische Bewegung diskutieren wie es weiter gehen kann. Die Mobilisierungen gegen das Biwak waren strategische Entscheidungen. Es ist ein Punkt an dem es gelungen ist die Bundeswehr und ihr Werben um Akzeptanz aus der Normalität zu reißen, es war aber nie ein Punkt an dem wirklich existenzielle Strukturen der Kriegsführung angegangen werden konnten.
In jedem Fall mussen wir diskutieren ob die strategische Linie die Bundeswehr zu ächten und mittels eines Bedrohungsszenarios Unterstützer und Unterstützerinnen zu verjagen, weiterhin der Schwerpunkt seien sollte. Das Biwak war ein guter Punkt, auch weil es leichter angreifbar ist, als die für die Kriegsführung wesentlich wichtigeren Strukturen wie die Feldjägerschule, in der In- und ausländische Militärs in Aufstandsbekämpfung trainiert werden oder der Fliegerhorst in Wunstorf, der zum zentralen (und wahrscheinlich zukünftig einzigen) Standort des Luftwaffentransportgeschwaders ausgebaut wird.
Wie können wir in Zukunft von einer Ächtung und symbolischen Angriffen zu einem tatsächlichen Eingreifen in Militarisierung und Kriegsführung kommen? Auch wenn das Biwak gar nicht mehr stattfinden sollte, hat sich diese Frage nicht erledigt.
Wenn es in Oldenburg stattfinden sollte, eröffnet das vielleicht Möglichkeiten gemeinsam mit den oldenburger Genoss_innen neue Wege zu gehen.
Doch auch wenn es weiterhin in Hannover stattfinden sollte, wird sich etwas ändern müssen. Denn so gut es ist, dass das was gelaufen ist, reicht um Schlagzeilen wie, „Belagertes Biwak – feiern unter Polizeischutz" und „Chaoten attackieren Sommerbiwak" und ein damit verbundenes Bedrohungsszenario zu produzieren, so sehr stimmt es auch, dass der Krawall in der Zeitung den Krawall auf der Straße nicht ersetzen kann.


Gewalt gegen Sommerbiwak

DAGEGEN KÄMPFEN DIE AKTIVISTEN: Das Sommerbiwak der Bundeswehr im Stadtpark. Fotos: Schaarschmidt

Der Protest wird schmutzig

- Neue Farbschmierereien an Soldatendenkmälern
- Polizei rechnet mit weiteren Störaktionen
- Innenminister: „Attacken mit nichts zu rechtfertigen"

Dokumentation 1: Endlich hats den Richtigen erwischt

Plakat und Text zu der Verwundung des Generalmajors Kneip

„Man konnte Sommerbiwak feiern, obwohl in Kunduz mindestens 140 Zivilist_innen von der Bundeswehr ermordet wurden!
Man konnte Sommerbiwak feiern, obwohl in Talokan mindestens 14 Demonstrant_innen von der Bundeswehr erschossen wurden!
Man konnte Sommerbiwak feiern, obwohl immer wieder Soldaten mit Mannschaftsdienstgraden starben!



Endlich gibt es einen Grund den Krieg in Afghanistan mit einem Sommerbiwak zu feiern!
Endlich hat es die Richtigen erwischt!
Endlich hat es die erwischt, die die Verantwortung für diesen babarischen Krieg tragen.
Ein Major aus dem Führungsstab der 1. Panzerdivision ist tot!
Der hannoversche Generalmajor Markus Kneip, Kommandeur der Isaf in Nordafghanistan, überlebte den Anschlag schwer verletzt, mit Brand- und Splitterwunden!
Endlich ein Grund zum feiern!!!
Jedes Jahr feiert die 1. Panzerdivision ihr Sommerbiwak. Dieses Jahr ist sie die Leitdivision der Bundeswehr und der ISAF in Nordafghanistan.
Wir werden sehen ob sie unsere Freude teilt und weiter feiert."



Dokumentation 2: Soldatendenkmäler mit Farbe verziert

„Wir haben in der Nacht zum 28. Juni sechs Soldatendenkmäler in Hannover mit Teerfarbe verziert.
Anlass gab uns das bevorstehende Sommerbiwak der 1. Panzerdivision.
Während die Bundeswehr in Afghanistan wütet, feiern die Stadt und das Militär gemeinsam im Stadtpark um die gesellschaftliche Akzeptanz des Militärs zu stärken.
Unsere Aktion richtet sich gegen dieses abscheulich zynische Fest, gegen Militarismus und Heldentum.
Das Sommerbiwak angreifen!
Kein Frieden mit der Bundeswehr!
Gegen Krieg und Militär!"

Dokumentation 3: Anschlag auf Wohnung von Leutnant

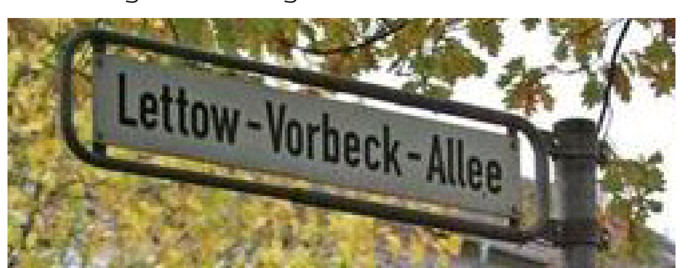


„Wir haben in der Nacht vom 26.06. auf den 27.06. Leutnant Marco Langerwisch zu Hause besucht.
Wir haben das Türschloss seiner Wohnung im Engelbostelerdamm 71 verklebt und die Tür mit Farbe markiert.
Außerdem haben wir eine Schablone gesprüht, die den Nachbarn und Nachbarinnen erklärt, dass die Wohnung von Marco Langerwisch markiert wurde, weil er ein Rang hoher Soldat ist und für den Krieg wirbt.
Langerwisch ist Leutnant der Reserve und Vorsitzender der Reservistenkameradschaft an der Uni Hannover. Universitäten sollten Orte des Fortschritts sein und nicht die Voraussetzungen zum Krieg führen schaffen.
Der Krieg beginnt hier!
Am 8. Juli Sommerbiwak und Soldaten angreifen!
Bundeswehr abschaffen!"

Die Kolonialverbrechen Lettow-Vorbecks

Und die Revision der Geschichte durch seine Nachkommen

Die zwei Töchter des Generals Paul von Lettow-Vorbeck (1870-1964) (geborene von Lettow-Vorbeck, nun beide eingeheiratete zu Rantzau´s), klagen aktuell gegen den Historiker Helmut Bley. Bley hatte 2008, in einem von der Stadt Hannover in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Gutachten, argumentiert, dass Lettow-Vorbeck wegen seiner Beteiligung an Kriegsverbrechen und Verletzungen der Menschenrechte in den deutschen Kolonialkriegen ungeeignet sei, um in Hannover durch Straßennamen gewürdigt zu werden (siehe dazu Zusammenfassung des Gutachtens).
Die Nachkommen des deutschen Kolonialkriegers werfen Bley eine Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener, Verleumdung und die Behauptung falscher Tatsachen vor. Der von ihnen beschäftigte Anwalt sowie ein bestellter „Gutachter" lassen sich dem nationalkonservativen bis extrem rechten Spektrum zurechnen. Der sogenannte Gutachter, Stefan Scheil, schreibt für einschlägige Publikationen wie die „Junge Freiheit", „Deutsche Geschichte" oder „Sezession" und vertritt unter anderem die These, der zweite Weltkrieg sei nicht von Deutschland ausgegangen und der Angriff auf die Sowjetunion sei eine Präventivmaßnahme gegen das angebliche sowjetische Machtstreben gewesen. Der Anwalt steht dem „Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen" nahe, der das Andenken an die schöne Kolonialzeit und ihre Helden pflegt.
Die Klage ist ein Versuch von Rechtsaußen, kolonialkritische Geschichtswissenschaft und Historiker_innen durch juristische Einschüchterungen zum Schweigen zu bringen.
Am 02.08.2011 fand der erste Verhandlungstag dieser Privatklage im Amtsgericht Hannover statt. Dieser war für den_die voreingenommene_n Zuschauer_in ein recht lustig anzusehendes Spektakel. Denn der Kolonialverbrechernachwuchs stellte, neben seinem widerlich geschichtsrevisionistischen Weltbild, vor allem die juristische Unfähigkeit seines Anwalts zur Schau.
Zunächst trug er elf Zitate aus dem Gutachten des Historikers Bley vor und behauptete sie seien unwahr und er fordere eine Verurteilung nach den genannten Anklagepunkten. Daraufhin belehrte die Richterin den Revisionistenanwalt, dass die von ihm vorgetragenen Anklagepunkte sich nicht miteinander verbinden lassen, da bei einem der Straftatbestände eine wider besseren Wissens behauptete Tatsache vorliegen müsse und bei anderen eine unwissentliche Falschaussage genüge. Die Richterin forderte die Klageführer also auf, für jedes der vorgetragenen Zitate auszuführen an welchen Stelle es welchen Straftatbestand erfülle und wie dies im einzelnen zu belegen sei.
Dem Anwalt schien bis zu diesem Zeitpunkt entgangen zu sein, dass er Klageführer einer Privatklage und nicht etwa Nebenkläger ist und somit die Rolle der Staatsanwaltschaft übernehmen müsste. Diese hatte die Annahme der Klage verweigert.



Jedenfalls stammelte er nur ein bisschen herum, dass es jetzt nicht seine Aufgabe sei zu beweisen, dass die Aussagen des Historikers falsch seien und er außerdem davon ausgehe, dass sehr wohl alle drei Anklagepunkte erfüllt seien. Daraufhin erläuterte die Richterin erneut, dass sie die Klage so nicht annehmen könne. Da der Anwalt des adeligen Militaristenpacks weiter nur dumm herum lamentierte, schlug sie nun eine außergerichtliche Einigung vor.
Wie sie sich das vorgestellt hat bleibt wohl ihr Geheimnis. Denn eigentlich sollte selbst jeder noch so kleinen Leuchte klar seien, dass es nicht möglich ist sich gütlich in der Mitte zu treffen, wenn es sich um historische Fakten auf der einen und revisionistische Verleumdung kolonialer Verbrechen auf der anderen Seite handelt. Doch was soll man von einer deutschen Richterin erwarten? Zumal sie ihre (zumindest sprachliche) Nähe zu kolonialem und rassistischem Denken bereits einige Monate zuvor unter Beweis gestellt hatte, als sie in einem Prozess gegen drei hannoveraner Antifaschisten, mit dem Hinweis wir seien hier nicht in Tacka-Tucka-Land, Ruhe im Gerichtssaal einforderte.
Jedenfalls wurden die Zuschauer_innen des Gerichtssaals verwiesen, damit sich die Parteien über eine eventuelle außergerichtliche Einigung verständigen konnten.
Auf dem Gerichtsflur war den adeligen Geschichtsrevisionist_innen, die Empörung über den bisherigen Verlauf des Verfahrens buchstäblich ins Gesicht geschrieben und sie brach sich in gereizten Beschimpfungen gegen die anwesenden, antimilitaristischen Zuschauer_innen bahn.

Irgendwie wirkten sie so, als ob ihnen gerade schmerzlich bewusst wurde, dass die Zeiten in denen Vaterlandsverrat vor Standgerichten endete und Adelstitel noch wirklich etwas zählten, vorbei sind.
Zurück im Gerichtssaal verkündete die Richterin, wenig überraschend, dass sich die Parteien nicht gütlich geeinigt hatten und forderte die Kläger_innen auf eine zulassungsfähige Anklageschrift zu verfassen und Beweise beizubringen. Um ihnen dafür genügend Zeit einzuräumen, wurde der nächste **Verhandlungstermin auf den 6.12.2011** festgelegt. Also kann sich jede_r selbst ein Bild, von der Selbstverliebtheit der adeligen Kolonialistenbrut und ihrem Versuch die Verbrechen ihres Ahnen zu verleugnen und zu verharmlosen, machen. Allerdings sei darauf hingewiesen, dass bis auf Weiteres dem Bedürfnis des Historikers Helmut Bley, dass das Verfahren nicht zur öffentlichen Agitation genutzt werden solle, nach gekommen werden sollte. Allerdings ist alleine das Zugucken auch schon unser Zutun lohnenswert.

Antimilitaristische Beobachter_innen

Wir haben das Gutachten des Historikers Helmut Bley massiv gekürzt und alle Fussnoten, Belege und Literaturhinweise raus genommen. Wer diese haben oder die ungekürzte Version lesen möchte, schaue in die Online-Veröffentlichung „Hannoversche Geschichtsblätter Nr. 62/2008."
In Eckigen Klammern stehen unsere Anmerkungen oder Wortergänzungen.

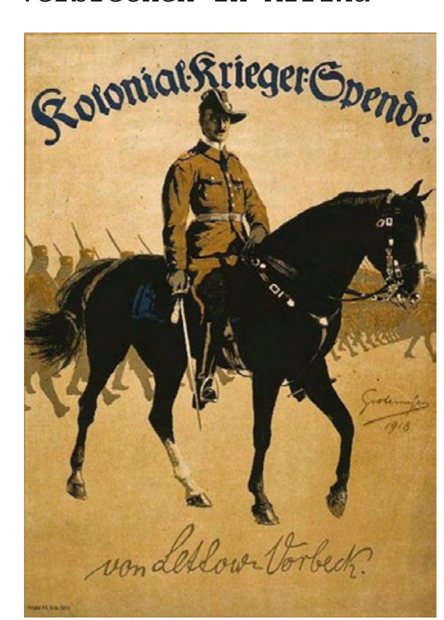
In den Kästen stellen wir einige der deutschen Militärs vor, nach denen ebenfalls Straßen in Hannover benannt sind.

Gutachten über Paul von Lettow-Vorbeck

[Einleitung]

Im Auftrag der Stadt Hannover galt es, auf geschichtswissenschaftlicher Grundlage ein Gutachten über das Handeln von Paul von Lettow-Vorbeck (1870-1964) [abgekürzt L-V] zu erarbeiten.
Geklärt werden sollte:
1. ob Lettow Vorbeck eine Person ist, die Ziele und Wertvorstellungen verkörpert, die im Widerspruch zu den Grundsätzen der Verfassung [und] der Menschenrechte stehen und
2. ob L-V schuldhafte Handlungen persönlich anzulasten sind.

Das zentrale Motto, das sich durch seine gesamte militärische Tätigkeit zog, konzentrierte sich auf den Begriff: „ rücksichtsloses Durchgreifen". Es entsprach seinem jeweiligen Feindbildern: Chinesen, Schwarzen, Roten. Er war damit einer der exponierten deutschen Militärs, der die Politisierung und Radikalisierung des Militärs vorangetrieben hat.
Dazu zählen die rücksichtslose Durchsetzung der Herrschaft in den Kolonien, die Betonung des absoluten Vorranges des Militärischen gegenüber den Zivilbehörden, die aktive Teilnahme am Staatsstreich und radikalisierte Umgang gegen Zivilbevölkerung einschließlich Parlamentariern in gegenrevolutionärer Absicht vor allem aber zur Absicherung der Interessen der Freikorps und einer verselbständigten Armee in der Weimarer Republik.
Diese Kontinuität des Denkens und Verhaltens und jeder Verzicht auf Reflexion über seine Maßstäbe und sein Verhalten stellen das herausragende Ergebnis der Analyse dar.
Er gehörte auf keinen Fall zu dem Personenkreis, der sich hinter Befehlsnotstände zurückzog.
Insgesamt ist festzustellen, dass Lettow-Vorbeck persönlich an Kriegs- und Menschenrechts-Verbrechen in Afrika und Deutschland, wahrscheinlich auch in China beteiligt war. In seinen Memoiren bekennt er sich zu allen Exzessen noch 1957 auch wenn er sie mit Euphemismen wie „Härte", „äußerte Schärfe" oder „Durchgreifen" etc. abzuschwächen versucht oder mit Schweigen übergeht.





Helmuth Graf von Moltke, (1800-1891) war ein preußischer Generalfeldmarschall und hatte als Chef des Generalstabes leitende Verantwortung für die Ausarbeitung der Pläne für den Deutsch-Dänischen Krieg 1864, den Deutschen Krieg gegen Österreich, Sachsen, Hannover und Kurhessen (Preußisch-Österreichischer Krieg) 1866 und den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 beteiligt.
Der Moltkeplatz im Stadtteil List trägt seinen Namen.

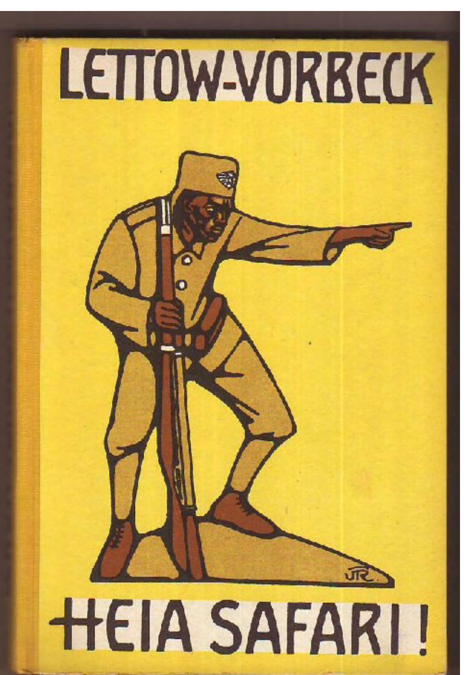
Die Phasen im Einzelnen

Der Boxerkrieg

L-V meldete sich im Juli 1900 freiwillig zum Expeditionskorps für China. Das Expeditionskorps war aufgestellt worden, weil das Deutsche Reich an der Aufteilung von Einflusszonen in China beteiligt sein wollte.
Obwohl die Besetzung und Plünderung Pekings durch amerikanische, britische und französische Truppen schon erfolgt war, setzte das Deutsche Reich die Ernennung des Grafen Alfred von Waldersee als oberkommandierenden Generalfeldmarschall durch. [Dieser] konzentrierte sich auf Strafexpeditionen insbesondere in der Provinz Zhili. Auch nach Aussagen von Waldersee selbst führten diese Expeditionen zu Massakern und Gewalttaten der deutschen Truppen, sowie zum umfassenden Gebrauch von Standgerichten. Er verglich die Brutalität des Krieges in China gerade auch während der Friedensverhandlungen mit der Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges.
Vor Entsendung des Expeditionskorps hatte Kaiser Wilhelm II die Truppen in Bremerhaven mit seiner „Hunnenrede“ am 27.7.1900 verabschiedet, die auch L-V hörte und in seinen Memoiren rechtfertigte. Wilhelm II: "Kommt Ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer Euch in die Hände fällt, sei euch verfallen!"
In Feldpostbriefen schilderten Soldaten das grausame Töten auch der Zivilisten auf den Strafexpeditionen. L-V schweigt in seinen Memoiren vollständig darüber und erwähnt nur die Plünderung Pekings, die vor Ankunft der deutschen Truppen erfolgt war, als ein Verhalten der Alliierten, was für deutsche Truppe nicht in Frage käme. Da er auch an Kampfhandlungen beteiligt war und in den Memoiren ein Standgericht schildert, waren ihm die Vorgänge bekannt. Im Übrigen begründete er in China ein enges Verhältnis zu Waldersee, der ihn nach seiner Ausbombung in Bremen im Zweiten Weltkrieg auf seinem Schloss in Schleswig- Holstein aufnahm. Ihm müssen die Gräuel und auch die Verantwortung Waldersees bekannt gewesen sein. Durch die deutsche Presse ging der Vorwurf, dass Waldersee abgeschlagene Köpfe von Chinesen gesammelt und nach Deutschland gebracht habe. Sie wurden in seinem Schloss gemäß Augenzeugen noch ca. 1970 in der Empfangshalle ausgestellt, bis dann der Enkel sie entfernte. Auch dadurch muss L-V auf die Gräuel aufmerksam gewesen sein. Eine direktere Beweisführung ist nicht möglich. Allerdings wurde er zum Hauptmann befördert und mit allliierten Orden ausgezeichnet.

Der Krieg in Namibia/Südwestafrika

Die Erfahrung des brutalisierten Guerillakrieges ohne irgendeine rechtliche Beschränkung [prägte sich] ein. Seine weitere militärische Praxis ist in dieser Hinsicht von großer Kontinuität geprägt.
Nach Ausbruch des Herero-Krieges im Januar 1904 wurde v. Trotha zum Kommandeur ernannt. L-V wurde dem Stab Trothas als „Erster Adjutant“ zugeordnet und war u.a. für das Kriegstagebuch zuständig und an der operativen Planung der Schlacht am Waterberg beteiligt. Er unterstützte das Konzept der Kesselschlacht gegen die Herero. Die Vernichtungsschlacht, die auch L-V befürwortete, war so angelegt, dass bei dem dann tatsächlich erfolgten Ausbruch den Herero nur der Weg durch die Wüste blieb, in der sie u.a. unter Besetzung der Wasserstellen durch die verfolgenden deutschen Truppen und durch Suchkommandos bis auf ca. 2 000 von 16 000 Menschen vernichtet wurden. L-V hat sich an dieser Verfolgung beteiligt.



Den bekannten Vernichtungsbefehl v. Trothas, dass „jeder Herero mit oder ohne Gewehr“ erschossen werden solle und die anschließenden Organisation der Konzentrationslager mit einer Todesquote von 55% der gefangenen Herero und Nama, Frauen Männer und Kinder wurden mit einer positiven Würdigung der Politik Trothas in den Memoiren pauschal gerechtfertigt.: „Dem General von Trotha sind wegen seines rücksichtslosen Durchgreifens von mancher Seite Vorwürfe gemacht worden. Ich glaube, dass ein Aufstand solchen Umfanges erstmal mit allen Mitteln ausgebrannt werden muss. Der Schwarze würde Weichheit nur als Schwäche sehen."
Er wurde später selbst Oberkommandierender. L-V wurde nach der Schlacht am Waterberg zum Niederkämpfen der Nama abkommandiert, die zunächst an der Schlacht auf deutscher Seite beteiligt waren. Auch im Zuge dieser Kriegführung wurden Gefangene meist hingerichtet oder zumindest in Ketten und Halseisen gelegt.

Der Feldzug in Ostafrika im ersten Weltkrieg

Seine Beziehungen zu Wilhelm II haben offensichtlich ausgereicht, dass dieser ihn im Oktober 1913 sowohl zum Kommandeur der Schutztruppe in Kamerun als auch in Ostafrika ernannt[e]. Im April 1914 wurde diese Doppelaufgabe beendet und er blieb Kommandeur in Ostafrika. Dort setzte er dann seinen Willen zur umfassenden Kriegsführung nach Ausbruch des Krieges in Europa durch, was das Reichskolonialamt hatte verhindern wollen.
L-V setzte sich mit seinen militärischen Aktionen an der Grenze nach Kenia und einer erfolgreicher Abwehr einer britischen Landung bei Tanga gegen den Willen des Gouverneurs Schlee durch, der gemäß der auch mit dem Reichskolonialamt festgelegten Regeln im Kriegsfalle der Oberkommandierende war. Dennoch war L-V nicht zu stoppen, insbesondere nachdem er mit seinem Erfolg in Tanga Fakten geschaffen hatte. Für den Kontext des Gutachtens ist wichtig, dass damit L-V die Kriegsführung in Ostafrika eigenmächtig und in keiner Weise unter einem Befehlsnotstand verantwortlich betrieben hat.
L-V ging zum Guerillakrieg über. Er benutzte später dafür das Argument, dass er mit seiner Kriegführung alliierte Truppen vom europäischen Kriegsschauplatz fern gehalten hätte.
Dem gegenüber führte der vierjährige Guerillakrieg in Ostafrika (Tanzania) ab 1917 auch in Mozambique und in Zambia zu einem extremen Umfang an Zerstörung des Landes, der bäuerlichen Produktion, unzähliger Dörfer. Der Regierungsarzt Moesta, schätzte 1919 300 000 Tote unter den nicht an den Kampfhandlungen beteiligten Afrikanern durch Hunger und Krankheiten. Für die zwangsrekrutierten Träger ging er von 100 000-120 000 Todesfällen aus . Die Jagd nach flüchtigen Trägern war ebenfalls brutalisiert. Zunächst wurden Gefangene in Ketten gelegt, nachdem dieses Mittel erschöpft war, mit Telefondraht gefesselt. Gruppen von 6-8 Personen mussten so gefesselt marschieren. Kranke wurden auf Märschen liegen gelassen.
Teil der Taktik war, nach hinhaltenden Gefechten sich zurückzuziehen und Dörfer und Nahrungsmittel auf dem Rückzug zu vernichten, um den Alliierten die Nahrungsbasis zu entziehen und sie von der Versorgung aus Übersee abhängig zu machen. Die Zahlen, der auf „Strafexpeditionen" gegen „aufständische Eingeborene" von den deutschen Truppen verursachten Verluste sind nicht bezifferbar. Aber L-V hatte ständig mit afrikanischem Widerstand zu tun, sowie auch ganze Gruppen zu den Briten übergingen.

Nach eigener Aussage in seinem Tagebuch reagierte er auf diese Lage damit „mit unzuverlässigen Eingeborenen aufzuräumen" L-V befahl rücksichtsloses Vorgehen, ließ Menschen aufhängen und Dörfer verbrennen.
Es wurden auch vom deutschen Militär die von der Haager Landkriegsordnung verbotenen Dum-Dum Geschosse eingesetzt. Indische und portugiesische Kriegsgefangene wurden erschossen. Es kam zu Tötungen von Verwundeten. Lettow-Vorbeck wiederholte in diesem Kontext die Formel von Wilhelm II zum Boxerkrieg: „dass kein Pardon gegeben wird".



Denkmal in rosa aber für euch leider nur in schwarz-weiß

Alfred Graf von Waldersee (1832-1904) Nach dem Amtsantritt Wilhelms II.,1888, wurde Waldersee Nachfolger Moltkes als Chef des Generalstabs. In dieser Position stärkte er das Militär gegenüber der Politik und wirkte am Sturz Bismarcks 1890 aktiv mit. Waldersee wurde aber nicht, wie erhofft, Bismarcks Nachfolger. 1897 forderte Waldersee repressivere Maßnahmen gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Er forderte, eine Allianz von Kirche, Bürgertum und Militär, um Deutschland zu retten.
1900/01 erhielt er den Oberbefehl über die europäischen Interventionstruppen zur Niederschlagung des Boxeraufstandes im Kaiserreich China. Gegen „Widerstandsnester" der „Boxer" unternahm er blutige Strafexpeditionen und setzte somit die von Kaiser Wilhelm II. in seiner „Hunnenrede" geforderten Vergeltungsmaßnahmen in die Tat um.
Nach seiner Rückkehr 1901 wurde er Generalinspekteur in Hannover und verstarb 1904. Die letzten Lebensjahre verbrachte er in einer Villa in der Hohenzollernstraße am Rande der Eilenriede, die heute das Altenheim Walderseestift beherbergt. 1915 wurde gegenüber dem letzten Wohnsitz das Waldersee-Denkmal (siehe Foto) aufgestellt. Die Verlängerung der Hohenzollernstraße wurde nach ihm in Walderseestraße umbenannt. (Oststadt)

Diese Verrohung des Krieges blieb nicht auf die Truppen L-Vs beschränkt sondern galt auch für die Alliierten Truppen, die ebenfalls teilweise aus dem Lande lebten und Zwangsrekrutierungen vornahmen. Vergewaltigungen und Leichenfledderei waren ebenfalls auf beiden Seiten verbreitet.
Die Entscheidung für diesen brutalen Kolonialkrieg steht in der Verantwortung L-Vs. Seine Kriegführung der verbrannten Erde, ergab sich aus seiner Strategie. Zweifellos hat der Rassismus die Radikalisierung des Krieges befördert, wie dies bereits im Chinakrieg der Fall gewesen war. Persönliche Verantwortung für Kriegsverbrechen nach der Haager Landkriegsordnung und dem deutschen Militärrecht lag vor, nicht nur gegenüber Afrikanern sondern auch Soldaten der Alliierten. Demgegenüber wurde er nach seiner Rückkehr über Rotterdam nach Berlin mit seinen Soldaten in einer Serie großer Feste gefeiert. Er erhielt die Ehrendoktorwürde der Universität Berlin. Höhepunkt war der Marsch durch das Brandenburger Tor. In L-Vs Memoiren schilderte er diesen Triumphmarsch in einer Weise, in der noch 1957 die ganze Ablehnung der neuen politischen Verhältnisse [Weimarer Republik] zum Ausdruck kam. Dennoch meldete sich L-V noch am selben Tage bei Reichswehrminister Noske. Noske befahl ihm eine Freiwilligendivision aufzustellen, die später der Reichswehr eingegliedert werden sollte.

Die Besetzung von Hamburg aus Anlass der Sülze-Unruhen

Hintergrund des Einsatzes war, dass Hamburg im Frühjahr 1919 von schweren sozialen Unruhen heimgesucht wurde. Auslöser waren die schlechte Lebensmittelversorgung und die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung durch die Reichsregierung. Straßenschlachten, Erstürmung von Gefängnissen und Polizeiwachen führten dazu, dass der Belagerungszustand durch den Senat ausgerufen wurde. Deshalb forderte der Senat am 25.6.1919 von der Reichsregierung die Entsendung von Reichswehrtruppen. Die Hamburger Unruhen gehören in die Reihe der Streikbewegungen und sozialen Unruhen. Februar bis Mai 1919 war es zu schweren Unruhen in Bremen, Berlin, dem Ruhrgebiet und in Bayern gekommen, die zu blutigen Kämpfen mit den Freiwilligenverbänden der Reichswehr führten.

In dieser dramatischen Situation beauftragte Noske L-V, damit, als Reichswehrgeneral eine Truppe aus Freikorpsverbänden zusammenzustellen und in Hamburg einzugreifen. In diesen Verbänden von ca. 10 000 Mann waren vor allem jene Gruppen repräsentiert, die die Räterepublik in München mit Brutalität und auch Morden niederkämpft hatten und Truppen, die in Bremen und Dresden im Einsatz gewesen waren.
Allerdings hatte sich die Lage in Hamburg am 27.6.1919 wieder beruhigt, so dass eine Kommission aus Bürgerschaft und Senat nach Friedrichsruh fuhr, wo L-V bei der Fürstin Bismarck wohnte. Diese Kommission versuchte ihn vergeblich von der Besetzung Hamburgs abzuhalten. L-V verweigerte, mit der Begründung, die Entwaffnung der Bevölkerung und die Sicherung der Lebensmittelversorgung durchzusetzen. Die Sicherung der Lebensmittelversorgung durch die deutschen Häfen hatte auch Noske als Motiv der Intervention in Bremen genannt, was von der Forschung aber bezweifelt wird.
L-V erneuerte den Belagerungszustand am 28.6., was der Reichspräsident und Noske am 30.6. bestätigten. Damit ging die zivile und militärische Gewalt auf L-V über. Er nutzte sie exzessiv. „Die ersten Toten durch die Reichsexekution gab es während des Einmarsches. Es waren Arbeiter auf dem Weg zur Arbeit oder Passanten, die die Straße nicht schnell genug freimachten.“ Das Militär radikalisierte sich weiter, weil es der Hamburger Bevölkerung gelungen war, eine isoliert aus Lübeck einmarschierende Brigade zu entwaffnen und die Waffen in die Kanäle zu werfen. L-V rechtfertigte damit seine „Schärfe“. Er verbot jede „öffentliche, mündliche oder schriftliche Beschimpfung oder Bedrohung der Angehörigen der mir unterstellten Truppen“. Er ließ Bürgerschaftsabgeordnete verhaften, obwohl diese immun waren, verbot Zeitungen, und ließ Bekanntmachungen der SPD abreißen, Schulen schließen und Gewerkschaftshäuser besetzen. Das besondere Kriegsgericht sprach etliche Zuchthausstrafen aus. L-V behauptete in seinen Memoiren, die Hamburger Unruhen seien ohne großen Gewaltanteil kontrolliert worden: „Gottlob ging von mir als Afrikaner der Ruf der Rücksichtslosigkeit voraus“. Er gab „schärfste Befehle“.



Bundeswehrkaserne in Leer

Das Urteil der Literatur ist einhellig, dass in Hamburg eine extreme Militärdiktatur geherrscht hatte, obwohl die militanten sozialen Unruhen bereits beendet waren. Alle Rechtsgarantien für Parlament, Presse, Justiz wurden nach Bedarf aufgehoben und von der Schusswaffe auch gegen Unbewaffnete Gebrauch gemacht.

Lettow-Vorbeck als Putschist - Der Kapp-Lüttwitz Putsch

Bereits am 24. Juni 1919, also wenige Tage vor seinem Einsatz in Hamburg war L-V Teilnehmer an der Besprechung von Generälen mit Reichswehrminister Noske, in der er das Militär wenige Tage vor Verabschiedung des Versailler Vertrages von einer Militärrevolte gegen den Vertrag abzuhalten versuchte, weil dafür keine Massenbasis vorhanden sei. Dieser 24. Juni gilt als der Tag, an dem die deutsche Militärführung sich auch von Noske abwandte, den sie sich davor als Diktator hatten vorstellen können. Bereits am 26. Juli 1919, also noch während der Besetzung Hamburgs, fand eine Besprechung bei General Lüttwitz statt, bei der neben Anderen auch L-V teilnahm.
Die Literatur deutet dieses Treffen als Vorbereitung eine Militärdiktatur zu errichten.
Andere Generäle und Offiziere, die wie L-V unter dem Oberkommando von Lüttwitz vor dem Putsch standen, [haben sich] ihm verweigert, während L-V sich zur Verfügung stellte. Er war seit Juli 1919 über die Vorbereitungen zu einem Umsturz informiert –u.a, durch Kapp, dem künftigen „Reichskanzler" der Putschisten. Die Zustimmung zum Putsch begründete er noch in seinen Lebenserinnerungen. Er begrüßte. die „Entlassung" Reichspräsident Eberts durch die Putschisten. L-V stellte im Auftrag des Putschisten Lüttwitz seine Brigade 9 in Mecklenburg dem Putsch zur Verfügung und übernahm die „vollziehende Gewalt" am 14.3.1920.
Die Regierung in Schwerin, die sich der Aufforderung sich den Putschisten anzuschließen widersetzte, wurde verhaftet, während sich die Regierung Mecklenburg –Strelitz ihm unterwarf. Auch die Sicherheitsoffiziere Schwerins wurden verhaftet. L-V verbot die Veröffentlichung aller Mitteilungen von Reichs- und Landesregierungen. Außerdem wurde der Telefonverkehr unterbrochen sowie linksoppositionelle Zeitungen verboten und Versammlungen unter freien Himmel untersagt. Er richtete außerordentliche Kriegs- und Standgerichte ein, die auch Todesurteile aussprechen und innerhalb von 24 Stunden vollstreckt werden konnten. Streikführer und sonstige „Rädelsführer" des Widerstands gegen den Putsch waren davon besonders betroffen.

Als die Reichsregierung zum Generalstreik aufrief, der auch in Mecklenburg „weitestgehend befolgt und von Demonstrationen begleitet wurde", machten die Reichswehrtruppen von der Waffe Gebrauch. Schon am 14.3. hatte L-V über eine geheime Telefonleitung dem Freikorpsführer Rossbach befohlen, nach Schwerin zu kommen: „Dann nehmen Sie an Kräften, was Sie kriegen können, und kommen Sie her. Hier ist die rote Hölle los." Rossbach war einer der brutalsten Freikorpsführer mit Kampferfahrung im Baltikum. Seine Truppe war dann in Mecklenburg in besonderer Weise für viele Morde und Todesurteile verantwortlich.
L-V erkannte am 15.März aber bereits, dass der Putsch gescheitert war und anerkannte die Regierung Ebert-Bauer am 17.3. telefonisch wieder an. Das hatte ihn nicht gehindert, noch am 16.3.1920 massiv gegen den Generalstreik in Wismar vorzugehen. Sein Befehl lautete:
„1. Nach eingegangenen Meldungen hat die Arbeiterbevölkerung Wismars den Generalstreik erklärt, der nach allen hier vorliegenden Anzeichen über die Grenzen eines wirtschaftlichen oder politischen Streiks weit hinausgeht und gleichbedeutend dem Rätesystem ist…
Auf dem Lande um Wismar herum sind auf zahlreichen Gütern die Besitzer festgenommen, die Güter selbst als Besitztum der Arbeiter erklärt, also rein kommunistische Verhältnisse eingetreten.
2. Mit der Wiederherstellung gesetzlicher Zustände und der Ordnung in Wismar wird Generalmajor Ribbentrop beauftragt. Es ist in schärfster Weise durchzugreifen…
4. Zunächst ist in der Stadt Wismar Ordnung zu schaffen und die Entwaffnung der Bevölkerung Wismars durchzuführen, demnächst auf dem Lande um Wismar. Gegen die auf dem Lande umherstreifenden Banden ist in schärfster Weise einzuschreiten. Die Ruhe und Ordnung ist mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Werden Banden angetroffen, so ist mit ihnen nicht zu verhandeln, sondern sofort mit der Waffe gegen sie vorzugehen. Außerordentliche Kriegsgerichte werden von der Brigade eingerichtet. Bei Truppenteilen sind Standgerichte einzusetzen… Aburteilung durch Erschießen hat innerhalb 24 Stunden nach dem Urteilsspruch zu erfolgen… Gz. V. Lettow".
Am gleichen Tage hatte er Abschriften von Befehlen von Kapp und Lüttwitz verschickt, die daran erinnerten, dass „Rädelsführer und Streikposten" zum Tode durch Standgerichte verurteilt werden müssten. Es kam zur Beschießung der Stadt Waren. Dies erfolgte, obwohl L-V auf Anfrage der Stadt mitteilte, dass keine Anweisungen vorlägen.
Das Staatsministerium sah [nach Scheitern des Putsches] für die Vorgänge in Mecklenburg die alleinige Verantwortung bei L-V.

Das Hochverrats-Verfahren wurde dann durch Beschluss des Reichsgerichtes auf Grund des Gesetzes vom 4.8.1920, das Amnestie gewährte gegenüber Personen, „die an einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich mitgewirkt haben, sofern sie nicht Urheber oder Führer des Unternehmens sind“ [eingestellt]. Der Tatbestand des Hochverrates wurde also bestätigt, letztlich aber nur Kapp und Lüttwitz für verantwortlich erklärt. Hochverrat und Verantwortung für illegale Standgerichte und Todesurteile und Morde durch Aufforderung zum rücksichtslosen Schusswaffengebrauch, Verantwortung von Tötung insbesondere von Streikenden sind dementsprechend von L-V persönlich zu verantworten.

Verhältnis zum Nationalsozialismus

L-V wurde am 25.9.1933 vom nationalsozialistischen Bremer Bürgermeister in den bremischen Staatsrat berufen, der allerdings nur symbolische Bedeutung hatte. Als Mitglied des „Stahlhelm“ versuchte er bei Hitler und Röhm die Eingliederung des „Stahlhelms“ in die SA vergeblich rückgängig zu machen, blieb aber als Stahlhelmer in der SA. Er hatte Hindenburg zur Ernennung Hitlers als Reichskanzler gratuliert. Er wurde

im Zuge der Aufbauphase der Wehrmacht nach 1936 reaktiviert und war im Mobilmachungsfall als kommandierender General des stellvertretenden Generalkommandos des XI. Armeekorps in Hannover vorgesehen. Er nahm 1938 an einer einmonatigen Mobilmachungsübung teil, wurde dann im Anschluss in Ehren verabschiedet. Er erfüllte eine Propagandafunktion. Dem entsprechend wurden 1938 und 1939 Kasernen in Leer, Bremen und Hamburg nach ihm benannt. Im Kriege fielen seine beiden Söhne 1940 und 41. Sein Haus in Bremen wurde 1944 zerstört und er zog in das Haus des Grafen von Waldersee in Waterneversdorf in Schleswig-Holstein, seines Kommandeurs im Chinafeldzug.

Seine wesentliche Funktion wie auch schon in der Weimarer Republik lag aber in der Nutzung seines Ruhmes als Kolonial-Militär, der die Revisionsforderung nach Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien betrieb. Seinen Kampf in Ostafrika bis Ende November 1918 nutzte er, um noch am 31 März 1945 in einem Zeitungsartikel zu erklärten: „Wir kapitulieren nie.“Im krassen Gegensatz zu diesem Lebenslauf wurde sein Afrika-Mythos auch in der Bundesrepublik nicht nur durch die Traditionsverbände der Schutztruppen sondern auch durch die Bundeswehr und die Bundesregierung geachtet. Verteidigungsminister Kai Uwe von Hassel, sprach auf seinem Begräbnis, an dem auch Generäle der Bundeswehr teilnahmen.

Schlussfolgerungen

Im Sinne der Richtlinien für Straßenumbenennungen lässt sich damit feststellen, dass der gesamte militärische Lebensweg Paul von Lettow-Vorbeck im Widerspruch zu dem vorherrschenden Mythos und der Traditionspflege der Bundeswehr nach 1955 von schweren Menschenrechtsverstößen, aggressivem Rassismus und Kolonialismus, Kriegsverbrechen zumindest in Namibia und vor allem in Ostafrika, möglicherweise auch in China geprägt ist.

Er hat diese Praktiken in den Kämpfen in Deutschland 1919 und 1920 fortgeführt, nun gegen die „Rote Flut“, gegen Streikende und Demonstrierende aber auch gegen Abgeordnete, Regierungen und Presse. Er hat 1920 Hochverrat und Verfassungsbruch begangen und das nationalsozialistische System als Propagandist der Kolonialrevision und des Durchhaltens im Kriege bis März 1945 unterstützt. Er hat sich in seinen Memoiren noch 1957 bewusst zu diesem Verhalten bekannt, wenn auch mit euphemistischen Formeln und auffälligen Weglassungen.

Noch in seinen Erinnerungen ist er stolz auf diese Härte.

Eine Fähigkeit zur kritischen Reflexion über seine politisch-militärische Vergangenheit hat er nicht entwickelt. Die auch in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik noch nachwirkende Anerkennung als General und „Kolonialheld“ z.B. durch Verteidigungsminister und Generalität hat sich für ihn als Bestätigung seines Lebens deuten lassen, was die Selbstreflexion verhinderte. Man kann sogar schließen, dass aus der Kombination von brutalisierenden Erfahrungen und dem erworbenen Nimbus eine völlig amoralische Position gegenüber Menschenrechten und Menschwürde sich entwickelt hat, außerdem eine radikal gestörtes Verhältnis zur Politik im Interesse des Primats des Militärischen. Amoralität unterstützte

seine übrigen Eigenschaften, die Mischung von extremer Brutalität, auch Eigensinn im Ausagieren von militärischer und politischer Härte und politischen Extremismus und erstaunlichem -letztlich erfolgreichen- Opportunismus. Eine Namens-Umbenennung erscheint vor diesem Hintergrund erforderlich.

Helmut Bley



Paul von Hindenburg

(1847-1934) war ein deutscher Militär und Politiker. Im Ersten Weltkrieg stieg er zum Generalfeldmarschall auf und übte als Chef der Obersten Heeresleitung quasi diktatorisch die Regierungsgewalt aus. Als zweiter Reichspräsident der Weimarer Republik ernannte er 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler. Hindenburg ist immer noch Ehrenbürger Hannovers. Die Straße entlang seiner Villa im Zooviertel wurde nach ihn benannt.

Dokumentation 4: Angriff auf IfW in Kiel

"DU BIST UND BLEIBST EIN KAPITALISTENSCHWEIN SNOWER"
(Militanter Aktivist nach Eierwurf auf den IfW_Präsidenten Dr. Dennis Snower am 7.9.09 im Vorfeld des GES in Plön)



Wir haben in der Nacht vom 6. auf den 7. September 2011 den Sitz des "Instituts für Weltwirtschaft" (IfW) in Kiel , Düsternbrook mit roter Farbe markiert, seine Glasfassade mit Steinen durchlöchert und ein Päkchen mit diesem Schreiben und einer Wundertüte hinterlassen.

Das IfW stellt einen der renomiertesten deutschen Think Tanks kapitalistischer Ideologie und dieser folgenden Praxis dar und tritt als Initiator und Hauptausrichter des "Global Economic Symposiums" (GES) auf. Dieses plant zum vierten Jahr in Folge jedoch erstmalig in Kiel vom 4-6 Oktober 2011 im "Atlantic Hotel" zusammen zu kommen. Hunderte mal mehr mal weniger prominente großteils internationale Teilnehmer_innen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft treffen sich dort um"die Probleme dieserWelt handlungsorientiert lösen" zu wollen. Dabei gibt sich das GES ein offenes, unventionelles fast alternatives Image und setzt unter anderem auf die Integration von Eliten sogenannter Schwellenländer. Zudem kommt die Einbindung "zivilgesellschaftlicher" Kräfte etwa der grünen "Heinrich-Böll-Stiftung", welche sich noch vor zwei Jahren in Abgrenzung zum GES positionierte und nun aktiv an diesem beteilgit ist.
Das GES mit all seinen Teilnehmenden in kapitalistisch-ideologischer Logik eingezwängter Weltsicht ist nicht etwa Lösung der "Probleme dieser Welt" sondern Teil eben dieser. Eine Betrachtung der Agenda des GES, auf welcher u.a. die Optimierung verwertungsorientierter Migrationskontrolle oder die kriegerische "Sicherung der Seewege" als top Themen zu finden sind unterstreicht dies. Das GES, unabhängig davon wofür sich seine Teilnehmer_innen im einzelnen halten mögen, kann nur die Stabilisierung und den Erhalt der menschenfeindlichen kapitalistischen Weltordnung zum Ziel haben, inbegriffen der Unterwerfung von allem und jedem_r unter ihre Diktatur des Sachzwanges und der Profitmaximierung. Es will die Ursache all der Kriege, des Hungers und der Armut nicht beseitigen sondern ihren sich unentwegt verändernden Herausforderungen anpassen.
Wir dagegen wollen diese globale Katastrophe der Ausbeutung und Unterdrückung besser jetzt als später beenden und endlich die Solidarität, die Gleichheit und die individuelle Freiheit aller Menschen in den Mittelpunkt der Organisierung des sozialen zusammenlebens rücken. Wir denunzieren mit unserer Aktion das IfW und GES als die falsche Seite der Barrikade und sehen in unserem Handeln den Versuch diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen. Wir wähnen uns in diesem Kampf an der Seite all derer, die von Kairo bis London und weit darüber hinaus tagtäglich in vielfältiger für ihre Emanzipation und Würde aufbegehren.
Wir unterstützen die Mobilisierung gegen die lebenserhaltende Maßnahme des Kapitalismus GES vom 4-6 Oktober 2011in Kiel und rufen zu seiner öffentlichwirksamen Kritik und Störung auf.

ENDLICH RAUS AUS DER GES-AMTSCHEISSE!

FÜR DIE SOZIALE REVOLUTION UND EIN GANZ ANDERES GANZES!

Unbelehrbare Antikapitalist_innen "Let the snow melt!"



Dokumentation 5: Kurz.Schluss

„Wir streiken!
Deshalb haben wir heute einen Teil der Bahninfrastruktur am Ostkreuz, einem zentralen Verkehrsknotenpunkt der deutschen Hauptstadt, sabotiert: An einer Kabelbrücke haben wir die Schutzgitter unterhalb der Türen durchtrennt und Feuer gelegt, um damit etwa einhundert Signal-, Telekommunikations- und Stromkabel kurz zu schließen. Dabei haben wir die Gefährdung von Menschen nach bestem Wissen ausgeschlossen. Die für den Fahrbetrieb relevanten Sicherheitssysteme der Deutschen Bahn sind mehrfach ausgelegt.
Unsere Aktion ist ein Haltesignal. Wir haben die Schnauze voll!
Berlin ist Hauptstadt eines der führenden Waffenexporteure, Berlin ist Hauptstadt des mächtigsten EU-Staates. In Berlin wurde ein „Ausstieg“ aus der Atomenergienutzung mit langen Restlaufzeiten beschlossen, aus dem dann ausgestiegen wurde, um nun erneut in einen „schnellst möglichen“ Pseudo-Ausstieg einzusteigen.
Alle haben Verantwortung für das, was geschieht. Alle haben die Möglichkeit, zu sagen: Stopp! Nicht mit uns. Wir bestreiken die quälende und mörderische Normalität. Es muss sich was ändern. Grundlegend.
Mobilität garantiert das reibungslose Funktionieren zur Aufrechterhaltung eben jener Normalität. Diese zu unterbrechen, wenn auch nur in bescheidenem Umfang, ist unsere Absicht. Diese Art von Mobilität hat nichts mit Freiheit oder Bewegungsfreiheit zu tun.
Die Bewegungsfreiheit existiert nicht für alle Menschen dieser Erde. Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen wird diese nicht zugestanden.
Nach all den Katastrophen haben wir die Schnauze voll. Über den sofortigen Ausstieg aus der Atomtechnologie gibt es nichts mehr zu verhandeln. Wir spielen nicht mehr mit.
Die Bilder von Fukushima, die hilflosen Ingenieure, die vertuschte Kernschmelze, die Zwangsumsiedlung der Strahlenopfer und das Verheizen der Leiharbeiter in den Atomruinen sind eindeutig. Diese Technologie ist abzuschalten. Durch alle, die nicht mehr bereit sind, sich den Profitinteressen der Energiekonzerne zu opfern. Sofort.
Expertenrat, Ethikkommission, Reaktorsicherheitskommission – alles Augenwischerei: Atomausstieg sofort! Niemand sollte sein Leben den wirtschaftsdienenden PolitikerInnen anvertrauen. Die Bevormundung und Beherrschung der Menschen ist der eigentliche Störfall in der Menschheitsgeschichte.
Keine Regierung ist uns gerade recht.
Über die Schienen der Deutschen Bahn werden Atomtechnik und Atommüll transportiert.
Beides sichert den Weiterbetrieb der Reaktoren. Beides gewährleistet der Atomlobby und der Industrie hohe Profite.
Seit Beginn der Anti-AKW-Bewegung wurde die Atompolitik mit aller Gewalt durchgesetzt, vielfach gegen den Bevölkerungswillen.
Selbst wenn der nächste Castor sein Ziel erreichen sollte – er ist politisch nicht mehr durchsetzbar. Da helfen keine Bullen. Auch kein Militär. Das wird zum Aufstand führen!
Über die staatseigene Deutsche Bahn AG werden deutsche Waffensysteme zu den Häfen und Flugplätzen transportiert und von dort in die weltweiten Kriege geschickt. Herrschaftsverhältnisse wurden mit diesen Waffen u.a. in Ägypten, Tunesien, Libyen abgesichert. Auch zur Abwehr von Flüchtlingsströmen wurden Hubschrauber, Waffen und Überwachungstechnik z.B. bis vor kurzem an Libyen geliefert. Deutschland ist einer der führenden Waffenexporteure der Welt. Deutschland verdient gut an diesem Geschäft. Und es führt dann Krieg, wenn es um die eigenen Interessen geht. Zum Beispiel um Energieressourcen. Berlin ist die Hauptstadt des Krieg führenden Deutschlands.
Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind nicht zu erdulden. Sie müssen verändert werden. Sofort. Durch alle, die die Schnauze voll haben. Ohne Störung der Normalität, ohne eine Absetzung der herrschenden Klasse gibt es keine friedliche Gesellschaft. Die Ohnmacht vieler Demonstrationen ist offenkundig. Warum nicht die Arbeit der Energiekonzerne stören? Die Zufahrtswege blockieren. Die Arbeitsstätten besetzen. Die Normalität des Arbeitens, des Konsumierens, des Buckelns, des Profitierens, des Resignierens bestreiken! Sabotage ist eine Form des Streiks. Sie ist eine Form der Verweigerung, die den beschissenen Alltag aus dem Tritt bringt. Wo er nicht mehr wie gewohnt läuft, wird anderes möglich. Sollen die Arbeitgeber ruhig auf uns warten ...

Eine Gesellschaft ohne Herrschaft ist möglich!
Wir gehen in Streik und sabotieren den zerstörerischen Trott!
Atomreaktoren abschalten – sofort und endgültig! Weltweit!
Energiekonzerne und Waffenfabriken zerschlagen, Waffen und ihre Transportwege zerstören!
Offene Grenzen für alle Flüchtlinge!

Gez.: Das Grollen des Eyjafjallajökull

Vor einem Jahr „bestreikte“ der isländische Vulkan das europäische Wirtschaftsleben. Nach anfänglichem Grollen spie der Vulkan bis zum 22.5.2010 so viel Asche, dass der gesamte europäische Luftverkehr für sieben Tage zum Erliegen kam – lucky strike!“

Dokumentation 6: (B) Kabelbrand.Kurz.Schluss: Ein Nachtrag

„Sabotage als Streik im Kontext grollender Vulkane: Inspiriert vom isländischen Vulkan Eyjafjallajökull, der letztes Jahr den gesamten europäischen Luftraum lahmlegte und damit das Wirtschaftsleben für sieben Tage beeinträchtigte, hatten wir vor genau drei Monaten am 23.5.2011 einen Kabelbrand am zentralen Verkehrsknotenpunkt Ostkreuz verursacht. Linkerhand der Türen zur Kabelbrücke durchtrennten wir mehrere Schutzgitterstäbe. Just an diesem Tag meldete sich der nächste isländische Vulkan Grímsvötn mit solidarischen Rauchzeichen. „Wussten die überhaupt, was sie anzünden?“, fragte der Tagesspiegel. Ja, wussten wir. Das Ergebnis der Aktion stimmte mit unserer Idee überein. Das Ausmaß der Wirkung war gewollt und kalkuliert.

Intro

Zwei Monate reichten offensichtlich aus, um nach dem Super-GAU von Fukushima am 11.3.2011 wieder in einer zweifelhaften Normalität angekommen zu sein, in der sich ständig eine Katastrophe an die andere reiht. Waren die explodierenden Reaktoren zwar am Tag des Ereignisses ein Schock, so war dieser zwei Monate danach durch EHEC, Strauß Kahn, Griechenland und Eurokrise in Vergessenheit geraten. Die Wut über den GAU, der Anlass unserer Aktion, war öffentlich nicht mehr sichtbar. Anti-Atomproteste waren weitgehend kanalisiert, obwohl zeitgleich der Atomkraftwerkbetreiber tepco zugeben musste, dass eine Kernschmelze bereits während des Erdbebens stattgefunden hatte. Anlassbezogene Aktionen kommen der Schnelllebigkeit der Katastrophennachrichten nicht mehr hinterher. Wir müssen also zu grundlegenderen Antworten kommen, die nicht mehr nur unmittelbar auf bestimmte Ereignisse reagieren.

Gewöhnt daran, dass der einen Katastrophe nur eine weitere folgt, trotten wir, wie alle anderen, ansonsten folgsam durch den Alltag und funktionieren.

Mit unserer Aktion wurde nicht nur ein hoher (bisher unbilanzierter) finanzieller Schaden angerichtet und nicht nur der Standortschaden für die Hauptstadt war beträchtlich, sowie der Imageschaden für die Deutsche Bahn - wir wollten auch bewusst die Unterbrechung des Trottes der Menschen im Dienste einer Hauptstadt. Dieser letztgenannte Aspekt war schwer zu vermitteln.

Was ist überhaupt passiert?

Um 3 Uhr fallen nach und nach die mit der Kabelbrücke am Ostkreuz verbundenen Netzanlagen aus. Das Rechenzentrum Marzahn meldet sich mit weitreichenden Folgen ab. Mehr als drei Stellwerke sind ohne Strom. Mindestens 500 000 Menschen kommen nicht mehr zur Arbeit, zur Schule, zur Uni, weil einer von drei Knotenpunkten ausgefallen ist. Täglich steigen über 100 000 am Berliner Ostkreuz ein und um, weitere 300 000 Menschen passieren gewöhnlich diesen Ort. Doch nichts geht mehr. Bis in das Berliner Umland hinein liegt auch der Nahverkehr danieder. 800 DB-Fahrscheinautomaten quittieren den Dienst, über 200 Ticketautomaten machen es ihnen nach. Aufgrund der vielen Ausfälle ist kein Schienenersatzverkehr mehr möglich. Die Onlinebuchung der Bahn ist komplett ausgefallen, die interne DB-Kommunikation zusammengebrochen. Servicenummern und Webseiten der Bahn sind tot. Die Internetseite des DB-Logistikkonzerns DB-Schenker ist nicht erreichbar.

Die KundInnen von mindestens zwei Telefonanbietern aus der Mobilbranche (zwischen 13.000 und 15.000) sind ohne Anschluss. Betroffen ist beispielsweise die Verwaltung Oder-Spree mit mehreren hundert Diensthandys. Um den Knotenpunk Ostkreuz herum gehen viele Firmen vom Netz. Viele ArbeitgeberInnen in Berlin sind gezwungen, ihren Angestellten und MitarbeiterInnen frei zu geben. In weiten Teilen der Stadt gibt es Probleme mit dem Internet. Einige EC-Karten-Lesegeräte funktionieren nicht mehr. Die Atomkonsenspartei „Die Grünen“ ist im Abgeordnetenhaus ohne Telefon. Bis nach Frankfurt stauen sich Fernzüge zurück und verspäten sich. Das Einsetzen von Regionalzügen und Fernzügen, einschließlich der ICE im Ostbahnhof, scheitert, da viele Züge nicht über das Ostkreuz hinaus fahren können, um in Rummelsburg gewartet, eingesetzt und/oder rangiert zu werden.

Den angebliche Ausfall von Ampelanlagen, laut Presse im Südosten Berlins, können wir in keinen Zusammenhang mit dem Kabelbrand bringen.



Ein einfacher Brand mit sehr großer Wirkung.

Medien, Sabotage und journalistische Hirnschmelzen

Am 23.05.2011 um ca. 15.00 Uhr kam unsere Erklärung heraus. Vorher gab es einen entspannten Umgang der Medien mit dem Zusammenbruch des Knotenpunktes Ostkreuz. Interviews im Radio zeugten eher von einer Gelassenheit der Menschen an den Bahnsteigen im Umgang mit dem Kabelbrand. Kaum war die Erklärung in den Redaktionen, drehte der Wind in der Medienberichterstattung. Mit einem medialen Trommelfeuer, angeheizt vor allem von einigen Redaktionen und deren JournalistInnen, sowie PolitikerInnen, wurde viel Energie daran gesetzt, die Aktion anzugreifen und ihre zielgerichtete Wirkung zu denunzieren. Wir meinen damit nicht die Kommentarspalten, die dazu da sind, Themen zugespitzt anzugehen und die wenig Sympathie für militante Aktionen aufzubringen in der Lage sind.
Wir meinen die Berichterstattung, die vermeintlich neutral daher kommt, aber durch Wertsetzungen, Weglassungen, Verdrehungen und Lügen ihre LeserInnen gezielt lenkt. Springer, Taz, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, RBB manipulierten ihre jeweilige Klientel nach ihren Möglichkeiten. Die Taz telefonierte nach Antiatomgruppen, die sich von der Aktion distanzieren würden und fand nur zwei Funktionäre von B.U.N.D. und Naturfreundejugend, die die Interessen der Taz bedienen konnten. Die Berliner Politik, also alle Parteien, distanzierten sich unnötigerweise von der Aktion. Trittin bezeichnete uns als Idioten und nicht als Atomkraftgegner. Das geben wir angesichts des Merkelschen Atomkonsens zurück. Jeder tut was er kann.
Es gab ein wiederkehrendes Denunziationsmuster in vielen Zeitungen:

1.Es bestünde Gefahr für Leib und Leben von Menschen. Wir nähmen die Gefährdung von Menschenleben billigend in Kauf. Wir hätten den Tod zweier im Stau stehender Menschen zu verantworten. Wir hätten durch unsere Aktion Menschenleben in Krankenhäusern gefährdet.
2.Die Erklärung sei wirr und konfus.
3.Wir seien Wirrköpfe, die auf Gewalt aus seien und suchten dafür nur eine Begründung. Wir seien keine Atomkraftgegner.

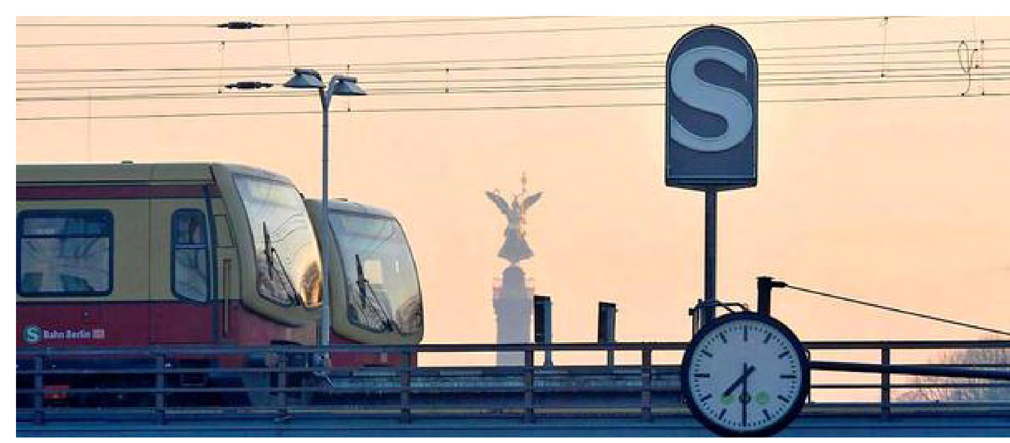
Zu Eins. Es bestand keine Gefahr für Menschen.

Es bestand keine Gefahr für Menschenleben oder die körperliche Unversehrtheit von Menschen. Einige JournalistInnen haben die gegenteilige Behauptung bewusst und mit Kalkül eingesetzt.
Wir wissen, dass die Sicherheitssysteme der Bahntechnik bei Sabotageaktionen (oder Kabeldiebstahl, Unfall, Beschädigungen durch Baustellen, umgefallene Bäume, Blitzeinschläge, Unwetter etc.), so wie wir sie durchgeführt haben, redundant ausgelegt sind. Das heißt, es liegen Mehrfachsicherungen vor.
Bei technischen Störungen werden alle Signale auf rot gestellt. Zudem ist das Signal als solches auch bei Stromausfall erkennbar, z.B. als Tafel.
Für solch einen Fall sind klare Regeln vorgeschrieben. Ohne Erlaubnis vom zuständigen Fahrdienstleiter darf nicht weiter gefahren werden. Den LokführerInnen stehen zur Sicherheit zwei Kommunikationswege zu ihrer Verfügung (Funk und Diensthandy). Fallen beide aus, weil es einen Totalausfall der internen Kommunikation gibt, darf kein Zug mehr weiterfahren. Der hintere Anschnitt wird automatisch gesperrt. Züge können nicht aufeinander auffahren. Ohne Erlaubnis wird nicht mehr gefahren.
Um zu vermeiden, dass Leute ohne Erlaubnis einen auf offener Strecke liegen gebliebenen S-Bahn-Zug verlassen und die am Boden befindliche Stromschiene mit Hochspannung berühren, oder beim Aussteigen von einem anderen Zug erfasst werden, hatten wir unser Feuer bewusst zu einer Zeit entfacht, in der keine S-Bahnen und nur einzelne Nachtzüge unterwegs sind.
Einen Stauunfall mit Todesfolge (auf der A12, an der Anschlussstelle Friedersdorf), weit entfernt vom Brandort, in Zusammenhang mit unserer Aktion zu bringen, offenbart die denunziatorische Absicht einiger weniger JournalistInnen. Weder wir, noch die am gleichen Tag streikenden ODEG-Bahnangstellten, sind verantwortlich, wenn Leute im Stau auffahren. Mehrere Tausend tödliche Verkehrsunfallopfer jährlich sind grausame Normalität in einer auf PS-starken Individualverkehr bauenden Gesellschaft. Die Empörung darüber hält sich in einer nicht zuletzt von der Hochglanzwerbung der Automobilindustrie abhängigen Medienöffentlichkeit in Grenzen. Wer uns für den Unfall auf der A12 verantwortlich macht, schmeisst propagandistisch mit Dreck, in der Hoffnung, es bleibe etwas hängen.
Die in einem Krankenhaus ausgefallenen Telefonleitungen des Vodafonnetzes trennten die Verbindung zwischen

KrankenhauspatientInnen und ihren Angehörigen. Das ist ärgerlich aber bedeutet keine Lebensgefahr.
Der Notruf war nicht betroffen. Auch hier suggerierten die Medien den Ausfall eines „roten Telefons", als hinge daran ein Leben – obwohl der Notruf funktionierte. Selbst bei einem Stromausfall, der aber durch unsere Aktion ausgeschlossen war, wäre kein OP-Termin ausgefallen. Auch eine Not-OP wäre ohne Komplikationen durchführbar gewesen. Vorausgesetzt, dass hier das redundante Sicherungssystem greift, das auch für Krankenhäuser gilt – dass die Notstromversorgung funktioniert.
Die Chefärztin der Aufnahme und Diagnoseabteilung des Elisabeth Herzberge Krankenhauses: „Der Tag ist „ziemlich normal verlaufen. Abgesagte OP-Termine habe es nicht gegeben. Niemand sei wegen des Telefonausfalls zu Schaden gekommen." (Tagesspiegel, 25.5.11)
Prinzipiell gilt aber – eine 100%ige Sicherheit existiert für nichts. Wir würden lügen, würden wir was anderes behaupten. Durch unsere Recherchen und die Form unseres Eingreifens haben wir alles dafür getan, eine Gefährdung von Menschenleben auszuschließen. Wir haben das Risiko für uns verantwortet und nicht leichtfertig entschieden. Wir hätten menschlich und politisch schwer daran getragen, wenn ein Mensch durch unsere Aktion ernsthaft Schaden genommen hätte.
Es gibt keine Aktion ohne Risiko, weder für uns noch für Unbeteiligte. Da wir jedoch auf der Notwendigkeit einer Umwälzung der Verhältnisse bestehen, können wir uns nicht aus der Verantwortung des Handelns herausnehmen. Das Risiko einer Aktion zu berücksichtigen, bedeutet auch die Verantwortung dafür, sie gut und umsichtig zu machen – nicht zwangsläufig, sie sein zu lassen.

Zu Zwei. Die Presse.

Die Medien haben durch ihre Position und die Möglichkeit einer vermeintlich neutralen Berichterstattung eine Macht, die mit diesem Papier nicht relativiert werden kann. Die staatstragenden, „systemrelevanten" Medien dienen in der Regel gut dazu, tiefergehende Fragen totzuschweigen und soziale Konflikte in integrative und systemstabilisierende Formen zu lenken. Eine Beschäftigung mit uns und der Intention der Aktion, anhand der allen (!) vorliegenden Erklärung, blieb aus.
Einerseits, weil die Formate der Zeitung, des Radios und des Fernsehens dafür nicht ausgerichtet sind. Zweitens, weil Journalismus nur noch in selbstbeschränkten und sytemkonformen Bahnen gedacht wird. Und drittens, weil Chefredakteure, Politik und Polizei sich auch darüber verständigen, wie gewisse Berichterstattungen aussehen könnten, um bestimmte gewünschte Wirkungen zu erzeugen. Das hat wenig mit Verschwörungstheorien zu tun, als vielmehr mit den Funktionen, die Medien hier zugedacht werden und aus denen wenige überhaupt ausbrechen wollen oder können. Auch wenn die Chefredaktionen vermeintlich linker Medien nicht im direkten Austausch mit der Polizei stehen, greifen hier zur Gewohnheit gewordene Selbstbeschränkung und eine vorauseilende Hierarchiehörigkeit, die kein ergebnisoffenes Nachdenken über praktisch wirksame, Grundsätzliches in Frage stellende Aktionen zulassen.
Erstaunlich ist auch die Tatsache, dass, obwohl die Erklärung vielen Redaktionen direkt vorlag, diese immer darauf verwiesen, dass die Erklärung auf der Netzseite eines linken Internetportals aufgetaucht ist. Nur die Märkische-Oder Zeitung sprach aus, dass ihr die Erklärung vorläge. Wir fragen uns in diesem Zusammenhang, was passiert wäre, wenn die Erklärung nicht von couragierten Menschen ins Netz gestellt worden wäre? Wäre der Inhalt dann fast vollständig unterdrückt worden?
So auf jeden Fall war die Erklärung in der Welt und die Redaktionen mussten den Text öffentlich als konfus brandmarken. Er wurde diffus genannt, wirr, wie naheliegenderweise auch die Täter; nah am Rande der Hirnschmelze, wie eine Journalistin mit hohem Denunziationsbedürfnis schrieb. Die LeserInnen sollen sich auf keinen Fall eigenständig ein Bild von einer für sie so sehr in den Alltag einschneidenden Aktion machen, sondern ein vorbewertetes. Das systemkonforme journalistische Ziel bestand darin, zu vermitteln, dass es nicht zu verstehen ist, nur Auswuchs wirren Geistes sein kann, dass viele



Menschen gezwungen waren, an diesem Tag unverrichteter Dinge nach Hause zurückzukehren, anstatt die Arbeit aufzunehmen.

Ja, unsere Erklärung hat einige Schwächen.
Eine Aktion dieser Art wird jedoch nicht wegen ihrer schriftlichen Erklärung auch in einigen Jahren noch bewusstseinswirksam sein, sondern wegen des tatsächlichen Beweises, den sie geliefert hat. Die Erinnerung an die erfolgreiche Praxis, an die Sabotageperspektive wird im Vordergrund stehen - an das was sie als machbar bewiesen hat: Dass wir einen zentralen Knotenpunkt von Informationsfluss und Bahninfrastuktur in einer hochtechnologisierten Hauptstadt ausschalten können, wenn wir als Militante das für richtig halten. Es mag besser oder schlechter geschriebene Erklärungen geben (dazu später mehr) – für uns zählt noch immer der Inhalt. Es gehört scheinbar zum guten Ton auch einiger durch Medien leicht zu beeinflussender Linker, eine Aktion super, aber die Erklärung Scheiße zu finden. Wir warnen davor, der Illusion „neutraler“ Berichterstattung und damit deren Propagandawirkung zu erliegen. Wenn der Verfassungsschutz schreibt, wir hätten ein Eigentor geschossen, dann ist da leicht der Versuch zu erkennen, einen spaltenden Keil in die Auseinandersetzung um unsere Aktion zu platzieren. Den Inhalt der Erklärung als konfus und wirr zu bezeichnen, zielt unserer Einschätzung nach in die gleiche Richtung. Es kann nicht sein, was nicht sein darf: Die Aktion darf politisch gar nicht richtig sein – sie kann in ihrer Begründung nur eine Aktion von Idioten sein, die einfach anstecken, was ihnen Spaß macht. Wir erwarten kritische Distanz zu Medien, die entweder am Tropf des Staates hängen oder unter der Fuchtel ihrer Eigentümer keine freien Gedanken mehr zulassen, wenn es ans Eingemachte geht.



Sehr positiv herausheben wollen wir das linke Internetportal, das die Erklärung veröffentlicht hat. Dadurch wurde die Erklärung bei diversen Medien verlinkt und verschaffte vielen Menschen einen Zugang zu der Absicht hinter der Aktion. Dass diese Kommentarmöglichkeit auch zu Hasstiraden oder unflätigen Angriffen gegen uns, gegen die Linke allgemein, gegen die Aktion genutzt wurde, erklärt sich vor dem Hintergrund, dass die Webseite und deren Erreichbarkeit bei B.Z. und Bild dokumentiert war. Auch die sonst eher unübliche direkte Verlinkung der Erklärung durch Tagesspiegel, Spiegel-online und andere führten zu dem Effekt, dass sich ein Online-Mob auf dem linken Internetportal austobte, der dort üblicherweise nicht unterwegs ist. Wir halten es für möglich, dass die Massenmedien sich hier in einer von ihnen selbst gelegten Feedbackschleife verheddert haben: sie dachten, dass die ablehnenden Kommentare die Stimmung der linken Szene wiedergeben und erkannten nicht, dass sich da ausnahmsweise die reaktionären Teile ihrer eigenen Leserschaft in den Kommentaren Luft verschafften. Ihrem Denunziationsanliegen kam es auf jeden Fall zu gute, so tun zu können, als ob es die linke Szene sei, die da die Geschichte komplett verwirft.



Auch glauben wir, dass ein Teil solcher „Angriffe“ aus polizei- und geheimdienstnahen Strukturen kam: In linken Internetportalen werden sogenannte Trolls eingesetzt, die nicht nur gezielt Stimmung gegen Oppositionelle und ihre Meinungen und Aktionen machen, sondern subtiler: provozieren, langwierige Diskussionen vom Zaun brechen, Lügen verbreiten, deren Richtigstellung, wenn überhaupt möglich, sehr viel Energie kostet. Diese Form der Zersetzungsarbeit innerhalb sozialer Bewegungen ist ganz und gar nicht neu. Lediglich das Medium, in dem wir unterwegs sind, ist halbwegs neu und so erscheint die kommunikative Aufstandsbekämpfung dort bei flüchtigem Hinsehen als etwas Neues, was es aber gar nicht ist.
Wir wollen jedoch nicht alle Kommentare einfach als Bullen-Spam abtun.
In dem einen oder anderen mag ehrliche Verärgerung echter Menschen zum Ausdruck gekommen sein, die wir nicht relativieren oder ausblenden möchten.
Wir warnen allerdings davor, jegliche internetkommentarförmige Reaktionen auf die Aktion zum Maßstab zu nehmen und sich davon verunsichern zu lassen.

zu Drei. Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen

Was die Vermittlung der Aktion angeht, hatten wir tatsächlich ein echtes Problem. Damit meinen wir nicht die inhaltliche Tatbegründung. Sondern den Umstand, dass wir die Menschen nicht direkt ansprechen konnten, um ihnen zu vermitteln, warum wir „ihnen das jetzt antun", sie derart aus dem Funktionieren herausreißen.

Am liebsten wäre es uns, wenn das, was wir tun, unmittelbar eingängig wäre und begriffen würde. Und am allerliebsten wäre es uns, wenn viele Betroffene, selbst die ein oder anderen KarrieristInnen, einfach mal tief durchatmeten, sich solidarisch verhielten und den Tag nähmen, wie er so unberechenbar kommt, ihn dennoch oder deswegen genössen, gerade aufgrund der Tatsache, dass es diesen Tag gibt, an dem nichts funktioniert. Stattdessen mal selbst sähen, was so passieren könnte und dass diese Offenheit und Unbestimmtheit einer Situation womöglich nicht schlimm wäre, sondern gut. Aber die Menschen wussten nicht Bescheid, wir sahen keine Möglichkeit, sie vor Ort aufzuklären, die wenigsten sind von selbst spontan drauf gekommen, die meisten hatten also mangels Information und Erkenntnis gar keine Möglichkeit solidarisch zu sein.

Wir zweifeln nicht daran, dass es richtig war, für einen kurze Zeit den Alltag vieler zu zerreißen, so dass sie mal kurz überhaupt nichts machen konnten, außer wieder nach Hause zu gehen oder nach anderen Wegen zu suchen, um von A nach B zu kommen. Wir stellen schon gar nicht in Frage, dass der Organismus Stadt, die Metropole, als ein Zentrum der Macht nicht reibungslos funktionierte. Wir stellen auch nicht in Frage, dass wir den betroffenen Dritten, wie bei vielen Streiks, die Bedingungen vorgegeben haben, durch „unseren" Streik in „ihr" Leben eingegriffen haben und für einen Moment lang diktiert haben, was geht und was nicht. Streikt die Bahn, fährt eben kein Zug. Das mag man scheiße finden oder damit solidarisch sein: jenseits oder diesseits der Barrikade. Es ändert nichts daran, dass kein Zug fährt. Und es ändert auch nichts daran, dass die Veränderungen durch den Streik der einen die Kampfbedingungen der nächsten, die zum Streik antreten, in der Regel verbessert haben. Wir nehmen aber die Hunderttausenden ernst, die mit fragendem Gesicht und irritiert an den funktionslosen Bahnsteigen standen. Haben wir an diejenigen gedacht, die vielleicht eine Abmahnung von ihrem Chef bekommen werden, weil sie zum dritten mal zu spät kommen? Haben wir daran gedacht, dass jemand vielleicht die Beerdigung ihrer besten Freundin verpasst? Haben wir daran gedacht, dass Menschen ihre Urlaubsflieger verpassen?

Ja, haben wir.

Wir nehmen den Ärger der von unserer Aktion betroffenen Menschen ernst – wir haben ihn auch bewusst in Kauf genommen. Denn wir nehmen auch die gesellschaftlichen Verhältnisse ernst. Der reibungslos funktionierende Wahnwitz läßt sich nicht durchbrechen, während alles so bleibt, wie es ist. Klingt schlicht, ist aber essentiell. Wir muteten Anderen etwas zu, weil die Verhältnisse eine Zumutung sind. Für diesen Schritt konnten und können wir nicht das Wohlwollen Aller erwarten. Denn Alle sind auch verantwortlich für die in unserer Erklärung benannten Missstände – uns inbegriffen. Wir versuchen, dieser Verantwortung durch unser Handeln gerecht zu werden. In dieser Verflechtung kann es keinen „unschuldigen" Widerstand geben. So wenig, wie es einen „unschuldigen" Normalzustand gibt.

Wir haben uns gewehrt, mit einfachsten Mitteln, so gewaltfrei wie möglich. Wir haben dafür eines der sich in Kabelsträngen materialisierenden Netzwerke angegriffen, wie sie in jeder Metropole zu finden sind. Das ganze mittels einer Aktionsform, die von vielen nach genauer Recherche nachahmbar ist. Wir haben damit auch versucht, vielen eine Handlungsmöglichkeit aufzuzeigen. Wir stellen das Konzept hinter unserer Aktion zur Diskussion. Wir regen militante Initiativen an, die zeigen, wie sich mit einfachen Mitteln und ohne Spezialwissen das Gefüge einer Stadt aus dem Tritt bringen lässt. Es geht ums Ganze. Eine widerständige, nicht-militarisierte, befreiende Praxis muss erlernt werden, damit die Erfahrung der Ohnmacht durchbrochen werden kann. Unsere Aktion begreifen wir als Teil eines solchen Lernprozesses und als strategischen Vorschlag. Die Netzwerkinfrastrukturen, die uns einbinden und das Funktionieren des zerstörerischen Alltags garantieren, sind kaputtbar. Wenn Menschen uns angesichts unseres Vorgehens nicht verstehen oder uns ablehnen, ist das nicht angenehm – aber wir werden eine Aktion nicht nach solcher Befindlichkeit ausrichten - weil der Krieg von hier, von der Metropole aus und für die Metropole geführt wird, weil die ökologischen Katastrophen einander ablösen wie Tag und Nacht, weil wir nicht mehr bereit sind, dem Zwang dieser Verhältnisse ohnmächtig nachzugeben und weiter zu funktionieren.

Konkret: Wir arbeiten gegen die Vorstellung, die Bahn sei für die Menschen da. Es ist umgekehrt: Mit der Bahn wird Geld verdient, egal ob sie

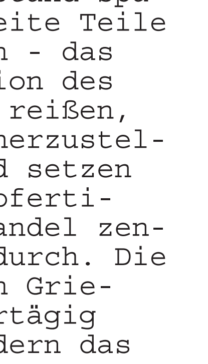
Menschen zur Arbeit bringt oder den Besuch kranker Freundinnen ermöglicht. Und die Bahn ist Garant für funktionierende Verwertung.
Allgemeine gesellschaftliche Mobilität ist Produktionsbedingung. Reibungsloser Transport ist eine notwendige Voraussetzung für einen rund laufenden Verwertungsprozess. Und wen die Bahn nicht zu den Produktionsstätten transportiert, den bringt sie in der überwiegenden Zahl der Fälle zur Wiederherstellung der Arbeitskraft nach Hause, in den Urlaub oder an andere Reproduktionsorte, bei denen es sich dann oftmals ebenfalls um kommerzialisierte Orte handelt: Kino, Party, Cafes etc. Für den Großkonzern im Staatseigentum sind Menschen Ware, die zum Zwecke der Verwertung von A nach B müssen. Der Gipfel der Blindheit ist in Sicht, wenn das Bahn-Subunternehmen Berliner S-Bahn als „Volks"bahn verklärt wird: Als gehöre sie dem „Volk". Weder gehört sie ihm, noch bestimmt die Bevölkerung den Zweck der Mobilität. Der ergibt sich aus der dominanten Produktionsweise: Ziel sind in aller Regel Orte der Verwertung. Die Menschen sind Verschiebemasse und zu verwertende Objekte. Die Bahn ist keine neutrale Angelegenheit. In dieser Gesellschaft ist sie schon gar nicht eine den Menschen dienende Einrichtung für schöne Mobilität. Das wissen alle, die ab und zu mit Bus und Bahn unterwegs sind. Ganz im Gegenteil: In dieser Wirtschaftsform rollt die Bahn, damit der Euro rollt.



Aber, und das ist wichtig: wie erklären wir den Menschen, dass es nicht gegen sie geht, sondern gegen ihre strukturelle Eingebundenheit in diesen Verwertungszusammenhang, der sie zum Mittel der Profiterwirtschaftung degradiert? Wie erreichen wir diejenigen Menschen emotional und verstandesmässig, die den gleichen Druck wie wir verspüren; ständig erreichbar, ständig überarbeitet, ständig eingewoben, eingespannt und vernutzt in den Abläufen, die uns - solange wir uns fügen - obendrein noch zu KomplizInnen dieser globalen elenden Zustände machen?
Ob man nun Komplize aus freien Stücken oder wider Willen ist, in beiden Fällen gibt es keine Möglichkeit, diese Komplizenschaft einfach so zu kündigen - wenn nicht wenigstens vorübergehend durch den Bruch mit Funktionsabläufen, die Störung der Verwertungsabläufe im Räderwerk ökonomischer Interessen; um soziale Räume aufzumachen.
Nicht die Aktion ist unser Problem, sondern dass wir es mit unserer Sprache nicht auf die Höhe der Aktion, ihrer Bedeutung und Absicht geschafft haben.
Wie hätten wir das alles auf einem Bahnsteig vermitteln können, an die unterschiedlichen, in der Bahnsteigsituation vollkommen voneinander getrennten Menschen? Ohne reden zu dürfen? Ohne öffentlich auftreten und das Wort erheben zu können? Wir bitten alle mit dieser Aktion solidarischen Menschen darüber in eine Diskussion zu treten. Denn wir müssen zu vertiefenden Diskussionen über erweiterte Formen der Intervention kommen. Wir hoffen, die Aktion liefert dazu einen Anstoß…

Generalstreik – soziale Sabotage- kommender Aufstand

Auch wenn in Deutschland öffentlich derzeit kaum soziale Kämpfe und daraus entstehende Streikbewegungen sichtbar sind, beobachten wir im Rahmen internationaler Kämpfe die hohe Angreifbarkeit von Waren-, Energie-, Daten- und Personenströmen: Die Platzbesetzungen in Nordafrika sind ein Ausdruck der Verweigerung von Millionen von Menschen, die aufhören in ihrer Perspektivlosigkeit und unter Verhältnissen menschenverachtender Ungerechtigkeit weiter mit zu machen. Sie liefern derzeit das prominenteste Bild eines generellen Streiks. Raffinerieblockaden im Rahmen einer breiten Streik- und Protestwelle gegen die allgemeine Lebensarbeitszeitverlängerung in Frankreich sorgten über Wochen für Engpässe bei der landesweiten Treibstoffversorgung. Neben Werksbesetzungen und „Bossnapping" kam es immer wieder zu gezielten Sabotageaktionen. Ein konsequenter Ausstand spanischer Fluglotsen brachte weite Teile des Flugverkehrs zum Erliegen - das Militär musste die Koordination des zivilen Flugverkehrs an sich reißen, um den Normalbetrieb wieder herzustellen. Hafenarbeiter in England setzen Ihre Forderungen mit einem Abfertigungsstopp der für den Welthandel zentralen Containerschifffahrt durch. Die zahlreichen Generalstreiks in Griechenland bringen jeweils mehrtägig nicht nur die Industrie, sondern das gesamte öffentliche Leben zum



Stillstand (Fähren, Flieger, Bus- und Bahnverkehr, Banken, Geschäfte). MitarbeiterInnen der Electricité de France beziehen sich solidarisch auf soziale Kämpfe, indem sie elektronisch die Stromversorgung industrieller Großkunden ab und die Versorgung zuvor wegen Zahlungsverzugs zwangsabgestellter Haushalte wieder an schalteten. Die jüngste Streikwelle beinhaltete massive Auseinandersetzungen auf den Docks, Eisenbahnstrecken, LKW-Routen, am Zoll und an Grenzübergängen, in Postämtern, bei Kurierdiensten und Luftfahrtunternehmen. Das alles sind Formen des Widerstands gegen die Spardiktate im Rahmen des weltweiten Angriffs von oben auf die sozialen Errungenschaften früherer Kämpfe.
Ob der Ausstieg aus dem Normalbetrieb, das Außerkraftsetzen der zerstörerischen Normalität als Streik stattfindet oder in Form von Sabotage: Beides fein. Wir meinen: Letztlich lassen sich Sabotage und Streik nicht trennen. Sabotage, die als Streik begriffen wird, wie wir es in unserer Erklärung angedeutet haben, könnte vielleicht am besten als Soziale Sabotage bezeichnet werden. Das „unsichtbare Komitee" hat andere Worte dafür gefunden. Die unterschiedlichen Herangehensweisen und diskussionswürdigen Passagen an anderer Stelle in dem Gesamtwerk „Der kommende Aufstand" hindern uns nicht, diejenigen Passagen zu zitieren, die Dinge auf den Punkt bringen, und die wir als Beitrag zur Diskussion verstehen:
„Die Metropole [ist] eine der verwundbarsten menschlichen Formationen, die jemals existiert hat. Biegsam, subtil aber verwundbar. Eine brutale Schließung der Grenzen aufgrund einer Epidemie, irgendein Mangel in der lebenswichtigen Versorgung, eine organisierte Blockade der Kommunikationswege, und das gesamte Bühnenbild bricht zusammen, schafft es nicht mehr, die Szenen des Gemetzels zu verdecken, die es zu jeder Zeit heimsuchen. Diese Welt wäre nicht so schnell, wenn sie nicht stetig von der Nähe ihres eigenen Zusammenbruchs verfolgt würde...
...Die Unterbrechung der Warenflüsse, das Aussetzen der Normalität – es genügt sich anzusehen, was bei einem plötzlichen Stromausfall an sozialem Leben in ein Gebäude zurückkehrt, um sich vorzustellen, zu was das Leben werden könnte in einer Stadt, in der alles versagt – und der polizeilichen Kontrolle, setzen an Möglichkeiten der Selbstorganisierung frei, was unter anderen Umständen unvorstellbar wäre. Das ist allen bewusst.(...)
...Alles blockieren ist deshalb der erste Reflex all dessen, was sich gegen die gegenwärtige Ordnung richtet... Aber es kann nicht darum gehen, mehr zu blockieren, als es die Fähigkeit zur Versorgung und Kommunikation der Aufständischen, die tatsächliche Selbstorganisierung (...) erlaubt. Wie können wir uns ernähren, wenn alles lahmgelegt ist?...
(...)Es gibt keinen Grund mehr zu warten – auf eine Aufheiterung, die Revolution, die atomare Apokalypse oder eine soziale Bewegung. Noch zu warten ist Wahnsinn. Die Katastrophe ist nicht, was kommt, sondern was da ist. Wir verorten uns bereits jetzt in der Bewegung des Zusammenbruchs einer Zivilisation. Dort ist es, wo man Partei ergreifen muss.
(…) Wir gehen aus von einem Punkt der extremen Isolation, der extremen Ohnmacht. Alles ist aufzubauen im aufständischen Prozess. Nichts scheint unwahrscheinlicher als ein Aufstand, aber nichts ist notwendiger." (aus: Der kommende Aufstand, 2008).
Nichts scheint unwahrscheinlicher als ein allgemeiner Streik, als die allgemeine soziale Sabotage, die das Kontinuum der unentwegten Ausbeutung, Unterdrückung und Zerstörung unterbricht – und nichts ist notwendiger.



Von der Störanfälligkeit dichter Netze
Die global verteilten, langen Produktionsketten und das multinationale Angebot von Dienstleistungen sind eng verzahnt. Sie hängen von ungestörten Datenflüssen, Warenströmen und Strom-/Treibstoffversorgung ab. Der reibungslose Ablauf von Produktion und Dienstleistungen erfordert die ungestörte und entgrenzte Mobilität der Arbeitskraft. Immaterielle Arbeit als Wachstumssektor scheint zwar nahezu ortsungebunden zu sein, aber ohne Daten- und Kommunikationsnetze keine immaterielle Produktion. Die moderne Just-in-time-Produktion meint auf teure Lagerkapazitäten verzichten zu können. Sie macht sich von engmaschig verknüpften, digitalen Produktions- und Vertriebslenkungssystemen abhängig. Ausfälle der Kommunikationsnetze ziehen daher weit reichende Folgen nach sich. Obwohl Energie- und Telekommunikationsnetze in der Regel redundant und damit theoretisch stabil gegenüber lokalen Störungen ausgelegt sind, kommt es in der Praxis bei Störungen an zentralen Knotenpunkten sehr oft zu großflächigen Beeinträchtigungen.

Bei der Globalisierung von Produktion und Vertrieb wird die elektronische Datenverarbeitung auch zukünftig eine immer wichtigere Rolle spielen. Wer einen international agierenden Konzern unter Druck setzen will, kann neben lokalen Produktionsstätten auch seine Internetpräsenz und die damit verbundenen Buchungs-, Verwaltungs- und Kommunikationsabläufe stören. Webseiten lassen sich blockieren, Firmenserver hacken und Breitbandnetze sabotieren. Wer z.B. den Ticketverkauf der Deutschen Bahn effektiv beeinträchtigen will, sollte nicht nur den Schalterbetrieb bestreiken oder blockieren, sondern auch das Online-Buchungssystem überlaufen lassen und die Fahrkarten-Automaten lahmlegen.
Vieles ist möglich.

Normalität bestreiken!
Wir wissen, dass ein steiniger Weg für alle bevorsteht, die sich wehren. Und es gibt viel zu erklären. Es gibt wenige Aktionen, die sich selbst vermitteln – in der Regel braucht jede Aktion eine Vermittlung. Nur wenn Kämpfe eindeutig gelagert oder in Kampagnen eingebettet sind, kommen wir ohne Vermittlung aus. Wenn wir also nicht die Aktion und ihren Kontext in Frage stellen, wenn wir überzeugt davon sind, dass größere und weitreichendere Störungen im Herrschaftsgetriebe notwendig und richtig sind – wie kann dann eine Vermittlung aussehen, die die Menschen annehmen, die wir nicht als GegnerInnen sehen?
Wir bitten um Diskussion.

Das Grollen des Eyjafjallajökull"

In Ergänzung zu der Erklärung:
Kurz.Schluss (23.5.2011)
linksunten.indymedia.org/en/node/40279
und Seite 15 in dieser Ausgabe



Kundgebung vor Kaserne in Neustadt-Luttmersen

Am 24.5.2011 wurden in der Wilhelmstein-Kaserne in Neustadt-Luttmersen ca. 400 Soldaten des Panzerbataillons 33 und 550 Soldaten des Logistikbataillons 141 als Einheiten der 1. Panzerdivision mit einem „Appell" in den Afghanistankrieg verabschiedet. Während des Aufmarsches wurden Soldaten durch die Verleihung der neu geschaffenen „Einsatzmedaille Gefecht" für ihren Kampfeinsatz ausgezeichnet. Damit wird das Töten im Krieg erstmals seit 1945 wieder als vorbildlich hingestellt. Der Neustädter Bürgermeister Uwe Sternbeck (Grüne) und die Bundestagsabgeordnete Caren Marks (SPD) hatten die Neustädter Bürger aufgerufen, an dieser makabren Zeremonie teilzunehmen. FriedensaktivistInnen hatten demgegenüber erklärt, sie wollten dem Aufruf nicht Folge leisten und stattdessen vor dem Kasernentor in Luttmersen demonstrieren. Sie erklärten, PolitikerInnen, die den Krieg unterstützten, seien für sie nicht wählbar und forderten: Sofortiger Abzug deutscher Soldaten aus Afghanistan! Schließung des Standortes Luttmersen! Ein Großteil der BesucherInnen des "Appells" – vor allem Angehörige der Soldaten und Politprominenz – wurde durch einen Seiteneingang auf das Kasernengelände geschleust. Anscheinend wollte man sie nicht mit den Forderungen der DemonstrantInnen am Haupteingang konfrontieren. Die Kundgebung hatte die Stadt Neustadt auch nur mit Auflagen genehmigt.
www.ak-regionalgeschichte.de

Mastanlagenbauplatz bei Hannover besetzt

In der Nacht vom 11. auf den 12. August 2011 hat sich der Bauplatz für eine geplante Hühnermastanlage in Groß Munzel (bei Wunstorf/ Region Hannover) entschieden, doch lieber eine bunte Besetzung zu werden, um darauf Kritiker_innen von Argarfabriken und (Massen-) tierhaltung zu beherbergen. Mit seinen ca. 20 Besetzer_innen möchte er so einerseits auf die ethische, soziale und ökologische Katastrophe der industriellen Tierhaltung insgesamt hinweisen und andererseits das neue Schlachthofmonster der Firma Rothkötter in Wietze konkret verhindern. Nach der Räumung einer vorangegangen Besetzung im August 2010 wurden vor allem die potentiellen Zulieferbetriebe immer wieder Ziel breiten Protestes, der von Bürgerinitiativen über Besetzungen von Bauplätzen, Sprayaktionen und Blockaden bei Baufirmen bis hin zu Brandanschlägen auf drei jeweils fast fertige Anlagen reicht. Der ruhige Schlaf von Rothkötter und anderen Profiteuren von Zerstörung, Leid und Ausbeutung wird immer wieder gestört werden!

stopmunzelmast.blogsport.de

antiindustryfarm.blogsport.de

Von Risiko, Selbstbestimmung und dem Druck auf freiberufliche Hebammen

Die gesellschaftliche Sicht auf Geburt ist meist die eines notwendigen Übels. Angeblich ist die stundenlange „Qual" aber schnell vergessen, wenn das Baby friedlich in den Armen der Mutter liegt. In dieser Sicht ergänzen sich verschiedene Zuschreibungen, die einerseits implizieren, dass Muttersein etwas per se ganz wundervolles sei und andererseits körperliche Vorgänge, die damit zusammenhängen am besten im Verborgenen bleiben.
Körper die schwitzen, stöhnen, bluten und schreien, passen irgendwie nicht recht zum Bild des Individuums im Neoliberalismus, das mit ständiger Selbstoptimierung ja eigentlich schon genug ausgelastet ist. Generell sind Körper, mit ihrem komplexen Zusammenspiel von Hormonen, Botenstoffen, Nerven und Muskeln, ziemlich unberechenbar und damit potenziell risikobehaftet...
Dass das Gebären auch Spaß machen kann, dass der eigene Körper in dieser Situation als kraftvoll und schön erlebt werden kann, erscheint den meisten ziemlich abwegig.
Den frauenbewegten Frauen* der 70er und 80er Jahre war das positive Potenzial der Geburt durchaus bewusst und sie haben es mit ihrer politischen Arbeit geschafft die Geburtshilfe nachhaltig zu verändern. Diese Bewegung hat es ermöglicht, die Dominanz der Ärzte in der Gynäkologie zurück zu drängen und Perspektiven auf Frauenkörper zu eröffnen, die nicht pathologisierend sind. Ein zentraler Punkt war die Selbstermächtigung der Frauen im Umgang mit ihrem Körper. Unter diesem Gedanken sind viele Gruppen entstanden, in denen Frauen sich selbst untersucht haben und sich ihren Körper so wieder aneignen konnten. Dieses Umdenken hat auch dazu geführt, dass Hebammen wieder begonnen haben Hausgeburten durchzuführen.
Aus einem queer-feministischen Blickwinkel, sind sicher einige der Ansätze, die damals in der Frauenbewegung Anklang fanden, kritikwürdig. Gerade im Bereich der Geburtshilfe haben sich viele Versatzstücke öko-feministischer Theorien getumelt, deren emanzipatorischer Gehalt zu bezweifeln ist.

---

* In diesem historischen Zusammenhang schreibe ich Frauen, da das die zentrale Kategorie war auf die sich bezogen wurde. Ein anderer Bezug war die Kategorie FrauenLesben, die das heterosexuelle Verständnis des Frauenbegriffs in Frage stellen wollte und will.

**Ich schreibe „Gebärende" anstelle von „Frau" da auch es auch Personen, die sich geschlechtlich nicht oder anders zuordnen, möglich sein kann ein Kind auf die Welt zu bringen.

In vielen Fällen wurde der Dualismus, der Natur und Weiblichkeit gleichsetzt und das Kulturelle dem Männlichen zuordnet, einfach übernommen und positiv belegt. Teilweise wurden Frauen auch per se Eigenschaften wie Friedlichkeit und Fürsorglichkeit zugeschrieben. Solche essentialistischen Ansätze sind aber auch innerhalb der durchaus heterogenen Frauenbewegung immer wieder kritisiert worden.
Trotzdem sind aus dieser veränderten Sicht auf Körperlichkeit, reale Verbesserungen für Schwangere und Gebärende** hervorgegangen; das Ermöglichen von Geburten in vertrauter Umgebung, die Selbstbestimmung über die Gebärposition und eine Haltung die es Gebärenden zutraut aus eigener Kraft ein Kind auf die Welt zu bringen. Hausgeburten sind in dieser Zeit wieder zu einer Option geworden.
Momentan werden in der BRD jährlich noch etwa 10.000 Kinder zu Hause oder in einem von Hebammen geleiteten Geburtshaus geboren. Diese Form der individuellen Geburtshilfe steht, durch die Erhöhung von Versicherungsprämien, jedoch faktisch vor dem Aus.
Zum 1.Juli 2011 ist die Berufshaftpflichtversicherung für freiberufliche Hebammen, von jährlich etwas über 1000 Euro auf über 3000 Euro im Jahr, angehoben worden. Viele Hausgeburtshebammen haben bereits angekündigt, sich aus der Geburtshilfe zurückzuziehen. Ein Fünftel hat dies bereits getan. Dieser Zustand ist untragbar, da er bedeutet, dass Gebärende in Zukunft keine freie Wahl über den Geburtsort haben werden.
Zentraler Bestandteil von außerklinischer Geburtshilfe ist es, möglichst wenig in den Geburtsablauf einzugreifen und die Selbstbestimmung der Gebärenden zu achten. In Kliniken kommt es dagegen oft zu so genannten „Interventionsketten". Das bedeutet, dass Eingriffe gemacht werden, die häufig andere Eingriffe nach sich ziehen und sogar nötig machen. So wird zum Beispiel mit Wehen fördernden Medikamenten gearbeitet.
Dadurch hervorgerufene Wehen können vom Körper häufig schlechter verarbeitet werden, was wiederum oft schmerzstillende Praktiken nach sich zieht. Durch Teilnarkosen kann in vielen Fällen aber weniger aktive Geburtsarbeit geleistet werden, sodass die Notwendigkeit operativer Eingriffe wächst. Das ist nur ein Beispiel einer möglichen „Interventionskette". Viele dieser Eingriffe werden als grenzüberschreitend erlebt bzw. die Gebärenden finden sich in Situationen wieder, in denen sie sich als abhängig und ausgeliefert empfinden.
Die Motivation von Kliniken derartige Geburtshilfe zu betreiben, ist selbstverständlich nicht darin begründet den

Gebärenden ein möglichst unschönes Geburtserlebnis zu bereiten, sondern sie hängt mit dem dortigen „Risikomanagement“ zusammen. Risiko wird dort als etwas individuelles bewertet - Als etwas, das eine Person „in sich trägt“ (Castell). Die Grundlage jedes Risikobegriffs ist jedoch die Statistik, mit deren Hilfe zwar Aussagen über Populationen getroffen werden können, nicht jedoch über Individuen. Aufgabe der Statistik ist es, zwei Faktoren miteinander in Beziehung zu setzen und zu überprüfen ob sich bestimmte Korrelationen ergeben. Also Beispielsweise nachzuprüfen ob die Erhöhung des einen Faktors, Auswirkungen auf den anderen Faktor hat. Wenn das der Fall ist, ist damit jedoch noch nichts über Ursachen gesagt. Geht es um Statistiken in denen beispielsweise ein Zusammenhang, zwischen der Abnahme der Storchpopulation und dem Rückgang von Geburten beschrieben wird , fällt es noch relativ leicht nicht von Ursächlickeiten zu sprechen. Schafft es eine beliebige Korrelation jedoch Anklang in bestimmten Diskursen zu finden, werden schnell „Ergebnisse“ oder eben Ursachen präsentiert. In den letzten Jahren werden beispielsweise immer wieder angebliche „Gene für...“ gefunden. Dass es sich dabei bloß um statistisch nachweisbare Häufungen von bestimmten Genkombinationen auf der einen Seite und Krankheiten auf der anderen Seite handelt, bleibt im Dunkeln. Doch auch wenn der Blick nicht an vermeintlichen Ursachen hängen bleibt, sondern die statistischen Häufigkeiten in den Focus rücken, bleibt die tatsächliche Aussagekraft begrenzt. Was sagt der betroffenen Person ein Risiko von 20%? Wenn sie 100 mal lebt, wird sie 20 mal krank? Noch nicht einmal das, denn damit sich ein aussagekräftiges Muster abzeichnet, müsste schon deutlich häufiger gelebt werden...

In der modernen Medizin wird nun aber genau dieser Fehler begangen und quantitative Aussagen über Bevölkerungsgruppen, werden zu individuellen Risiken erklärt und behandelt. So wird das Risiko unmerklich zur Diagnose und vermeintlich Gesunde werden vermeintlich behandlungsbedürftig. Ob nun eine „Gefährdung“ von 0,1 oder 70 Prozent vorliegt, jedes Risiko muss vermieden werden und entsprechend wird interveniert. Weitere Risiken, die der Intervention folgen können, müssen ebenfalls bestimm- und händelbar sein. Selbstverständlich muss eine Person, die ein Kind zur Welt bringt mit diesen Praxen nicht zwangsläufig unzufrieden sein. Auch soll hiermit die Klinikgeburtshilfe nicht generell diskreditiert werden, zumal sie bei bestimmten Diagnosen durchaus angebracht ist.

Problematisch ist vor allem die Aussicht sich bald nicht mehr bewusst für oder eben gegen eine Klinikgeburt entscheiden zu können.

Die gesellschaftlichen Auswirkungen, der darin zum Ausdruck kommenden Risiko- und Präventionskultur, sind allerdings viel weitreichender. Robert Castell prognostiziert beispielsweise, dass das Risiko die Funktionen anderer Elemente, die eine strukturierende und ordnende Wirkung auf Gesellschaft haben, wie zum Beispiel Kontrolle und Fürsorge ergänzen oder ablösen könnte. Das Heranziehen von Risiken erlaubt einen weitreichenden Handlungsspielraum bevor etwas eintritt. Wird ein Risiko erkannt impliziert das immer einen bestimmten Handlungsdruck. Nicht zu handeln wäre verantwortungslos. Der Zwang zur Prävention schreibt sich so mehr und in die Individuuen selber ein. Ob es nun um Arbeitslosigkeit, Krankheit oder das Kinderkriegen geht, jeder_r wird zur Manager_in der eigenen Risiken und ist im Falle eines „Scheiterns“ eben selbst schuld.

Besonders deutlich wird diese Entwicklung auch im Bereich der vorgeburtlichen Diagnostik. Anhand bestimmter Statistiken und mit Hilfe von Testverfahren wird das individuelle „Risiko“ ermittelt, ein behindertes Kind auf die Welt zu bringen. Dann muss eine Entscheidung getroffen werden, für deren Folgen man selbstverständlich selbst verantwortlich ist. Schließlich hätte sich ja auch anders entschieden werden können... Diese vermeintliche Freiheit, die gesellschaftliche Problematiken individualisiert und entpolitisiert macht gerade deshalb Widerständigkeit so schwierig.

Die Tatsache, dass der Berufshaftpflichtversicherungsbeitrag so dramatisch ansteigt, liegt im Übrigen nicht daran, dass bei Hausgeburten mehr schief geht als im Krankenhaus. Dass die Versicherungsprämie derart gestiegen ist, liegt eher an einem starken Anstieg der Schadenshöhe im Einzelfall. Diese wird vor allem dadurch verursacht, dass gesundheitliche Probleme der Säuglinge durch neuere medizinische Möglichkeiten besser und aufwändiger behandelt werden können und die Kosten dadurch steigen. Ein Lohnerhöhung, die die Versicherungskosten ausgleichen würde, ist jedoch politisch nicht gewollt. Mehr noch, das Gesundheitsministerium hat sich aus seiner Vermittlerrolle bei den Tarifverhandlungen herausgezogen und die Hebammen müssen sich nun ganz allein mit den Krankenkassen auf ihre Gehälter einigen.

Bleibt zu hoffen, dass die bisher eher zaghaften Proteste der Hebammen noch anwachsen werden und solidarische Unterstützung finden!

Eine autonome Geburtshelfer_in

Haftantritt der Verurteilten im mg-Prozess

Wer die Macht hat, hat das Recht
Haftantritt der Verurteilten im mg-Prozess

Der deutsche Bundesgerichtshof (BGH) hat Anfang Juli das Urteil gegen Axel, Florian und Oliver bestätigt. Die drei im Oktober 2009 zu drei und dreieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilten Antimilitaristen haben ihre Ladung zum Haftantritt nach Berlin-Hakenfelde erhalten.
„Wir haben mit dieser Entscheidung gerechnet. Noch nie wurde ein politisches Urteil des Berliner Kammergerichts vom BGH aufgehoben." so Arthur Schüler vom Solidaritätsbündnis für die Einstellung der §129-Verfahren.
Überraschend kam jedoch der schnelle Haftantritt für die drei Antimilitaristen. Sie mussten schon Anfang Juli die Haft antreten, ein Aufschub war nicht mehr möglich.
Die Verurteilung erfolgte nach §129 StGB, der die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung unter Strafe stellt. Der Paragraf gehört wie die §§129a und 129b zum politischen Strafrecht der BRD und ermöglicht eine Verurteilung auch ohne konkrete Tatbeteiligung. Menschenrechtsorganisationen und Politiker aus SPD (Jusos), Grüne (Hans-Christian Ströbele) und Linke (Ulla Jelpke) fordern deshalb die Abschaffung dieser Paragrafen. Die Rechtsanwälte der Angeklagten hatten den Indizien-Prozess wiederholt als unfair charakterisiert und deshalb auf ihre Plädoyers verzichtet.
Oliver R., einer der drei Betroffenen, äußert sich anlässlich der BGH-Entscheidung: „Widerstand, der sich gegen die Gewalt des Krieges, die Kriegswirtschaft sowie das Militär richtet, um eine Situation der Besatzung, die Ermordung von Zivilisten und Zivilistinnen und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen zu unterbinden, bleibt nach wie vor legitim."
Arthur Schüler kritisiert die deutsche Rechtsprechung als doppelzüngig: „Während durch ein Bombardement auf Tankwagen in Kundus im September 2009 etwa 140 Menschen starben – und die Verfahren gegen den verantwortlichen Bundeswehr-Oberst Georg Klein eingestellt wurden –, müssen Kriegsgegner mehrjährige Haftstrafen absitzen, die durch eine konkrete Abrüstungsinitiative Kriegsgerät unschädlich machen wollten."

Über 1,5 Jahre benötigte der Bundesgerichtshof (BGH), um in der Revision das Urteil wegen versuchter Brandstiftung an Bundeswehr-LKW und angeblicher Mitgliedschaft in der militanten gruppe (mg) gegen Axel, Florian und Oliver zu bestätigen. Damit ist das Urteil des einjährigen Staatsschutzprozesses rechtskräftig.
Matthias Krause für den Bundesvorstand der Roten Hilfe kommentiert das Urteil folgendermaßen: „Linke, antimilitaristische Politik ist nicht kriminell, sondern notwendig!"
Um euch eingehender über das §129-Verfahren zu informieren, kann das Büchlein „Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen", wärmstens empfohlen werden. Darin beleuchtet das Solidaritätsbündnis das jahrelange §129-Verfahren, die Ermittlungen und den Prozess und reflektiert gleichzeitig seine Arbeit.
Das Einstellungsbündnis bittet weiterhin um Geldspenden für anstehende Rechtsmittel und Haft auf folgendes Konto:
Rote Hilfe e.V.; GLS-Bank
Kto.: 4007 238 317; BLZ: 430 609 67
Verwendungszweck: Repression 31.7.2007

Liebe und Kraft – Freiheit für alle politischen Gefangenen –Für mehr Abrüstungsinitiativen weltweit.

einstellung.so36.net
political-prisoners.net

Schließt das Lager Meinersen

Etwa 60 Menschen versammelten sich am 03.09.2011 in der Gifhorner Fußgängerzone.
Es ist das fünfte oder sechste Mal, dass sich Flüchtlinge und UnterstützerInnen in der Gifhorner Innenstadt zum Protest zusammenfinden und so, wie die Behörden und der Landkreis agieren, wohl nicht das letzte Mal. In mehreren Reden wurden die Handlungen der Behörden und die Aufrechterhaltung des Lagers scharf angegriffen, und die Forderungen der Flüchtlinge des Landkreis Gifhorn sind nicht verhandelbar. Die Auflösung des Lagers, Arbeitserlaubnisse und einen sicheren Aufenthalt, die Abschaffung der Gutscheine und eine angemessene medizinische Versorgung stehen weiterhin unerfüllt im Raum. Die Behörden im Kreis Gifhorn agieren mit Drohungen, Anzeigen und massiven Angriffen in die Privatsphäre und Beschlagnahme von Arbeitsmaterial. Wenige Tage vor der Kundgebung wurde die Wohnung der

Familie I. durchsucht. Genanntes Ziel war das Finden von Dokumenten, die es der Behörde ermöglicht, abzuschieben. Die frühmorgendliche Durchsuchung wurde von der Ausländerbehörde, dem Sozialamt und dem Polizeibeamten Birkholz, zuständig für Staatsschutzdelikte, durchgeführt. Ein Rechtsanwalt ist zurzeit mit dem Überfall befasst.
„Wir fordern die sofortige Rückgabe der entwendeten Sachen: Computer, Handy, CDs, Papiere!“
Schon zu Beginn der Kundgebung saß der genannte Staatsschutzbeamte vor der benachbarten Eisdiele und beobachtete die Versammlung. Mehrere RednerInnen forderten ihn auf, gut zuzuhören und seinem Vorgesetzten über unseren Protest gegen die Verletzung der Menschenrechte im Landkreis zu berichten. Nach einiger Zeit nahmen etwa ein Dutzend Neonazis aus Braunschweig und Gifhorn ebenfalls vor der Eisdiele Platz. Der Staatsschutzbeamte verschwand kurz darauf. Das Szenario machte auf uns den Eindruck, als hätte man sich abgesprochen, eine Provokation und eine Drohkulisse aufzubauen. Die Kundgebung wurde weitergeführt, während die Polizei sich zwischen Eiscafe und Kundgebungsort aufbaute.
Die Gifhorner Bevölkerung wurde von uns darüber informiert, dass wir uns wegen der anhaltenden negativen Haltung der Landkreisverantwortlichen gegenüber den Anliegen der Flüchtlinge und ihrer Proteste mit einem Brief und einer Dokumentation an den Bundespräsidenten Christian Wulff und an die UNO Menschenrechtskommission in Genf/Schweiz gewandt haben.
Im Anschluss an die Kundgebung wurden noch einige Flugblätter im nahegelegenen Ort Leiferde verteilt, um auch dort, wo Verantwortliche aus den Behörden wohnen, die Bevölkerung über die Vorgänge im Landkreis zu informieren.

Am 3. September verteiltes Flugblatt (gekürzt):
Durchbrecht die Isolation, überwindet die Lagermentalität, baut die Solidarität als Grundlage respektvoller und gleichwertiger Beziehungen auf!
Seit eineinhalb Jahren – nach einer ersten Demonstration der Flüchtlinge aus dem Lager Meinersen – liegt der Konflikt offen für alle. Der tragische Tod des nepalesischen Flüchtlings Shambu Lama im März diesen Jahres hat alle zuvor geäußerten Klagen der AsylbewerberInnen in trauriger Weise bestätigt. Statt seine Vaterschaft als Aufenthaltsgrund anzuerkennen, wurde ihm deutlich gemacht, dass seine Abschiebung durchgesetzt wird. Shambu Lama beendete sein Leben am 3. März 2011 durch einen anrollenden Güterzug. Die Behörde wies jede Verantwortung zurück. Seit eineinhalb Jahren werden wir Zeuge der unerträglichen Lebensbedingungen im Lager Meinersen: auf 20 qm² gibt es vier Spinde, vier Feldbetten für vier Männer oder eine Familie. Zimmer an Zimmer, nur getrennt durch Gipskartonwände, Sammel-WC's und -duschen (ein Raum für Männer, einer für Frauen), zwei dürftige Gemeinschaftsküchen – ca. 70 Menschen, darunter viele Kinder, sind hier eingeschlossen. Ein Flüchtling, der schon im Frühjahr diesen Jahres völlig von Sinnen Türen und Gegenstände zerstörte, hat kürzlich die Tür der „Heimleitung“ in Brand gesetzt. Zimmernachbarn sagten dazu, dass der Mann irgendwann den Druck der Behörden nicht mehr ausgehalten hat und dass er deswegen schon seit langem psychisch krank ist.
Über den Leiter Herr Thiemann der Sammelunterkunft, die von dem Privatunternehmen „K&S Dr. Krantz Sozialbau und Betreuung“ in Sottrum bei Bremen betrieben wird, gibt es zahlreiche Beschwerden. Die Hauptvorwürfe sind, dass der Leiter die BewohnerInnen im Auftrag für die Ausländerbehörde kontrolliert und bespitzelt. Das fängt bei der Verletzung des Postgeheimnisses an bis hin zum Notieren der Autokennzeichen von BesucherInnen, aber auch diskriminierende Äußerungen und Drohungen wurden vorgetragen – ohne Erfolg. Als Privatunternehmen will K&S Gewinne aus der Betreibung des Lagers ziehen, das geht nur auf Kosten und zu Lasten der BewohnerInnen.
Die einzige vernünftige Lösung ist die Auflösung des Lagers.
Seit eineinhalb Jahren werden wir Zeuge eines aggressiven, rechtlich oft fragwürdigen und auch rechtswidrigen Handelns der zuständigen Behörden.
Die Ausländerbehörde – geleitet von Herrn Renders – legt in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt die „Behandlungsstandards“ fest. Abschiebung wird als höchstes Ziel formuliert und den Betroffenen gegenüber immer wieder als Druck- und Drohmittel geäußert. Die Lebensbedingungen werden so erbärmlich gehalten, um die Betroffenen zur Aufgabe ihrer Aufenthaltsgründe zu bewegen. Doch es gibt für sie keine Alternative als den Kampf für ihr Recht auf ein sicheres Leben. Obwohl viele Menschen krank geworden sind, manche versucht haben, sich das Leben zu nehmen – bzw. genommen haben und Abschiebungen immer wieder durchgeführt werden, geben die Flüchtlinge im Landkreis Gifhorn nicht auf.
Für unsere Solidarität und unseren Widerstand gegen das Unrecht im Landkreis Gifhorn ist keine Zeit zu verlieren!
Der Kampf ist erst vorbei, wenn alle Menschen frei sein können.

KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

www.thecaravan.org

Prozess gegen Silvia, Billy und Costa in der Schweiz

Bericht zu den Geschehnissen um die Mobilisierung zum Prozess gegen Silvia, Billy und Costa in Bellinzona vom 18.-22. Juli 2011 Bereits am Montag, 18.7.2011, einen Tag vor Prozessbeginn trafen an die 50 solidarische Menschen aus der Schweiz, Italien und Frankreich in Bellinzona ein. Am Abend gab es eine Infoveranstaltung zum Thema: Kampf gegen Atomkraft, wo es Beiträge zum militanten Anti-AKW-Kampf sowie auch Informationen zu Marco Camenisch gab. Dort wurde auch das Communique, welches Marco zum Prozess geschrieben hatte, vorgelesen. Am Abend wurde dann die drei politischen Gefangenen lautstark vor dem Gefängnis in Stampa/Lugano gegrüsst. Es wurde Musik gespielt und mit den Gefangenen kommuniziert.

Am Dienstag 19.7.2011 versammelten sich den ganzen Tag an die 70 AktivistInnen vor dem Bundesstrafgericht, in welcher der Prozess gegen die drei stattfand. Die ganze Strasse hing voll mit Transparenten und den ganzen Tag wurden lautstark Parolen wie: IBM, Umweltzerstörung; Freiheit für Costa, Billy und Silvia! // Terrorist ist der Staat - Ökoterrorist ist IBM, // Magristraten, bürgerliche Journalisten und Polizisten, das ist die Scheiss-Demokratie!.

Die Wut der Leute draussen drang bis in den Gerichtssaal hinein! Kurz gab es ein Gerangel mit den Riot-cops, als sich die Leute genau vor die Kaserne stellten, damit die Gefangenen sie noch besser hören können.

Auch am zweiten Prozesstag ging es weiter mit solidarischen Leuten, die dem strömenden Regen trotzten und lauthals ihre Solidarität bekundeten. Zu einem Zwischenfall kam es, als die Bullen am Bahnhof, ein gutes Stück vom Gericht entfernt, ein Auto von UnterstützerInnen durchsuchen wollten. Sie wurden nach kurzer Zeit von mehreren Dutzend Personen daran gehindert und das beschlagnahmte Material wurde ihnen wieder abgenommen. Vor dem abendlichen Knastspaziergang in La Stampa gab es im Volkshaus einen Vortrag zu Nano- und Biotechnologie der thematisierte wie diese Technologien vom Staat zur Überwachung und Kriegsführung eingesetzt werden.

Am Donnerstag, 21.7. gab es eine Demonstration durch Lugano mit einer Rede vor einem Sitz der IBM. Auf dem Rückweg nach Bellinzona wurden nochmals die Gefangenen in La Stampa begrüsst, wo sich das erste Mal Riot-Cops vor den Eingang des Gefängnisses stellten. Am Abend fand eine weitere Infoveranstaltung statt, an der sich alle aus Italien und Schweiz zugereisten einfanden: Beiträge zur Bedeutung der positionsübergreifenden Solidarität für die revolutionäre Bewegung. Marco's Stimme wurde abgespielt, als er sich in deutsch und italienisch zur Bedeutung der Solidarität mit revolutionären Gefangenen äusserte. Ausserdem wurde über den Prozess im September gegen eine kommunistische Genossin informiert.

Am Freitag, 22.7. dem Tag der Urteilsverkündigung fand eine starke und entschlossene Demonstration mit ca. 100 Personen vom Bahnhof in Bellinzona bis vor die Polizeikaserne statt, dort wurde dann das Urteil abgewartet. Als Schluss gab es nochmals eine Demonstration zurück zum Bahnhof!

Die ganze Woche war die Stimmung kämpferisch und entschlossen. Menschen aus der ganzen Schweiz und dem nahen Ausland waren angereist um den vor die Schranken der Justiz gezerrten politischen Gefangenen ihre Solidarität zu zeigen! AnarchistInnen, KommunistInnen und Autonome waren zusammen vor dem Gericht, auf der Strasse mit ihren Transparenten und vor dem Gefängnis!

Die andere „Seite der Barrikade" machte vom ersten Moment an deutlich, dass es hier um einen politischen Prozess geht: die Drei wurden als sehr formierte politisch motivierte Kriminaltouristen bezeichnet, ihre Isolationsbedingungen bis ins extremste verschärft (keine Uhr, kein Schreibzeugs, kein Radio oder Fernsehen, keine Post, beschränkter Anwaltsverkehr) und keine Übersetzung zugelassen (ausser bei 2 Zeugen der Anklage). Auch bei der Urteilsverkündung wurde kein Wort übersetzt. Als die Anwälte ihren Klienten danach in einer Abstandszelle den Inhalt erläutern wollten, stellten sich ihnen die Robocops entgegen. Es gab kein Durchkommen. Ein Militärhubschrauber begleitete im Tiefflug den überschnellen Abtransport der drei anarchistischen Gefangenen. Wohin sie gebracht werden sollen, wurde streng geheim gehalten!

Doch es wartet bereits der nächste Prozess auf uns; zwischen dem 28.-30.9. findet der Prozess gegen die GenossIn Andi des revolutionären Aufbaus und der Roten Hilfe International, statt! Kommt alle wieder nach Bellinzona - stellen wir der Klassenjustiz unsere Solidarität entgegen!

Freiheit für alle politischen Gefangenen! - Freiheit für alle revolutionären Gefangenen!

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

Drinnen und Draussen ein Kampf gegen Staat und Kapital! ***f.t.p.***

Angriffe in Zürich Solidarität mit Silvia, Billy und Costa

Angriff gegen AXPO und Obergericht in der Nacht vom 22. auf den 23. Juli 2011. Axpo mit ein paar eingeschlagenen Scheiben und einem Spray: Silvia, Billy und Costa! Die Axpo Holding AG ist ein öffentlich-rechtlicher Konzern und gehört den Nordostschweizer Kantonen.

Sie ist das führende Energieunternehmen in der Schweiz und spielt eine wichtige Rolle im Bau und Betrieb von AKW.
Das Obergericht in Zürich, als Ort der Klassenjustiz. Der Ort, wo der Prozess gegen den revolutionären Anarchisten Marco Camenisch 2004 stattgefunden hat!! In der Nacht vom 24. auf den 25. Juli wurden die Scheiben im und rund um den Eingangsbereich der Alpiq eingeschlagen. Das Stromverbundunternehmen Alpiq gehört der Fachgruppe für Kernenergie „Swissnuclear" an. In der Nacht auf den 27.7.11 wurde in Solidarität der Bullenposten in Ebikon mit der Aufschrift „Freiheit für Silvia, Billy und Costa" verschönert.
political-prisoners.net
www.rhi-sri.org

Neuer Fall von rassistisch motivierter Polizeigewalt in Hannover

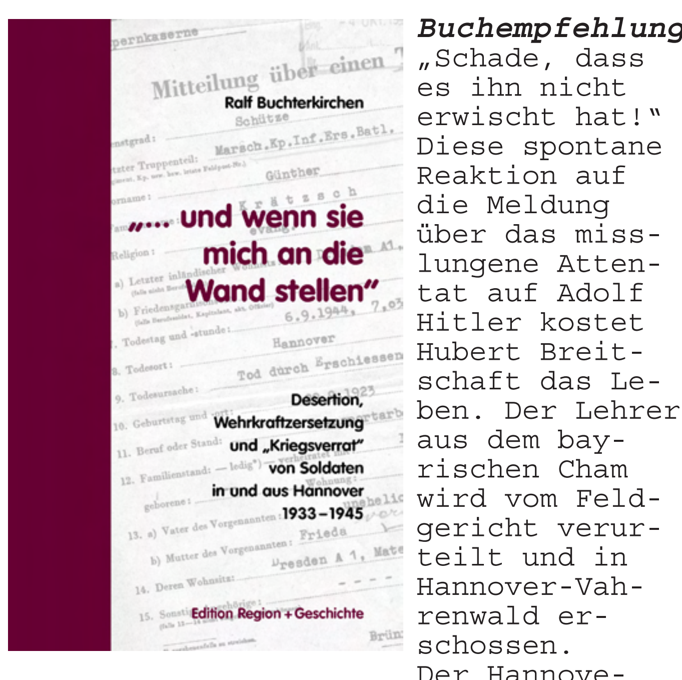
In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag, den 21.08.2011, ereignete sich in der Nähe des Hauptbahnhofes Hannover ein neuer Fall von rassistisch motivierter Polizeigewalt. „Rassistisch motivierte Gewalt, die von der Polizei ausgeht ist besonders bitter, sollte diese doch eigentlich dazu beitragen, dass Gewalt kein Teil unserer Gesellschaft ist.
Wir lehnen rassistisch motivierte Gewalt ab und solidarisieren uns mit den Betroffenen. Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen vorgehen.", so Tharcisio Leone, Ausländer_innen-Referent des AStA.
Der gebürtige Senegalese, der an der Leibniz Universität Hannover Sozialwissenschaften studiert, verließ gegen 4 Uhr den „Mambo Club" in der Leonhardtstrasse. Während eines Gespräches mit dem Türsteher des Clubs, in dem er darum bat, sein Getränk für den Heimweg mitnehmen zu dürfen, wurde er von einer Gruppe Polizisten in Kampfmontur von hinten überwältigt, zu Boden gedrückt und mehrfach geschlagen.
Am nächsten Tag attestierten Ärzte dem Betroffenen Hämatome an den Unterschenkeln, sowie an Hals und Unterkiefer.Eine Lehrerin, die das Geschehen beobachtete, fragte die Polizeibeamten nach dem Grund des Übergriffes. Sie wurde aufgefordert zu gehen und ihr wurde mit Platzverweis gedroht. Dem Studenten wird Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen. Dies sei laut Polizei auch der Tatbestand, der das Eingreifen der Polizei zur Folge hatte.
Ihr Eingreifen, so die Polizisten, erfolgte, weil der Student sich gegen die Anweisung des Türstehers Zutritt zum Club Mambo verschaffen wollte. Laut Augenzeugenberichten jedoch war der Betroffene bereits in der Discothek und wollte diese lediglich mit seinem Getränk verlassen. Auf der Wache musste der Student zudem noch Beleidigungen und Schikanen, wie „Brauchst du eigentlich Sonnencreme?" über sich ergehen lassen.
„Der Betroffene konnte offensichtlich keinen Widerstand leisten, da er von hinten angegriffen wurde. Dieser sogenannte „Tatbestand" ist lediglich der Vorwand, hinter dem die Polizisten ihre fremdenfeindliche Motivation für den Übergriff auf den afrikanischen Kommilitonen verstecken", sagte Björn Schönfeld, Kommilitone des Betroffenen.
Der Betroffene hat sich dazu entschieden, die Polizisten anzuzeigen. Wie groß die Aussicht auf Erfolg einer solchen Anzeige ist, kann man sich am Misserfolg aller bisherigen Anzeigen gegen die Polizeidirektion Mitte ausrechnen.
Es bleibt angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen zu fragen, wie die Politik in Hannover dazu steht, ihr Stadtzentrum von PolizistInnen „bewachen" zu lassen, die offenbar des Öfteren aus rassistischen Motiven zu ihren Schlagstöcken greifen.
Asta der Uni Hannover

Die Polizeiinspektion (PI) Mitte / Herschelwache tut sich immer wieder mit rassistischen Übergriffen und massivem Einsatz von Gewalt hervor. Selbst der lokalen Presse fällt das mittlerweile auf. Zwei weitere Beispiele:

„Die fünf beschuldigten Polizisten waren an dem Abend des 8. Oktober 2010 nicht im Dienst und in ziviler Kleidung in der Bahnhofstraße unterwegs. „Einer der Polizisten hat den Studenten von hinten niedergeschlagen [und später saß] der Student schon in Handschellen im Auto, da hat einer der Männer noch mal zugeschlagen", berichtete einer der Augenzeugen der HAZ. Die Polizeidirektion will zu dem Vorfall weiterhin keine Stellung nehmen. In Zusammenhang mit der Kritik, Beamte der PI Mitte pflegten mitunter einen zu groben Umgang mit Verdächtigen, wies die Behörde auf die hohe Belastung der Mitarbeiter in der Herschelstraße hin. Die Polizeiinspektion Mitte hat einen einschlägigen Ruf. Bei der HAZ melden sich regelmäßig Betroffene und berichten von einem unangemessen groben Umgang seitens der Beamten – und mitunter von Schlägen mit der Faust.„ (HAZ April 2011) Die Ermittlungen gegen die verantwortlichen Bullen laufen noch.

Im November 2008 hatten die Bullen der PI Mitte einen aus Togo stammenden Mann in einem Wettbüro festgenommen. Der einzige Grund, den die Cops der Presse angaben war, dass sich die Person in dem Wettbüro aufgehalten habe, in dem die Beamten einen Drogendealer vermuteten. Bei der Festnahme und auf der Wache kam es zu Demütigungen und Schlägen. Der Betroffene musste sich nackt ausziehen und wurde genötigt so die Wache zu verlassen.
Kurze Zeit später wurde er erneut aufgegriffen im Fahrstuhl der Herschelwache bis zur Ohnmacht gewürgt und anschließend in die Medizinische Hochschule Hannover gebracht. Das Verfahren gegen die verantwortlichen Bullen wurde eingestellt..................

„...und wenn sie mich an die Wand stellen“



Buchempfehlung

„Schade, dass es ihn nicht erwischt hat!“ Diese spontane Reaktion auf die Meldung über das misslungene Attentat auf Adolf Hitler kostet Hubert Breitschaft das Leben. Der Lehrer aus dem bayrischen Cham wird vom Feldgericht verurteilt und in Hannover-Vahrenwald erschossen.

Der Hannoveraner Robert Gauweiler, dem zur Last gelegt wurde, im Kameradenkreis gesagt zu haben: „Diesen Krieg verlieren wir“, wird von der Wehrmachtsjustiz in Dänemark zum Tode verurteilt und in Hamburg erschossen.

So wie Breitschaft und Gauweiler erging es vielen. Die NS-Militärjustiz verhängte etwa 30.000 Todesurteile gegen Soldaten, die den Gehorsam verweigerten; mindestens 21.000 wurden vollstreckt.

Für Hannover – einen der fünf wichtigsten Rüstungsstandorte – hat dieses Kapitel der deutschen Geschichte besondere Relevanz.

Am Waterlooplatz wurden Soldaten durch die Militärgerichtsbarkeit verurteilt, in Hannover-Vahrenwald, auf dem Gelände, wo sich heute die Emmich-Cambrai-Kaserne befindet, wurden sie hingerichtet und auf dem Fössefeldfriedhof in Hannover-Linden begraben.

In jahrelanger Recherche wurden die Daten von 51 gehorsamsverweigernden Soldaten ermittelt, die aus Hannover kamen oder dort hingerichtet wurden. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen. Diese Soldaten sind die Hauptpersonen des vorliegenden Buches.

Statt sie anzuerkennen, wurden sie nach dem Zweiten Weltkrieg verunglimpft, ihr Schicksal verschwiegen und verdrängt. Bis zum Jahr 2009 hat es gedauert, dass der Bundestag auch wegen Kriegsverrats Verurteilte rehabilitierte. In den Jahren zuvor wurden bereits Verurteilungen durch die Wehrmachtsjustiz wegen Desertion und Wehrkraftzersetzung für nichtig erklärt.

Eingereiht in eine Beschreibung der gesellschaftlichen und politischen Situation und im Anschluss auch an neuere Erkenntnisse der Geschlechter- und Männlichkeitsforschung wird nach den individuellen Beweggründen der Gehorsamsverweigerung gesucht.

Herausgekommen ist eine facettenreiche Darstellung eines viel zu gern vergessenen Stücks deutscher Geschichte.

In Hannover erinnert heute nur ein fast nicht mehr kenntlicher Stein an das Schicksal der Deserteure.

neu erschienen: Buchterkirchen, Ralf: „...und wenn sie mich an die Wand stellen“ - Desertion, Wehrkraftzersetzung und „Kriegsverrat“ von Soldaten in und aus Hannover 1933-1945,

Verlag Region und Geschichte
ISBN: 978-3-930726-16-5, 13,90 EUR



Achtung Bürger dieser Welt

#opfacebook

Wir hoffen auf eure Aufmerksamkeit und das ihr folgende Warnungen beachtet: Euer Kommunikationsmedium, welches ihr so sehr bewundert, wird zerstört werden.

Wenn du ein williger „hacktivist“ bist oder jemand der nur die Freiheit des Informationsflusses schützen möchte, dann schließe dich der Sache an und töte Facebook, um deiner eigenen Privatsphäre willen.

Facebook verkauft Informationen an Regierungsapparate und gibt Security Unternehmen geheimen Zugang zu Daten so das sie Menschen auf der ganzen Welt ausspionieren können.

Einige dieser sogenannten whitehat Info-Security Firmen arbeiten für autoritäre Regimes so wie Syrien und Ägypten.

Alles was ihr auf Facebook tut bleibt auf Facebook, egal wie ihr eure Privatssphäre/Anonymitätssettings einstellt und das Löschen eures Accounts ist unmöglich. Selbst wenn ihr euren Account löscht bleiben eure gesamten Daten auf Facebook und können jederzeit wiederhergestellt werden. Eure Privatsphäre/Anonymitätssettings zu ändern um euren Account „privater“ zu machen ist ebenfall eine Verblendung. Facebook weiß mehr über euch als eure eigene Familie.

Ihr könnt euch nicht vor der Realität verstecken in der ihr, Menschen des Internets, lebt. Facebook ist das Gegenteil der Antisec-Bewegung. Ihr seid weder vor denen noch vor jeglicher Regierung sicher. Eines Tages werdet ihr zurückblicken und verstehen, dass das was wir getan haben richtig ist, ihr werdet denen, die Macht im Internet haben, (eng. rulers...)danken, wir tuen euch nichts an, sondern retten euch.
Die Aufstände sind in vollem Gange. Es ist kein Kampf um die Zukunft von Privatsphäre und Öffentlichkeit. Es ist ein Kampf darum eine Wahl zu haben und um informierte Zustimmung. Der Kampf entwickelt sich weil Menschen vergewaltigt, umschmeichelt, genötigt und verwirrt werden, damit sie Dinge tun deren Konsequenzen sie nicht verstehen. Facebook sagt ständig es gebe Usern Wahlmöglichkeiten, aber das ist komplett gelogen. Es gibt Usern eine Illusion von Wahlmöglichkeiten und versteckt dann die Details vor ihnen „um ihrer selbst willen" während es Millionen mit ihnen verdient. Wenn ein Service „kostenlos" ist, heißt das in Wirklichkeit das sie Geld mit euch und euren Informationen machen.
Denkt eine Weile nach und bereitet euch auf einen Tag vor der in die Geschichte eingehen wird. Der 5. November 2011, #opfacebook. Im Angriff. Dies ist jetzt unsere Welt. Wir existieren ohne Nationalität, ohne religiöse Vorurteile. Wir haben das Recht nicht überwacht zu werden, nicht gestalked oder für Profit benutzt zu werden. Wir haben das Recht nicht als Sklaven zu leben.

Wir sind Anonymus

Wir sind zahlreich

Wir vergeben nicht

Wir vergessen nicht

Rechnet mit uns



Spitzelalarm

Ein paar Tipps zum Umgang mit Spitzeln, Verdächtigungen und Enttarnungen

„Es ist niemals angenehm, zu denken, dass einer der Menschen mit denen du möglicherweise ziemlich eng zusammenarbeitest, mit dem/der du feiern gehst, der ein/e Liebhaber_in deines besten Freundes ist, der total nett und umgänglich ist, dass dieser Mensch alles versucht, zu untergraben und zu sabotieren, was du tust..."
So beginnt die lesenswerte englische Broschüre „Infiltrators, Informers and Grasses" - die wir hier vorstellen wollen. Wir versuchen sie größtenteils zu übersetzen, weil wir denken, dass es auch in Deutschland keinen besonders bewussten Umgang mit der Gefahr gibt, der linke Aktivist_innen durch Bullen und Geheimdienste ausgesetzt sind. In diesem Fall durch V-Leute, Informant_innen und Verräter_innen. Dieser Text ist ein Ratgeber, um aus Verdächtigungen Gewissheit werden zu lassen, wenn es um die Enttarnung von Spitzeln geht („Spitzel" meint Agent_innen und Verräter_innen allerlei geschlechtlicher Identitäten).
Die Innenministerkonferenz hat ja unlängst den vermehrten Einsatz von verdeckten Ermittlern in der linken Szene beschlossen. Da ist es ratsam sich mal umzuhören, was andere zu dem Thema sagen. Niedersachsens Innenminister Schünemann ist übrigens politischer Vorreiter beim gezielten Einbringen von Bullen und Geheimen in die radikale Linke. Obacht also.
Wir haben keine Übersetzung des Originals gefunden. Deshalb haben wir es selbst gemacht; Also sehr frei übersetzt, leicht gekürzt und die britischen Spezifika weg gelassen.
Los geht's!

Ein paar Anmerkungen...

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass es uns nicht um das Schüren von Paranoia geht. Denn schnell enden ungeklärte Verdächtigungen in der Ausgrenzung von Einzelnen und in dem Zerfall von politischen Zusammenhängen, ohne dass man schlauer geworden ist. Eine mit Aggressionen verbundene Hexenjagd oder das kategorische Abstreiten einer fundierten Anschuldigung sind einer Aufklärung nicht dienliche Verhaltensweisen.
Es ist nicht relevant, ob deine Gruppe klein oder groß ist, offen oder verdeckt arbeitet, sich für wichtig oder unwichtig hält – alle können von Spitzeln betroffen sein. Aber eines muss unmissverständlich klar sein: Erzähle niemals Verdächtigungen gegen jemanden herum, wenn du keine Beweise hast. Keine Scherze in diese Richtung und kein Getratsche. Das schädigt Alle.

Vor allem schadet es aber auch dem Vertrauen in den politischen Gruppen. Leute, die immer wieder lapidar Andere für verdächtig erklären, ohne handfeste Gründe zu nennen, sollten aus politischen Zusammenhängen ausgeschlossen werden. Denn es gibt Fälle, in denen Spitzel so ein Vorgehen als Methode angewendet haben: Misstrauen zu sähen, um Gruppen zu zerstören.
Niemals leichtfertig Genoss_innen als Spitzel verdächtigen!
Wenn aber ein begründeter Verdacht aufkommt, heißt es, ihn auch ernst zu nehmen. Dafür soll dieser Text eine Hilfestellung sein.
Um nicht alle Spitzel über einen Kamm zu scheren, werden drei Gruppen unterschieden: Agent_innen, Informant_innen und Zuträger_innen [im englischen: Infiltrators, Informers, Grasses].
Agent_innen sind gezielt in politische Zusammenhänge eingeschleuste Spione. Diese können Bullen, Geheimdienstmitarbeiter_innen oder Detektive sein. Theoretisch natürlich auch Nazis, Medien oder Spitzel von Wirtschaftsunternehmen. Kennzeichnend für Agent_innen ist, dass sie für Geld oder aus ideologischen Gründen verdeckt arbeiten.
Informant_innen sind entweder umgedrehte Mitglieder einer Gruppe oder Eingeschleuste, die Druck von Bullen oder Geheimdiensten bekommen haben (z.B. wegen eigener Strafverfahren). Aber auch durch Drogensucht oder Schulden werden Leute erpressbar und zu Handlanger_innen des Staates.
Zuträger_innen wurden vielleicht nach einem Event bei einem Verhör zur Mitarbeit überredet. Sie sammeln Beweise, melden Verdächtiges oder taugen zum Agent Provocateur.
[Weil im Text wenig auf die Unterschiede zwischen Informers und Grasses eingegangen wird, verwenden wir für beide den Begriff Informant_innen.
Wir beschränken uns hier auf Spitzel des Staates. Zwar dürften auch Konzerne und Medien gelegentlich welche einschleusen. Diese Gefahr halten wir in der BRD aber für zweitrangig.
Agent_innen sind teuer. Deswegen greifen staatliche Behörden gerne auf Informant_innen zurück. Wenn diese enttarnt werden sollten oder der Situation nicht mehr gewachsen sind, ist das für den Staat auch kein allzu großer Schaden.
Staatliche Agent_innen gehen professionell gegen politische Aktivist_innen vor. Und zwar nicht nur um einzelne Fälle zu lösen und Protest zu überwachen. Es geht auch um Informationsbeschaffung, Erstellung von Profilen und gezielte Steuerung von Gruppen, um sie ungefährlich zu machen. Die unterschiedlichen Interessen der diversen staatlichen Behörden führen auch zu unterschiedlichem Vorgehen. Es gibt also kein starres Bild staatlicher Überwachungsarbeit.
Natürlich sind Geheimdienste am besten ausgerüstet und verfügen über einen spezialisierten Apparat, der Agent_innen schon per Definition zum Einsatz bringt. Ihnen geht es oft um das Erlangen von Einschätzungen und nicht so sehr um kurzfristige Erfolge. Polizeibehörden [Kripo, LKA, BKA] sind schneller auf der Suche nach konkret Verwertbarem. Sie haben auch nicht so viel Geld und unterliegen einer öffentlicheren Beobachtung und strengeren Regeln. Deswegen nutzen diese eher Informant_innen, als die Geheimdienste.



Wo ist der Agent?
Oder ist's eine Agentin?

Nicht alles was merkwürdig ist oder schief geht, hat was mit Spitzeln zu tun. Aktionen gehen schief, wenn sie nicht so gut vorbereitet sind, Zerwürfnisse in politischen Gruppen gibt's auch ohne Bullen, neue Leute verhalten sich nicht immer so, wie alte Hasen,...
Es ist eher selten, dass es ganz klare Hinweise darauf gibt, dass ein Insider gegen euch arbeitet. In vielen Fällen hatte ein Anfangsverdacht eher was mit einem Bauchgefühl zu tun.
Zuerst sollte man sich fragen: Können Infos auch über andere Wege zu Bullen oder Geheimdiensten gelangt sein? Handy in der Tasche vergessen? Aus Versehen am Telefon oder im Chat was ausgeplaudert? Es gibt viele Möglichkeiten Fehler zu machen. Die Frage ob Agent_innen im Spiel sind, sollte ziemlich am Ende stehen.
Agent_innen wollen an Positionen kommen, wo sie entweder die meisten Infos abgreifen oder den größten Schaden anrichten können. Seid wachsam bei folgendem Benehmen:

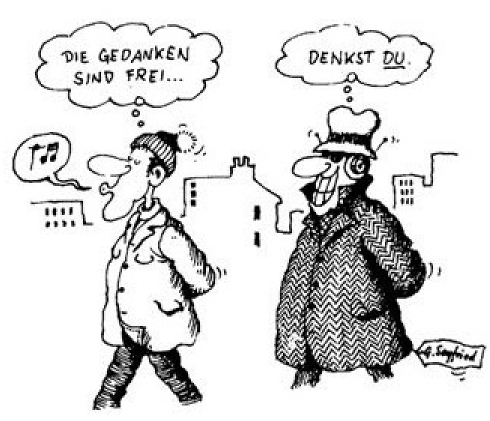
Infos sammeln:

-Drängelt sich jemand nach Aufgaben, die Zugang zu wichtigen Treffen oder Papieren ermöglichen? Das können Mitgliederlisten, Notizen oder vertrauliche Dateien sein. Auch das Entsorgen von „Altpapier“ kann dazu gehören. Oft sind es lästige Aufgaben, so dass Leute froh sind, wenn sie jemand übernimmt.

-Fragt jemand zudringlich insbesondere nach persönlichen Details in Bezug auf Aktionen, obwohl er/sie nicht an ihnen beteiligt war? Das erlaubt eine Einschätzung über die Rolle und die Aufgaben, die einzelne Personen in einer Gruppe haben.
-Ist jemand auffällig großzügig mit Geld? Das kann auch beim Bier- oder Drogenbeschaffen sein. So schafft man Vertrauen und bringt Leute (beim Bierchen zum Beispiel) zum Reden.
-Jemand drängt öfter Leute, sie nach Hause zu bringen.
-Jemand lobt und umgarnt ständig Leute, die er/sie für wichtig hält.
-Jemand ist öfter bei Treffen und nimmt an Diskussionen und Gesprächen Teil, ist aber nie in die Gruppe als solches involviert.

Diskreditieren und Zerrütten
-Jemand erfüllt wichtige Aufgaben sehr unzuverlässig oder nicht vollständig.
-Jemand verursacht Probleme für die Gruppe, indem er/sie diese zu Aktivitäten oder Ausgaben verpflichtet, ohne die festgelegten Wege einzuhalten. Oder jemand ermutigt offensiv die Gruppe, etwas zu tun, was ihre Einigkeit gefährdet.
-Jemand steht auffällig oft im Mittelpunkt persönlicher oder politischer Konflikte, die spaltend auf die Gruppe wirken.
-Jemand sucht immer die öffentliche Aufgabe, das Scheinwerferlicht, und vermittelt dann einen Eindruck oder macht Kommentare, die mit dem Rest der Gruppe nicht abgesprochen sind.
-Jemand befürwortet die Anwendung von Gewalt oder illegale Aktivitäten und stellt Infos und Ressourcen für entsprechende Aktionen zur Verfügung, nimmt aber selber nie an den Aktionen teil, die er/sie gefördert hat. Ob das auffällig ist, hängt aber auch von der Art eurer Gruppe und der Weise, wie ihr miteinander umgeht/arbeitet, ab.
-Jemand lanciert einen Spitzel-Verdacht auf andere Leute, lenkt dabei von sich selbst ab und zieht der Gruppe damit Energie und Zeit für Aktivitäten ab.
-Jemand empfiehlt der Gruppe Leute mit „zweifelhaftem" Charakter oder bringt sie in diese.
-Jemand hat Kontrolle über wichtige Informationen und hindert andere an diese zu kommen, so dass wichtige Aufgaben nicht erledigt werden können.
-Jemand bietet benötigtes Equipment an, mit dem dann aber niemand umgehen kann oder es ist welches mit gravierend schlechter Qualität.

Unstimmigkeiten
-Jemand hat längere Zeit keine offensichtliche Quelle, um an das Geld für den Lebensunterhalt zu kommen; oder hat mehr Geld zur Verfügung als der Job bringen würde (zum Beispiel, um ein teures Auto zu kaufen).
-Es gibt Unstimmigkeiten über den Hintergrund und Werdegang einer Person; an dieser Stelle sind Lügen schwer vollständig aufrecht zu halten.
-Jemand macht falsche Angaben und übertreibt seine/ihre Rolle in der politischen Bewegung oder der Szene.
-Jemand weicht Fragen nach dem Zuhause, der Familie oder der Arbeit aus.
-Jemand verschwindet oft für mehrere Tage am Stück, ohne dass jemand weiß, warum und wohin. Das ist regelmäßig bei lokalen Bullen der Fall, weil sie noch andere Aufgaben haben.
-Es hat jemand eine/n wenig bekannte/n Partner_in, die/der plötzlich aus dem Leben verschwindet, und diese/r wird durch eine Person aus der Gruppe ersetzt.
-Das Zuhause sieht sehr unbewohnt aus. Es gibt kaum wirklich Privates zu sehen.
-Jemand scheint immun gegen staatliche Verfolgung.
Eins sollte klar sein: Keines dieser Merkmale ist ein Beweis, dass jemand ein Spitzel ist! Es kann auch sein, dass interne Infos durch Unachtsamkeit durchsickern. Dass jemand unentschlossen oder innerlich zerrissen, machthungrig oder ein/e pathologische/r Lügner_in ist, heißt noch lange nicht, dass es sich um eine/n Agent_in handelt – aber so jemand muss auf jeden Fall mit Vorsicht behandelt werden. Das gilt auch für Kontrollfreaks. Wenn Leute aber gedisst werden, kann auch das zu einem Sicherheitsrisiko werden. Wichtig ist, einen Umgang miteinander zu finden, der es dazu nicht kommen lässt, damit die Gruppenarbeit nicht gefährdet wird.



Eine andere Quelle für den Staat sind Leute, die selbst ein Sicherheitsrisiko darstellen. Entweder, weil sie keinen Sinn für anderer Menschen Sicherheit haben oder, weil sie sich weigern, Sicherheit überhaupt als eine Notwendigkeit bei politischen Aktivitäten anzuerkennen. Ein Problem sind auch Leute, die jedem gleich alles erzählen, wenn sie zu viel gesoffen oder gekifft haben. Diese merken auch oft nicht, dass sie dazu neigen. Auch haben Leute, die von einer Aktion mitbekommen aber nicht direkt mit ihr zu

tun haben, selten den gleichen Sinn für Sicherheit, wie diejenigen, die direkt an ihr beteiligt waren. Daraus kann eine Gefährdung von Aktivist_innen oder Aktionen entstehen.
Diese Leute sind keine Agent_innen, aber der Effekt ist er gleiche. Jede Gruppe muss einen angemessenen Umgang damit finden. Wenn das nicht passiert, werden verschiedene Gruppen aus Misstrauen nicht mehr miteinander arbeiten oder eine Gruppe wird sich über das Verhalten solcher Leute spalten, weil manche nicht mehr mit ihr zusammenarbeiten wollen und andere, auch aus persönlicher Verbundenheit, aber schon. Der beste Umgang damit ist Offenheit – diskutiert solche Probleme lieber in der ganzen Gruppe mit allen Beteiligten, als in kleinen Cliquen.

Was tun?

Wenn ihr euch sicher seid, dass eure Verdächtigungen begründet sind, besprecht euch mit Leuten, denen ihr vertraut. Halten Andere eure Befürchtungen für fundiert? Wenn mehrere Leute das unabhängig voneinander bejahen, solltet ihr davon ausgehen, dass es richtig ist, dem Verdacht nachzugehen. Es gilt jetzt, herauszubekommen, ob an ihm was dran ist.

1. Sucht das Gespräch mit Jemandem, der/die Erfahrung mit so einer Situation haben könnte und lasst euch Ratschläge geben.
2. Sorgt für einen sicheren Lagerort für Materialien und Unterlagen über geplante Aktionen.
3. Notiert alle offenen Fragen über den Verdacht und auch alles Wissen, das ihr schon gesammelt habt. Das umfasst auch verdächtige Vorkommnisse und Äußerungen. Notiert Daten, Zeiten, Orte, Anwesende und andere Fakten, die es in der Recherche erleichtern, Merkwürdiges in einen Kontext zu setzen. Dazu gehören auch Aktionen, die nicht geklappt haben oder bei denen unerwartet Bullen aufgetaucht sind. Diese Unterlagen müssen sicher verwahrt werden! Am besten digital und verschlüsselt auf externen Datenträgern, die man gut versteckt hält. Diese Daten sind hoch brisant!
4. Recherchiert diskret den persönlichen Hintergrund der verdächtigen Person. Das ist vielleicht der wichtigste Teil der Nachforschung. Hier ist die Wahrscheinlichkeit am größten, sie zu enttarnen. Kommuniziert dabei aber nicht offen am Telefon oder per Mail etc. Man weiß nie, wer gerade überwacht wird.
Es ist für Agent_innen schwer, immer zu lügen. Das gilt insbesondere, wenn ihr in Bereichen nachforscht, für die sie keine Legende erarbeitet haben. Diese Legenden sind aber immer eine Mischung aus Lüge und Wahrheit. Das muss beachtet werden! Macht Notizen von allen Widersprüchen. Aber bedenkt, dass es auch Leute gibt, die gerne Übertreiben und deswegen stimmen nicht alle Angaben. Wenn verschiedene Leute nach und nach mal bei der/dem Verdächtigen nachfragen, was früher so war, woher er/sie kommt, dann entwickelt sich ein besseres Bild von den möglichen Widersprüchen.
5. Wenn die Person in anderen politischen Gruppen war oder versucht hat in diese rein zu kommen, sprecht mit diesen. Manchmal hilft ein Foto, falls verschiedene Namen benutzt wurden. Wenn Agent_innen erst mal in einer Gruppe drin waren, war es für sie oft leicht in andere Gruppen zu kommen, weil sie ja schon Erfahrungen oder Referenzen hatten. Sucht nach politischen Zusammenhängen, mit denen Kontakt bestanden haben könnte. Aber seid vorsichtig und macht , wenn ihr mit Dritten über den Fall redet, klar, dass absolutes Stillschweigen nötig ist.



6. Erforscht den Alltag. Fragt bei der/dem angeblichen Arbeitgeber_in nach oder verfolgt die Person auf dem Weg nach Hause. Auffällig wäre zum Beispiel, wenn jemand mit einem alten Auto zu Treffen kommt aber mit einem teureren oder neueren zu Hause ankommt. Vielleicht gibt es den angeblichen Arbeitgeber auch gar nicht. Besucht sie zu Hause und verschafft euch einen Eindruck. Andere Vorgehensweisen (z.B. heimlicher Einbruch zu Hause bei verfestigtem Verdacht) erfordern ein klandestineres Vorgehen.
Manchmal kann es hilfreich sein, die Person abzulenken, um einen Blick in Telefone oder Computer zu ermöglichen. Wenn Zugang zur Wohnung besteht, guckt nach Tagebüchern, Notiz-Zetteln oder Rechnungen. Vielleicht hat der angebliche Veganer ja Fleisch bei Netto gekauft.
7. Wenn es möglich ist, fahrt mit zu Verwandten. Agent_innen versuchen ihre Familien aus allem raus zu halten. Aber in manchen Fällen war es die Familie, die unvorsichtige Bemerkungen gemacht hat.
8. Wenn die Verdächtigungen sich erhärten, zieht Leute ins

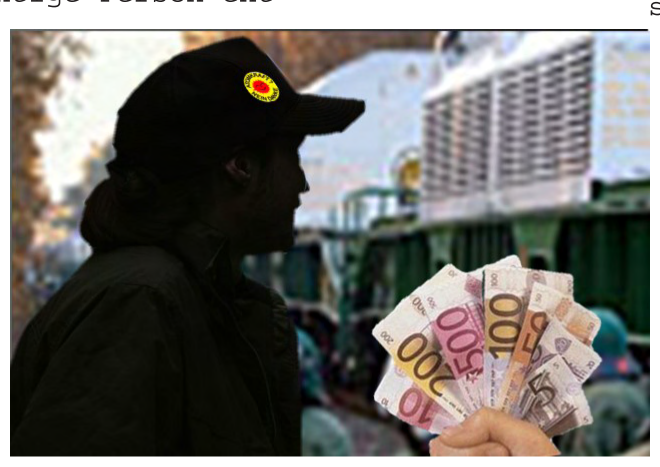
Vertrauen, denen ihr den Recherchestand erzählt. Ein Blick von außen schützt vor falschen Fährten. Aber seit vorsichtig. Schnell gerät ein Verdacht nach außen. Das darf nicht, auch nicht auf Sprücheebene, passieren!
Wenn die Verdachtsmomente auch von anderen als schlüssig angesehen werden, seid ihr schon ein ganzes Stückchen weiter. Aber bleibt immer skeptisch gegenüber euren Vermutungen. Wen Leute aus völlig anderen Gründen schon immer irgendwie komisch fanden, der/die gerät auch schneller in Verdacht – obwohl die Ablehnung eigentlich soziale Gründe hat.
9. Hütet euch vor Leuten, die euch unkritisch zustimmen. Auch entlastende Infos müssen ernst genommen werden. Kritischen Nachfragen müsst ihr nachgehen. Man gerät schnell in eine Selbstvergewisserung, die später fatale Folgen haben kann.
10. Stellt eine Falle. „Arrangiert" eine Aktion oder ein Treffen von dem die verdächtige Person weiß und guckt, ob Bullen oder andere Sicherheitskräfte auftauchen. Wenn die/der Verdächtige mit anderen über die Sache redet, kann das schwer zu organisieren sein. Die Sache muss vorsichtig geplant werden und kann nur einmal ausprobiert werden. Aber nur weil Bullen eine Aktion verhindern, muss das noch lange nicht heißen, dass eure/euer Verdächtige/r Schuld daran ist. Es kann auch einfach Pech im Spiel sein. Solche Art Falle kann nur weitere Hinweise bieten – ist aber niemals ein Beweis.
So oder so kann nicht Jede/r gut genug lügen, ohne dass es auffällt. Die Falle darf ja nicht durch verdächtiges Verhalten im Vorfeld auffliegen. Nicht alle politischen Zusammenhänge sind für so ein Vorgehen geeignet. Man darf natürlich nicht seine eigenen dafür gefährden.
Oft werden Agent_innen die für den Staat arbeiten bei einer Aktion nicht mitmachen, weil sie ungern Kriminalisierbares machen. Aber auch das wäre nur ein schwacher Hinweis. Mehr nicht!
11.Wenn ihr glaubt, einen Agent Provocateur in den eigenen Reihen zu haben, überlegt, ob ihr ihn zu kriminellem Verhalten provozieren könnt. Ein Aufnahmegerät kann später hilfreiche Beweise liefern, dass der Spitzel euch in eine Falle locken wollte. Sichert Kopien solcher Aufnahmen an sicheren Orten. Wenn ihr eine/n Anwält_in habt, der/dem ihr vertraut, besprecht euch mit ihr/ihm.
Das ist eine brisante Sache. Ihr dürft euch nicht selbst gefährden. Macht sowas niemals in Bezug auf Aktionen, die ihr wirklich machen wollt und bei der Leute dabei sind, die nichts von eurer Recherche wissen.
Auch könntet ihr euch mit so einem Verhalten selbst verdächtig machen. Macht es also nur, wenn ihr einen sehr starken Verdacht habt, dass jemand auf euch angesetzt ist.

Wenn man sich mit den Verdächtigungen beschäftigt, besteht die Gefahr, diese schnell als wahr anzunehmen, weil das ja die Grundannahme der Recherche ist. Seid immer offen dafür, eure Meinung zu ändern oder den Verdacht zu begraben – egal wie viel Arbeit ihr bereits hattet.
Am Ende muss ohnehin jemand, der/die nicht emotional in die Sache involviert ist und vollstes Vertrauen genießt, eure Arbeit überprüfen.
Natürlich will man alles total wasserdicht bekommen. Aber das ist oft kaum zu erreichen. Gewissheit ist schwer zu erlangen. Deshalb ist die Meinung einer externen Person um so wichtiger, bevor man überlegt, mit dem Verdacht in die Öffentlichkeit zu gehen.
Niemals einen ungenügend fundierten Verdacht öffentlich machen! Das schadet der verdächtigten Person, dem Vertrauen, das Leute in euch haben, spaltet die Gruppe oder Szene und führt zu viel Verbitterung. Wenn der Verdacht sich nicht bestätigt, habt ihr eine Verantwortung, diesen auch wieder aus der Welt zu schaffen. Das heißt auch, dass ihr Leute informieren müsst, die ihr nach Person X ausgefragt habt. Es darf kein Verdacht hängen bleiben und auch nicht hinterher drüber getratscht werden. Sonst wird daraus eine unendliche Geschichte, die viel Misstrauen sähen kann.

Die Enthüllung

Treffen mit dem/der Verdächtigen
Was ist der richtige Umgang, wenn euer Gefühl sich durch Fakten erhärtet hat? Am besten redet ihr gut vorbereitet mit eurer politischen Gruppe.
Zuerst könnte ein Treffen von mehreren Gruppenmitgliedern mit der/dem Verdächtigen arrangiert werden, um ihn/sie mit dem Verdacht zu konfrontieren. Es kann sehr hilfreich sein, eine unbeteiligte Person dabei zu haben, die in Auseinandersetzungen vermitteln und sich eine unabhängige Meinung bilden kann.
Beobachtet die Reaktionen der/des Verdächtigen und notiert sorgfältig die Erklärungen, die gegen die Verdächtigungen vorgebracht werden. Versucht ruhig zuzuhören und nicht aggressiv zu reagieren. Es ist besser, nicht alle Türen, die ein gutes Gespräch ermöglichen, zuzuschlagen, bevor der Verdacht nicht sicher erhärtet ist. Ihr müsst immer im Kopf haben, dass die Person unschuldig sein kann und die Anschuldigungen ihr ziemlich nahe gehen können. Hütet euch vor Selbstüberschätzung und Überheblichkeit.

Wenn es so weit gekommen ist, sollten die Beweise genügen, damit die Fassade des/der Agent_in nicht mehr aufrecht gehalten werden kann; obwohl das nicht heißt, dass sie/er das akzeptiert. Das kann zu aggressiven Ausfällen führen und zu Beschuldigungen, dass es sich hier um Lügen handele, dass man so nicht miteinander umgehen könne usw.
Wenn ihr hinterher was veröffentlichen wollt, denkt daran, ein Foto von der Person zu machen, so lange das noch geht. Seid auf ihre Wut gefasst und auf massive Anschuldigungen gegen euch.
Als nächstes muss die ganze Gruppe informiert werden. Das macht man besten mit einem Sondertreffen, ohne dass der Grund dafür in der Einladung schon erzählt wird. Sonst entstehen nur wilde Spekulationen oder Versuche mit der/dem Verdächtigen Kontakt auf zu nehmen. Es muss aber allen klar sein, dass es um was Wichtiges geht, damit alle kommen.
Am besten findet das Treffen kurz nach dem Treffen mit dem/der Verdächtigen statt. Wenn diese/r zum Treffen kommen sollte, um sich zu verteidigen, wird er/sie natürlich schon vorbereitet auf die Situation sein und Varianten seiner/ihrer Geschichte erzählen, um den Verdacht abzuschwächen und eine Konfrontation in die Gruppe rein zu tragen. Deswegen ist es wichtig, bei dem Enttarnungsgespräch eine/n Zeug_in dabei zu haben, die dann auch zum Gruppentreffen kommt.
Auch zu diesem Treffen kann ein/e externe/r Unterstützer_in Sinn machen, der/die den Überblick behält.
Am Ende des Treffens muss die Gruppe ohne die verdächtige Person entscheiden, wem sie glaubt. Möglicherweise ist es auch richtig, dass die Rechercheur_innen den Raum verlassen, damit der Rest offener reden kann.
Wenn der Verdacht ebenfalls als glaubwürdig betrachtet wird, fordert die/den Verdächtigte/n auf, die Gruppe zu verlassen.



Wenn es kein Gruppentreffen gibt
Dafür kann es zwei Gründe geben. Der eine ist, wenn der/die Agent_in immer noch die Unschuld beteuert. Der andere, wenn es aus geographischen oder Sicherheitsgründen nicht möglich ist, die Gruppe zusammen zu bekommen. In beiden Fällen muss sofort gehandelt werden.
Die Agent_in könnte zuerst mit der Gruppe reden und Stimmung gegen euch machen, so dass ihr unter Rechtfertigungsdruck kommt. Auch kann der Verdacht dann schnell damit diskreditiert werden, dass ihr jemanden aus persönlichen Gründen verdächtigen würdet.
Es gibt zwei Schlüsselmomente in so einer Situation:
Die Gruppe muss alle Informationen zur Verfügung bekommen. Ihr müsst euer Vorgehen transparent machen, damit klar wird, dass ihr eure Macht, aus welchen Gründen auch immer, nicht missbraucht.
Es wird auf jeden Fall jemand enttäuscht oder verletzt sein, weil er oder sie nicht ins Vertrauen gezogen wurde.

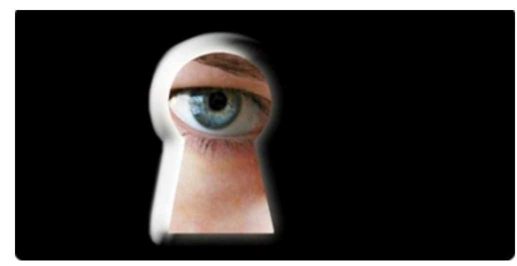
Nicht überzeugende Verdachtsmomente
Wenn die Beweise nicht ausreichen, gibt es verschiedene Möglichkeiten des Umgangs. Eine Variante ist es, die/den Verdächtigen trotzdem zu konfrontieren – vielleicht klärt sich was auf, weil er/sie zusammenbricht. Aber seid euch im Klaren darüber, dass so eine Frühzündung auch in die Hosen gehen kann und ihr dann alles bitter bereut (er/sie kann immer noch unschuldig sein).
Vielleicht ist es in so einer Situation besser, nicht schon alle Trümpfe aus dem Ärmel zu holen. So können sie Teile bestreiten oder ihnen zustimmen. Vielleicht klären sich einzelne Verdachtsmomente auf diese Art plausibel. Wenn nötig muss die Beobachtung aber trotzdem fortgesetzt werden.
[Man muss auch davon ausgehen, dass die Enttarnung eines Spitzels nicht das Ende der Überwachung bedeutet. Wahrscheinlich ist es sogar, dass zusätzliche Überwachungen parallel zur Unterwanderung stattgefunden haben und nach der Enttarnung auch fortbestehen werden.]

Der Umgang mit den Folgen
Wenn der/die Agent_i enttarnt wurde, müsst ihr euch schützen und den Schaden für die Gruppe klein halten:

1. Überlegt euch, ob ihr die Presse informieren wollt. Das ist insbesondere für offen arbeitende Gruppen eine Möglichkeit, um das Vorgehen der Bullen offensiv anzugreifen.
2. Informiert andere Gruppen, zu denen ihr Kontakt habt. Stellt Infos über die Person ins Netz, damit andere die/den Agent_in erkennen können. Die Anschuldigung muss immer unterfüttert und begründet werden. Erklärt anderen die Situation, so gut es geht.

3. Erwartet unüberlegte Reaktionen von uninformierten Leuten und Ansehensverlust. Aber das ist besser, als wenn die Gerüchtewelle Schaden anrichtet. Ungesicherte Gerüchte können zum echten Problem werden, wenn ihnen niemand entgegnen kann. 1.Sorgt vor, damit nicht nochmal ein Spitzel in eure Zusammenhänge eindringen kann. Es ist besser, alle sehen, dass ihr offen und problembewusst mit der Situation umgeht, als dass ihr Sachen verheimlicht. Die Auseinandersetzung mit der ganzen Scheiße kann euch als Gruppe auch stärker gegenüber Sicherheitsrisiken machen.
4. Wechselt Schlösser, Passwörter, etc. und analysiert die Auswirkungen der Ausspähung auf die Arbeit, die ihr gemacht habt.
5. Es wird für Einige schwer sein, mit der Situation umzugehen. Erst recht, wenn sie „befreundet" mit dem/der Agent_in waren. Lasst euch die Zeit, die ihr braucht, einen Umgang damit zu finden.
6. Minimiert aktiv den Schaden für die Gruppe. Das ist wichtig um Paranoia und Streit untereinander zu stoppen. Das gilt insbesondere, wenn einzelne Leute den Anschuldigungen nicht voll glauben oder Liebesbeziehungen eine Rolle spielen.

Unterstützt euch gegenseitig in diesem auch emotional belastenden Moment. Achtet aufeinander. Geht nicht schnell zum Tagesgeschäft über, sondern kümmert euch umeinander und analysiert sorgfältig die Folgen der Infiltration. Redet so offen untereinander, wie es geht.



Offene Treffen

Auf größeren und offenen Treffen tauchen zum Glück auch Leute auf, die noch Keine/r gesehen hat. Wir sollten uns hüten, neue immer gleich als verdächtig anzusehen. Junge Menschen, welche die (oft hinterfragbaren) Szeneregeln noch nicht kennen, tappen oft in unsichtbare Fettnäpfchen und geraten in den Fokus der Erfahreneren. Aber wir waren alle mal neu in der politischen Praxis. Daran sollten wir uns erinnern.
Wenn dann doch jemand so verdächtig erscheint, dass man sich nicht länger um ein Verhalten herumdrücken möchte, kann es Sinn machen, sich mit mehreren Leuten ein paar Fragen über die verdächtige Person zu stellen.



Folgende Fragen könnten tauglich sein:
Zu welchen Punkten macht sie sich Notizen?
Macht sie Notizen in Steno?
Wen beobachtet sie und wem hört sie zu? Wie interessiert ist sie an einzelnen Personen und welche Namen schreibt sie auf?
Stellt sie verdächtige Fragen, die illegale Aktivitäten betreffen? Oder ist sie außergewöhnlich neugierig?
Gibt es Unstimmigkeiten? (z.B. Lederschuhe auf einem Veganer_innentreffen)
Womit und mit wem ist sie zum Treffen gekommen? Ist sie zu Fuß gekommen und hat ein teures Auto ein paar Straßen weiter geparkt?
Wen gibt sie vor zu kennen?
Wie tief ist sie im Thema? Macht sie grundlegende Fehler?
Tut sie so, als würde sie trinken, nippelt aber den ganzen Abend am selben Bier?
Woher weiß sie von dem Treffen und warum ist sie da?
Mit wem versucht sie in Kontakt zu kommen?
Wenn ihr euch entscheidet, ihre Tasche zu durchsuchen, ist da ein Perso mit anderem Namen oder ein Aufnahmegerät drin?

Normalerweise kommen Agent_innen alleine oder im Pärchen auf große Treffen und kennen niemanden. Sie können so tun, als gehörten sie zu einer Gruppe, was man leicht rauskriegen kann. Nur weil sie mit jemandem rumhängen, heißt das noch nicht, dass diese Leute sie auch kennen.
In diesen Situationen geschieht es oft, dass einzelne Menschen Verdächtigungen gegenüber Verantwortlichen äußern. Dann sollten sich ein bis zwei Leute darum kümmern, leicht zu Überprüfendes herauszubekommen.
Man sollte erst mal mit den Verdächtigen reden und im freundlichen Gespräch ein paar Fragen stellen. Das muss unauffällig passieren ohne dass eine Verhöratmosphäre entsteht.
Gebt ihnen die Möglichkeit, sich plausibel zu erklären.
Wenn ein/e Agent_in identifiziert wurde, geleitet diese/n sofort raus. Erfahrungen haben gezeigt, dass man ihnen nicht erlauben sollte, noch ihre Sachen zu holen, weil dann schnell viel Ärger entsteht. Das Zeug kann man ihnen hinterher auf die Straße bringen. Wenn nötig, muss mit Augenmaß leichte Gewalt angewendet werden. Aber eine Eskalation bringt nichts. Es gilt, Ruhe zu bewahren. Die meisten werden ohnehin gerne freiwillig gehen, wenn sie erwischt wurden. Wenn die Möglichkeit besteht, macht Fotos von der Person.

Informant_innen

Es wird wahrscheinlich immer so sein, dass sich politische Aktivist_innen dem Druck staatlicher Behörden beugen und anfangen, für diese zu arbeiten – gegen die politische Gruppe, in der sie sind.
Das ist nicht immer direkt gegen dich gerichtet, aber es gibt einige Zeichen, nach denen du gucken kannst. Ein Anhaltspunkt dafür, dass jemand umgedreht worden ist, ist die Art und Weise, wie er/sie während einer Ingewahrsamnahme oder einer Verhaftung behandelt wird. Zum Beispiel bekam eine Person einen Fernseher in die Zelle, nachdem sie zugestimmt hatte, gegen diejenigen auszusagen, mit denen sie verhaftet worden war.
Oft bekommen Leute, die Infos an die Bullen weitergeben, ungewöhnlich niedrige Urteile, wenn sie vor Gericht stehen. Ein anderer Hinweis kann sein, dass die Bullen plötzlich wissen, wie sie Leute effektiv mit Repression überziehen können. Auch kann sehr spezifisches Wissen in Verhören ein Hinweis darauf sein, dass jemand plaudert.
Es ist für uns völlig klar, dass jemand der /die mit Bullen oder Geheimdiensten zusammenarbeitet, keinen Platz mehr in der politischen Bewegung finden kann. Ihre Namen und Fotos sollten veröffentlicht werden, damit sie nicht woanders Schaden anrichten können. Falls die Zusammenarbeit aber in einem laufenden Prozess herauskommt, sollte man damit warten, bis der vorüber ist, um nicht andere Beschuldigte noch mehr zu gefährden.

Ablenkungsmanöver

Wenn der Staat jemanden eingeschleust und „gut“ platziert hat, wird er Taktiken nutzen, um diese Person zu schützen. Die einfachste ist, jemanden öfter in Gewahrsam nehmen zu lassen. Das erhöht das Vertrauen in der Gruppe.
Ein anderer Weg ist, ständig „offensichtliche“ Zivis z.B. in Kneipen rum laufen zu lassen. Während sich alle über die unfähigen Cops lustig machen, kommt der Gedanke an die Möglichkeit, einen am Tisch sitzen zu haben, gar nicht erst auf.
Wenn mal von Seiten der Bullen durchsickert, was durchaus ab und zu vorkommt, dass es Informant_innen oder Agent_innen in der Szene gibt, sollte man sich fragen, was das Interesse daran ist, dass man die Info gesteckt bekommen hat. In der Regel soll Misstrauen gesät und damit die Arbeit der Gruppe sabotiert werden.



Wenn die Bullen dich anquatschen

Das passiert öfter, als man denkt und ist nichts, wovor man Angst haben sollte. [Wir verweisen auf den Text der Roten Hilfe, der auf Seite 45 dieser Ausgabe abgedruckt ist.]

Letzte Bemerkungen

Zum Abschluss zwei Anmerkungen, die uns wichtig sind:
Oft bemerken Leute Verdächtiges und reagieren darauf aber nicht. Schnell werden andere für Verantwortlich gehalten, weil man gerade keine Zeit oder Lust hat, sich mit einem Problem rum zu schlagen. Oft will man auch nicht wahrhaben, dass auf einem Treffen ein/e Agent_in sitzen könnte. Noch schlimmer ist es, wenn jemand aus der Szene über Jahre immer wieder verdächtig auffällt und sich Misstrauen entwickelt, aber niemand handelt. Der Schaden wird nurmehr immer größer, wenn sich irgendwann herausstellt, dass man mit seiner Ahnung recht gehabt hat.
Der andere Punkt ist, dass Tratsch und Lästerei wirklich komplett destruktiv sind. Es kann nicht deutlich genug gesagt werden, wie gefährlich es ist, hinter vorgehaltener Hand kleine Sprüche zu machen, dass jemand ein Spitzel sein könnte. Das zerstört Vertrauen. Ohne ernsthafte Prüfung von Hinweisen sollte man besser die Schnauze halten. Wenn deine Freund_innen lustig gemeinte Bemerkungen in diese Richtung machen, weise sie darauf hin, dass das gefährlich und kontraproduktiv ist. Wenn sie nichts ernsthaft Verdächtiges vorbringen können, fordere sie auf, sofort mit dem Gerede aufzuhören! Wenn was dran sein könnte, unterstütze sie beim verantwortlichen Umgang mit der Situation.
Jemanden als Agent_in oder Informant_in zu bezeichnen ist eine schwere Anschuldigung und sollte nicht leichtfertig ausgesprochen werden. Trotzdem muss auf der anderen Seite jeder glaubwürdige Verdacht ernst genommen werden! Das ist dann mit Sicherheit eine anstrengende und beschissene Zeit für die Recherchierenden, aber immer wieder Alltag vieler politischer Genoss_innen. Diese gilt es, zu unterstützen.
Hoffentlich ist es gelungen, ein paar Tipps und Hinweise zu geben, um einen angemessenen Umgang mit Spitzeln in den eigenen Reihen zu finden. Sicher ist das hier alles verkürzt. Aber es sind viele Erfahrungen von Genoss_innen eingeflossen, die sich mit der Scheiße auseinandersetzen mussten. ***[AB]***

Klarstellung zur Vereinnahmung

Über die Macht der Verhältnise und das Verhältnis zur Macht – castor-schottern setzt auf öffentliche Akzeptanz für widerständiges Handeln als fortschrittlicher Akt.

Der nächste Castor-Transport ins Wendland ist für den Herbst 2011 ebenso angekündigt wie die Proteste dagegen. Trotz und wegen Harrisburg, Tchernobyl, Fukushima, trotz und wegen des Ausstiegsgebrabbels in rot-grünem, oder schwarz-gelbem Anstrich ist der Normalbetrieb der Atomanlagen nicht nur in der BRD ein noch nicht gelöstes Problem, ist Gorleben als Endlager noch immer geplant, ist Widerstand gegen den Atomstaat noch immer nötig, sinnvoll und ein Versuch, dem normalisierten Ausnahmezustand die subversive Tat entgegenzusetzen.

Les barricades ferment les rues mais ouvrent la voie.

Mit der Kampagne castor-schottern tritt allerdings ein politischer Akteur auf, der – in den bewegungspolitischen Fußstapfen der GRÜNEN – diese nötigen und sinnvollen Proteste zu kanalisieren versucht und den Blick auf die Verhältnisse eher zu verschließen scheint.

Die Berechenbarkeit der Systemstabilisierung ist augenscheinlich dermaßen Teil der herrschenden Normalität und Angepassheit, dass es umso irritierender ist, dass diese Praxis der Vereinnahmung nicht auf mehr Widerspruch und stärkere Ablehnung in den eigenen Reihen der Autonomen stößt.

Im Detail: Um von den herrschenden Medien als Gesprächspartner anerkannt zu werden und von parlamentarischen und gesellschaftlich etablierten Kräften Unterstützung zu bekommen, wird auf jede Form von radikaler Systemkritik verzichtet. Die auf öffentliche Akzeptanz basierende Pressearbeit und Mobilisierung funktioniert eben nur dann, wenn die Erwartungshaltung der Medien akzeptiert wird. Eine Kampagne kann sich in diesen Medien nur als moralisch gut darstellen, wenn sie sich von Militanz distanziert und der demokratische Nationalstaat nicht infrage gestellt wird. Ein Zuspruch zur Legitimität von grenzüberschreitungen, wird von den herrschenden Medien nur dann goutiert, wenn diese Rahmenbedingungen stimmen. Die bürgerliche Presse wird auf die Aktionen eingeladen, um beweisen zu können, dass die propagierte Angepasstheit der Aktionsform auch genau so gemeint ist.

Das heißt, dass die Medien das Schottern nur dann als legitim akzeptieren, wenn es explizit gewaltfrei und demokratisch im Sinne dieses Staates dargestellt wird. Dafür braucht es die Unterstützung prominenter Personen aus Politik und öffentlichem Leben. Diese Politik ist nicht emanzipatorisch, sondern systemstabilisierend: auch die begrenzte und definierte Regelüberschreitung kann demokratisch absorbiert werden.

Diese Form von Politik steht im klaren Gegensatz zu selbstbestimmter, unversöhnlicher und militanter autonomer Politik. Im Gegenteil, die Öffentlichkeitsarbeit dieser Politik muss zwangsläufig darauf abzielen, sich von militanter Politik zu distanzieren um die entsprechende Akzeptanz zu erreichen. Genau das macht die Zivilität des Ungehorsams aus.

Mit anderen Worten:
die politische Aussage wird reduziert auf die Propaganda des zivilen Ungehorsams, legitimiert durch moralische Überlegenheit.

www.castor2011.org

In die linksradikale Szene hinein wird der repressiv eingeforderte Verzicht auf die Selbstbestimmtheit der Aktion den noch als militante Aktion verkauft, da die tragenden Kräfte der Aktion aus der linksradikalen Szene gewonnen werden müssen.

Dieser Politikansatz beinhaltet das spalterische Element, das den militanten Schottergegnern stellenweise vorgeworfen wird.

Die aktionsform, die mit ihrer Transparenz und Massenmedienkompatibilität zur rein symbolischen Aktion wird, hat mit autonomer, selbstbestimmter Politik nichts gemein.

Im Gegenteil werden angeblich verdrehte Aussagen in den Medien, die sich explizit von Sabotageaktionen distanzieren auch nicht öffentlich richtiggestellt: nur in die Szene hinein wird verlautbart, dass die Medien das selbst erfunden hätten und die Distanzierung so gar nicht gesagt wurde.

Auf eine Richtigstellung in den betreffenden Medien wurde jedoch bis heute verzichtet, im Gegenteil wird weiterhin vertrauensvoll zusammengearbeitet, ein Schelm wer...

Die Intention der Kampagne castor-schottern ist eine Vermassung des Protestes. Sie wendet sich mit ihrer Werbekampagne jedoch auch explizit an die linksradikale Szene, da hier das größte Potential an Menschen ist, die

bereit sind die vermeintlichen Grenzen der Legalität zu überschreiten.

Damit stellt sich diese Aktion in Konkurrenz um die Köpfe, die nun entscheiden önnen ob sie eine systemangepasste Aktion des zivilen Ungehorsams unterstützden wollen und dort ein positives Feedback als Teil eines Massenevents erleben, oder sich für die Mühsal der selbstbestimmten, selbstorganisierten Aktion entscheiden, die jedoch versucht ernsthaft einzugreifen und sich unversöhnlich und unangepasst dem System gegenüberstellt.

Castor-schottern macht sich damit zum politischen Gegner einer militanten autonomen Bewegung, da es daruaf abzielt, linke, widerständige Menschen von selbstbestimmten Aktionen abzubringen und sich stattdessen unter geführten, angepassten Aktionen des zivilen Ungehorsams einzubringen, die in den Massenmedien besser ankommt als böser Widerstand. Widerstand wird damit gesellschaftlich integriert, durchschaubar gemacht und damit neutralisiert im Sinne einer Systemkritik.

Castor-schottern unterscheidet sich wesentlich von anderen im Wendland vertretenen Aktionsgruppen wie „Widersetzen", oder der bäuerlichen Notgemeinschaft.

Diese Gruppen wenden sich mit ihrer Mobilisierung an ganz andere gesellschaftliche Kreise, die explizit nicht systemkritisch sind und damit auch nicht zu autonomer Mobilisierung in Konkurrenz stehen.

Eine taktische Zusammenarbeit mit diesen bürgerlichen Widerstandsgruppen ist aus autonomer Sicht unproblematischer.

Einer Unterstützung oder gar Zusammenarbeit mit der Organisation von castor-schottern muss aus autonomer Sicht jedoch vehement widersprochen werden.

Es zeigt sich in der linksradikalen Szene eine erschreckende politische Beliebigkeit, wenn antiemanzipatorische Gruppierungen wie die IL es schaffen, Autonome in ihre Politik einzubinden.

Der Versuch der IL mit ihren machtpolitischen Bestrebungen die linksradikale Hegemonie über Teile anderer Bewegungen zu erreichen, solte nicht unterschätzt werden. Das bereits Teile der ehemals autonom agierenden Gruppen diese Politik bereits unterstützen ist traurig genug, jedoch sollten diejenigen, die erkannt haben, dass castorschottern nicht ihre Aktionsform ist, sich politisch zumindest soweit ernst nehmen diese Aktionsform auch nicht weiter zu beachten, weil es nicht nur um die Aktionsform geht.

Eine Unterstützung der castor-schottern-Kampagne in jedweder Form wendet sich letztlich gegen die eigene selbstbestimmte autonome Politik. Der politischen Beliebigkeit würde weiter Vorschub geleistet und autonomer Politik mit dieser Praxis der Vereinnahmung und des sich vereinnehmen lassens ein Bärendienst erwiesen.

Diese Vereinnahmungspolitik, die von unterschiedlichen Kreisen betrieben wird, versucht die Schottergegner dafür einzunehmen, dass castorschottern ja nur eine Aktionsform von vielen in der Breite des Castorwiderstandes dar stellt.

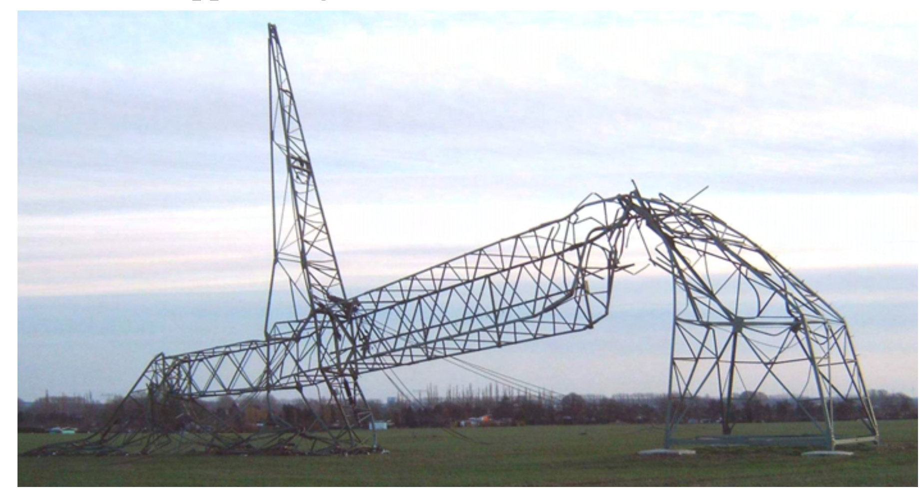
Diese Sichtweise, sei sie nun berechnend oder nicht, verstellt den Blick auf die politische Gegnerschaft im Kampf um die Köpfe der linksradikalen Szene und trägt ebenfalls zur weiteren politischen Beliebigkeit im Denken und Handeln bei.

Autonome Politik braucht, um die Regelhaftigkeit des normalisierten Ausnahmezustands zu durchbrechen, vielleicht Notbremsen und vielleicht die ein oder andere Barrikade, die den Blick öffnet – aber sicherlich keine Bahnsteigkarten.

Autonome Politik braucht gegen die herrschende Normalität der Systemstabilisierung die klare antagonistische Stellungnahme, die Praxis einer „negativen Politik" und viele weitere subversive Elemente – für Freiheit und Glück.

Für die Unversöhnlichkeit

autonom.



Entmietung und Vertreibung in Linden-Nord

im Stil der Firma WohnWert GmbH

In Linden ist die Immobilienfirma WohnWert GmbH, ansässig im Mengendamm 16, 30177 Hannover, in den letzten Monaten zu trauriger Bekanntheit gelangt. Das lokale Anzeigenblatt „Lindenspiegel" berichtet in den drei Ausgaben von Juli, August und September 2011 von zwei Fällen, bei denen sich die Firma durch rücksichtslose Methoden hervorgetan hat.So hat sich ein Mieter des Hauses Limmerstraße 56, nach dem die Eigentümer Dipl. Ing. Tim Fries und Robin Kindler von der Firma WohnWert mit Plänen für massive Umbau und Modernisierungsmassnahmen Druck auf die Bewohner ausübten und versuchten sie zum Auszug zu bewegen, das Leben genommen. Der seit 30 Jahren in der Hausnummer 56 lebende Harald K. hat laut Zeitungsbericht keine Lebensperspektive mehr gesehen. In dem Haus befand sich auch sein Atelier, sowie seine Filmwerkstatt. Die Firma WohnWert sieht keine Mitschuld an dem Todesfall und dementsprechend stellte es für sie auch kein Problem dar, sich kurz nach dem Ableben des Mannes an die Witwe zu wenden, um sie zu fragen: „Wann ziehen Sie denn nun aus?" Auf Nachfrage des „Lindenspiegels" bei der Firma „äußerte ein Vertreter der Firma ernsthaft, es sei doch alles in Ordnung, die Witwe, eine schließlich erwachsene Frau habe freiwillig der Beendigung des Mietverhältnisses zugestimmt. Den Selbstmord ihres Gatten müsse man eben als eine Art Kolateralschaden hinnehmen; schließlich habe dieser auch aus freien Stücken gehandelt und im Grunde sei alles gut." (Lindenspiegel 09/2011, S.2), ähnlich ekelhaft äußert sich die Firma auch in einem in Linden verbreiteten Werbeflyer.

In einem Anderen Fall versucht WohnWert mehrere Mieter kleinerer Geschäfte am Küchengarten zum Auszug zubewegen. Sie ändern in diesem Fall die Bedingungen der Mietverträge. Dies geschieht jeweils zum Verlängerungszeitpunkt, sodass für die dort eingemieteten Geschäfte, auf Grund der zu kurzen Kündigungsfrist von drei Monaten, eine sinnvolle Kalkulation unmöglich gemacht wird. Die Firma plant nach erfolgreicher Entmietung die Geschäfte zu einem großen Geschäft zusammen zu fügen und an Denn's Bio zu vermieten. Hiervon betroffen sind das Cafe Net(t), Falafel Habibi, Elektro Menzel, das Modegeschäft Reents und der Optiker Barton. Der „Lindenspiegel" stellt den Verdacht in den Raum, dass die über den Geschäften liegenden Mietwohnungen nach und nach in Eigentumswohnungen umgewandelt werden sollen. Durch die hohe Mieter_innenfluktuation in den Häusern Limmerstraße 3-5 sei es der Immobilienfirma, laut „Lindenspiegel", möglich die Wohnungen nach und nach zu sanieren um sie schleichend in Eigentumswohnungen umzuwandeln.

Auch in der Nordstadt sind Tim Fries und Robin Kindler schon mit ihren Methoden aufgefallen. Dort haben sie einer Mieterin die Dachgeschosswohnung mit der Begründung gekündigt, dass sie so baurechtlich gar nicht zugelassen sei. Die Dachgeschossetage des Hauses in der Straße „Im Moore", ist bereits seit 40 Jahren in ihrer ausgebauten Form bewohnt. Die Firma WohnWert hat das Haus vor kurzem Erworben und Wohnung für Wohnung saniert und die sanierten Wohnungen dann an kapitalkräftige Kundschaft als Eigentumswohnungen verkauft.

Diese kurze Zusammenfassung kann nur die bisher bekannt gewordenen Machenschaften der Firma WohnWert wiedergeben. Ob diese nur die Spitze des Eisberges sind oder ob es sich dabei um völlig normale Methoden auf dem Immobilienmarkt handelt, wissen wir nicht. Das sie menschenverachtend sind, ist offensichtlich.

Widerstand formiert sich zaghaft

Zwei der Ladeneigentümer haben gemeinsam einen Anwalt eingesetzt, der sie in rechtlichen Fragen unterstützen soll. Das Geschäft Elektro Menzel hat Soli T-Shirts gegen Vertreibung drucken lassen und verkauft diese und die „Kampagne Ahoi - für ein Autonomes Stadtteilzentrum in Linden" hat das kommerzielle „Limmerstraßenfest" genutzt um über die Machenschaften der WohnWert GmbH in der Hausnummer 56 zu informieren. So weit wir wissen wohnt derzeit nur noch ein Mieter, der entschlossen ist zu bleiben, in dem Haus Nummer 56.

Um der Vertreibung durch die WohnWert GmbH etwas entgegenzusetzen wird es notwendig sein, die Betroffenen und die mit ihnen solidarischen Menschen an einen Tisch zubekommen, um politischen Druck gegen die WohnWert GmbH aufzubauen. Gleichzeitig kann es sicherlich nicht schaden, wenn der Firma WohnWert in ihrem Büro oder auf ihren Baustellen auf die Pellen gerückt oder ihre Arbeit sabotiert wird.

Aufmerksame Autonome aus Linden



(Alle Artikel des Lindenspiegels können auf der Webseite: http://www.lindenspiegelaktuell.de/ in der Rubrik Archiv nachgelesen werden)

Kampagne Ahoi - Für ein autonomes Stadtteilzentrum in Linden

Die „Kampagne Ahoi - Für ein Autonomes Stadtteilzentrum in Linden" ist neben einer Baustelle und einer Reihe kommender Strafverfahren (bis jetzt) so ziemlich das einzige, was von der Limmerstrasse 98 übrig geblieben ist. Die Besetzung der L98 zeigte vor allem, dass im Stadtteil Linden ein großes Interesse an Vernetzung besteht, um sich der unerträglichen Stadtteilentwicklung zu widersetzen – jenseits partei-förmiger Organisationsstrukturen und repräsentativen Partizipationsmöglichkeiten.
Die aus der Besetzung hervorgegangene Kommunikationsplattform stellte eine Rahmenbedingung für eine basisorientierte Partizipation dar, eine Rahmenbedingung, um Stadt selbst zu machen. Diese wurde den beteiligten Menschen mit der Räumung entzogen. Die spektrenübergreifende Stadtteilvernetzung ist irgendwo auf halber Strecke liegen geblieben. Darauffolgende Gespräche mit Vertreter_innen des Bezirksrats scheiterten, weil diese nach eigenen Angaben nicht die notwendigen Kompetenzen hätten und ihr Interesse an einer Vernetzung der Bewohner_innen offenbar ohnehin verschwindend gering ist. Wie sollte es auch anders sein? Schließlich sitzen sie bei ihren monatlichen Sitzungen im Freizeitheim Linden nicht umsonst in einer exklusiven Runde, um stadtteilpolitische Entscheidungen zu treffen und Anliegen der Bewohner_innen in der sogenannten „Bürgerfragestunde" rhetorisch auszuweichen. Dabei erscheint uns eine Vernetzung gerade jetzt, in Hinblick auf die kommenden Auseinandersetzung im Stadtteil, als eine nicht zu unterschätzende Chance, der Stadtteilentwicklung etwas entgegenzusetzen. Denn nicht nur uns wird das Leben in Linden schwer gemacht. Exemplarisch für die gesamte Entwicklung Lindens ist die aktuelle Verdrängungsstrategie gegen die alteingessenen Geschäfte am Küchengarten als auch die Sanierung des Altenwohnheims in der Bennostraße. Während in der Bennostraße luxuriöse Eigentumswohnungen entstehen, versucht die Immobilienfirma Wohnwert das Cafe Net(t), Falafel Habibi, Elektro-Menzel, das Modegeschäft Reents und den Optiker Bartels, alles Geschäfte, die das Stadtbild Lindes über Jahrzehnte hinweg geprägt haben, mittels verschärften Mietkonditionen zu verdrängen, um sie gegen einen profitableren Discounter zu ersetzen. Da der Bezirksrat auch in diesem Konflikt auf seine Inkompetenz verweisen wird, ist es umso wichtiger, gemeinsam ein Recht auf Stadt selbst durchzusetzen. Das Ziel der „Kampagne Ahoi" besteht darin, (erneut) eine Kommunikationsplattform für selbstorganisierte Stadtentwicklung in Form eines Autonomen Stadteilzentrums – nicht zu erbetteln - sondern zu kapern. Widerstand gegen Gentrifizierung soll in diesen Räumen organisiert werden. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung geht es der Kampagne dabei auch nicht explizit um die Gebäude der L98 - was nicht mit der Ethnisierung des Konflikts seitens der Presse zusammenhängt - sondern um einen Freiraum irgendwo Linden, der ausreichend Platz für Kommunikation, Kunst, Kultur und Politik schaffen soll. Darum haben in den vergangenen Monaten auch schon einige Aktionen stattgefunden. Neben einer Demo kurz nach der Räumung, an der sich über 200 Menschen beteiligten und viele Solidaritätsbekundungen verschiedener Zusammenhänge verlesen wurden, hat es mehrere unangemeldete Straßenfeste auf dem Küchengartenplatz und ein Spieletreff auf der Limmerstraße gegeben. Dahinter steht das Konzept, öffentliche Räume temporär zu besetzen und mit Inhalten des (noch) nicht existierenden Stadtteilzentrums zu füllen. Wie ihr vielleicht bereits festgestellt habt, bewegen sich die Aktionen der Kampagne dementsprechend auf einer äußerst deeskalierenden Ebene. Das ist allerdings erst der Anfang und muss nicht so bleiben. Wenn der Schaffung eines Autonomen Stadtteilzentrums weiterhin Steine in den Weg gelegt werden, müssen diese irgendwann aufgesammelt werden. Das Plenum der Kampagne versteht sich dabei allerdings weder als Initiatorin noch als Absegnungsinstanz verschiedener Aktionsformen, vielmehr kann das Kampagnenlabel von plenums-unabhängigen Zusammenhängen aufgegriffen und für dezentrale Aktionen verwendet werden, solange diese keine Menschen gefährden. Darüber hinaus ist aber auch eine regere Beteiligung politischer Gruppen und Einzelperson am Plenum wünschenswert, denn es gibt viel zu tun und ohne euch wird es schwer was zu wuppen! Also kommt zum Plenum und bringt euch ein, Mittwochs 20 Uhr auf dem Glockseehof!



Kampagne Ahoi - limmer98.wordpress.com

Der Fackelträger überm Maschsee lässt grüßen

Hannover: Wie eine Skulptur Antifaschismus mit Traditionspflege vereinen soll

Es war im Frühsommer 2005, als ein Brief an die „lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger", von dem damaligen Oberbürgermeister Schmalstieg persönlich unterzeichnet, insbesondere in der Südstadt in zahlreichen Briefkästen steckte, der nach Aussagen der Stadtverwaltung „sehr ernst genommen" würde, wie in der HAZ nachzulesen war. „Wir wollen in dieses Symbol nationalsozialistischer Propaganda nicht mehr investieren!" So sagt es in dem Brief der OB über die Siegessäule am Maschsee. Und weiter: „Der Fackelträger erinnert an den Bau des Maschsees im Jahre 1936, in seiner Säule prangt immer noch der nationalsozialistische Reichsadler…Ein solches Monument zu sanieren ist einem demokratischen Gemeinwesen unwürdig! Im Hinblick auf die Fußball-WM 2006 in der benachbarten AWD-Arena möchten wir die zahlreichen ausländischen Gäste nicht beleidigen und sehen uns daher in der Pflicht, dieses peinliche Relikt der nationalsozialistischen Geschichte aus der Stadt zu entfernen…" Dies allerdings trat nicht ein, vielmehr wurde der Bürgermeisterbrief als „Fälschung" enttarnt, die AutorInnen desselben des „Amtsmissbrauchs" bezichtigt und strafrechtlich verfolgt. Dabei, so ist anzunehmen, war der Sinn der Aktion ganz und gar nicht darauf gerichtet, dem Schmalstieg sein Amt streitig zu machen, vielmehr ging das Bestreben eher dahin, nazifreie Räume zu schaffen, den Entnazifizierungsprozess der bundesrepublikanischen Geschichte als unabdingbare Notwendigkeit einzufordern, die Kontinuität von 3. Reich und Neofaschismus als eine systemimmanente Geschichte begreiflich zu machen.

Im April dieses Jahres wurde nun eine Tafel am Sockel der Siegessäule mit dem sog. Fackelträger der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Diese Tafel war nach jahrelangem ideologischen Gefeilsche des Bezirksrats vom anliegenden Stadtteil mit der Stadtverwaltung angefertigt worden. Der Bezirksrat forderte nicht, den faschistischen Dreck abzureißen, vielmehr solle eine Tafel angebracht werden, wo Aufklärung stattfindet. Der Stadtverwaltung war dies schon zu viel, es solle lediglich darauf hingewiesen werden, dass ein Zusammenhang bestehe zwischen den olympischen Spielen 1936 und dem Fackelträger, dessen Installierung gänzlich zufällig in die Ära des Faschismus fiel, die man als Nationalsozialismus zu bezeichnen pflegt. Ergebnis dieser Scheindebatte ist nun jene Tafel, worauf zu lesen ist, dass der Fackelträger sich auf „den Hitlergruß und das olympische Feuer" beziehe. „Die Siegessäule vereinnahme den Bau des Sees und verherrliche den NS-Staat mit der Inschrift am Sockel." Immerhin ist dies als Versuch zu bewerten, einen historischen Bezug zu dem ganzen Maschseeszenarium zu schaffen. Allerdings ist dieser Versuch als recht stümperhaft und letztendlich enthistorisierend zu bezeichnen.

* Der Maschsee ist ein Produkt jener von den Nazis als "Arbeitsschlacht" titulierten Maßnahmen, die Leute von der Straße zu holen, was dann als Vergabe von „Arbeit und Brot" benannt wurde. Der faschistische Staat organisierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, insbesondere um den Autobahnbau zu forcieren. Aber auch ein Paket von Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur war dabei, worunter die Ausgrabung des Maschsees 1934 bis 1936 fiel. (Nach den olympischen Spielen wurden zahlreiche Projekte zur Kriegproduktion noch dazugenommen.) Das Maschseeprojekt war schon längst vor den Nazis angedacht worden, da immer wieder Leine und Ihme über die Ufer traten und heftige Überschwemmungen der Aegidienmasch verursachten. Die Verzögerung war bedingt durch ein Denkmal Bismarcks, das erhalten werden sollte. Die Nazis hatten da weniger Skrupel.

Die „Arbeitsschlacht" wurde inszeniert vor dem Hintergrund der zeitgleich einsetzenden Politik gegen sog. „unnütze Esser". Zahlreiche Erlasse und gesetzliche Maßnahmen gegen die sog. „Arbeitsscheuen" und „Gemeinschaftsfremden" forcierten den Prozess, die Menschen zur Arbeit zu zwingen, unter welchen Voraussetzungen auch immer. Sie ließen erahnen, welche sozialpolitischen Strategien zur Ausmerze nicht verwertbaren Lebens die faschistischen Machthaber entschlossen waren durchzusetzen. Das Verbot von Wanderarbeit fiel darunter, Bettelverbot, Meldepflicht und Volkszählung, die ersten Arbeits- und Umerziehungslager wurden gegründet, insbesondere für systemunangepasste Jugendliche. Die staatlich organisierten und subventionierten Projekte trugen bereits viele Merkmale von Zwangsarbeit: die Entlohnung lag bisweilen unter dem Satz der Fürsorge. Die Arbeitsbedingungen waren katastrophal.

Für die Baumaßnahmen am Maschsee bedeutete dies: Die "780.000 Kubikmeter auszuhebende Erde mussten den Kriterien für Arbeitsbeschaffung im Rahmen der Notstandsarbeiten entsprechend soweit wie möglich, per Hand bewegt werden." Die 1650 angestellten Arbeiter hatten „pro Stunde eine Kipplore zu beladen, die ungefähr einen dreiviertel Kubikmeter fasste", erinnert sich ein Zeitzeuge. Die Entlohnung lag bei 15,50 RM die Woche, die Arbeitsgeräte mussten selbst

finanziert werden. Über den Zwangscharakter, durch den dieses Projekt erschaffen wurde, suchen wir auf der kritischen Tafel vergeblich einen Hinweis. Kommentarlos werden die BetrachterInnen dem in Runenschrift gemeißelten faschistischen Wortschwall „schaffender Hände", die mit Freude einen See geschaffen hätten, überlassen.
* Der Maschsee wurde zum Prestigeprojekt. Im Vorfeld der Nazi-Olympiade 1936 wurde er nicht nur als Trainingsmöglichkeit für die deutschen Sportler genutzt, sondern sollte den faschistischen Staat in buntem Licht erscheinen lassen. Die faschistische Diktatur gab sich schmackhaft und lebensfroh. Strandschwimmbad und kostenloser Fährbetrieb gehörten genauso dazu wie eine groß angelegte Gastronomie mit Außenanlagen für 4000 Personen. Ein Kunstwettbewerb zur Gestaltung der Uferpromenaden wurde ausgeschrieben. Die Volksgemeinschaft sollte Kraft durch Freude tanken. Zur Eröffnung gab's natürlich Feuerwerk wo „mit Bomben und Granaten ein erster Feuerspuk überm Maschsee" zu bewundern war, wie die regionale Tageszeitung vom 15. Januar 1936 berichtete.
* Das Areal des Maschsees sollte eingebunden werden in ein gigantisches Projekt von Nazipropaganda und militaristischer Selbstdarstellung. Vom Bahnhof bis weit über die Waterloosäule hinaus war ein Aufmarschterrain für militärische Manöver vorgesehen. Ein für „Jahrhunderte ausreichendes Aufmarsch- und Ausstellungsgelände" wurde geplant. Was dem im Wege stand, insbesondere die Altstadt, traditionelles Wohnquartier der Armen, (und auch die Marktkirche) ,sollten abgerissen werden. Hannover sollte eine Stadt werden, die „als erste eine der Baugesinnung des Dritten Reiches entsprechende Ausgestaltung erfahren werde". Insbesondere die Ufer des Maschsees sollten gesäumt werden von einer Fülle von pompösern faschistischer Kultstätten und militärischen Organisationszentren: mehrere Parteigebäude, eine sog. „Führerschule" für die Hitler Jugend, Administrationen für Militär (Heeresgruppenkommando und Luftgaukommando) und ein überdimensioniertes Parteiforum mit einer „Halle der Volksgemeinschaft" (50.000 Stehplätze) samt Glockenturm und „Wahrzeichen" waren vorgesehen. Das alles wurde letztendlich deshalb nicht realisiert, da konkrete Kriegvorbereitungen die Ressourcen banden. Die „Vorbereitungen und Planungen der vom Führer bestimmten besonderen städtebaulichen Maßnahmen sind für künftige Friedensaufgaben zurückzustellen", war aus der Reichskanzlei zu vernehmen. Der so malerische Maschsee als militärisches Zentrum und ideologische Kaderschmiede des 1000jährigen Reiches! Als einziges der eben erwähnten Projekte wurde die „Führerschule" fertig gestellt. Sie war da, wo heuer das Bootshaus samt Gaststätten angesiedelt ist. Die HJ schipperte von dort aus mit einem Übungsschiff der Kriegsmarine auf dem See herum, Krieg üben.
Die Siegessäule hat ihre Tafel. Darin wird immerhin festgehalten, dass der Fackelträger mit der einen Hand die olympische Flamme trägt, die Rechte aber den Hitlergruß darbietet. Die HAZ reagierte mit einem peinlichen Diskurs: Geklärt werden solle nun die Frage „Wie braun ist der Fackelläufer?" (18.4.11) Die Denkmalpfleger des Mainstreams gehen in die Offensive.
- Der Fackelträger recke seine Rechte gar nicht zum Hitlergruß, sondern winke eher beschwingt von der Säule herunter. Er strahle dabei klassisch-griechische Leichtigkeit aus. Also: Wir können uns beruhigt zurücklehnen. Was da als Relikt faschistischen Kults über dem Maschssee throne, sei doch eher ein der griechischen Klassik geschuldetes Kulturgut, also eine Bereicherung des Naherholungsraumes.


„Wille zum Aufbau gab werkfrohen Händen den Segen der Arbeit – Freude, Gesundheit und Kraft Spende fortan euch der See 1934-1936"

Und weiter: der Steinmetz Herrmann Scheuernstuhl, Erschaffer der Skulptur, sei zwar Mitglied der NSDAP gewesen, aber ein richtiger Nazi dann doch nicht. Er sei als Vegetarier und Anhänger ganzheitlicher naturreligiöser Weltanschauungen, der Mazdaznan-Religion, gewesen. Als habe diese Art von Esoterik keinerlei Berührungspunkte mit den „ganzheitlichen" Ideologien von Blut und Boden.
- Außerdem hätten die nationalsozialistischen Machthaber selbst die Figur kritisiert und deren Aufstellung verzögert. Sie drücke eine zu lasche Melancholie aus, ihre Körpersprache insgesamt sei nicht teutonisiert genug, waren deren Vorbehalte. Dass sie nicht den Hitlergruß ausübe, ist den Originalfaschisten nicht aufgefallen.
Das Szenario des Maschsee gibt vor, die Leichtigkeit des Seins zu symbolisieren. Klar doch: für den boomenden Städtetourismus innerhalb Deutschlands ist es ein wichtiger ökonomischer Standortfaktor Hannovers geworden. Der See: mit seinen Drachenbootrennen, Feuerwerken, Segeltörns, Wassersport und Wellnesskult, seinen Joggern und Skatern, umrahmt von Gemäldegalerie (sie spiele in der Championsleage im Konzert der Galerien aller Welt, äußerte jüngst die HAZ), Gastronomie und Fußballarena spendet Power durch Konsum für die verschiedensten Geschmäcker und sozialen Milieus. Dieses Prinzip der Konsumindustrie hat über die verschiedenen Herrschaftsformationen hinweg seine Wirkkraft erhalten. Diesen

Freizeitwert wollen sich die Standortstrategen nicht vermiesen lassen. Es geht um Umsätze und Rendite. Insbesondere für das alljährlich sommerliche Großereignis am See, das Maschseefest. Ein faschistisches Kultobjekt abreißen, das ist undenkbar. Es wird umfunktioniert. Ein Hinweistäfelchen soll die KritikerInnen ruhig stellen.

Anquatschversuche in Hannover

In der letzten Zeit ist es wieder vermehrt zu Versuchen der Behörden gekommen, Leute anzuquatschen und zur Zusammenarbeit zu nötigen.
Es zeigt sich, dass jede und jeder politisch Aktive, ob am Rande oder im Zentrum von linken Zusammenhängen Anzutreffende, damit rechnen muss, angequatscht zu werden. Die Kriterien dafür, wer angequatscht wird, sind sicher nicht zufällig, aber nur für die jeweiligen „Dienste" deutlich. Das Ziel ist es, Menschen aus politischen Zusammenhängen zu observieren, zu belauschen und Daten zu sammeln, um sie dann mit Prozessen einzudecken und damit die politische Arbeit zu zerschlagen. Dazu sind diese Beamten und Beamtinnen ausgebildet, geschult, bestellt und bezahlt.
Sie werden geschult in Gesprächsführung, um die Betreffenden über den Tisch zu ziehen und ihnen die gewünschten Informationen zu entlocken.
Sie sind bestellt, um jegliche Opposition, jeden Protest, jeden Widerstand zu erkennen und zu ersticken.
Sie werden bezahlt dafür, in die persönlichen Räume einzudringen, um Ansatzpunkte zu finden, Haltungen, Meinungen und Aktionen zu kriminalisieren.
Falls weitere Menschen von derart unerwünschten Besuchen betroffen sind, gibt die Rote Hilfe folgende Tipps:
Anquatschversuche finden meist dann statt, wenn mensch nicht damit rechnet. Allzu leicht passiert es dann, dass im Moment der Überrumpelung Dinge gesagt werden, die besser nicht hätten gesagt werden sollen. Denn mit diesen Beamten und Beamtinnen gibt's gar nix zu bereden. Die einzig richtige Reaktion auf Anwerbeversuche kann nur das sofortige Ablehnen jedes Gesprächs sein. Jede noch so lapidar erscheinende Äußerung kann für Polizei wie für Geheimdienste ein wichtiger Baustein in ihrem Bild von politischen und persönlichen Zusammenhängen sein. Nicht selten werden daraus sogar abenteuerliche Anklagekonstruktionen gegen Einzelne oder Gruppen.
Falls es dazu gekommen ist, dass ihr überrumpelt wurdet, zögert nicht, euch anderen anzuvertrauen. Nur dann ist es möglich, das Gesagte einzugrenzen und möglichen Gefährdungen anderer noch zu begegnen. Fast nichts ist schlimmer, als eine unter Umständen entstehende Gerüchteküche.
Immer gilt:
Euch, den von dieser staatlichen Repression Betroffenen, trifft keine „Schuld", ihr habt nichts „falsch" gemacht, ihr seid nicht mit den falschen Leuten zusammen gekommen, ihr seid aus den unterschiedlichsten Gründen vom staatlichen Repressionsapparat „ausgewählt" worden. Beamte und Beamtinnen des Verfassungsschutzes haben keinerlei Befugnisse, eine Aussage oder Mitarbeit zu verlangen. Sie haben keine Macht, juristischen oder sonstigen Druck auszuüben, außer der, die ihr ihnen einräumt. Deshalb verweist mensch sie am Besten gleich des Hauses.
Erzählt von dem Anquatschversuch am Besten sofort der Roten Hilfe oder dem EA und erklärt euch einverstanden, diesen Vorgang zu veröffentlichen, denn nicht ist dem Verfassungsschutz unliebsamer, als eine Öffentlichkeit, die seine Arbeit kritisch wahrnimmt und ans Tageslicht befördert.
Je mehr Leute davon erfahren, desto besser, denn der Verfassungsschutz oder andere Geheimdienste wollen möglichst unerkannt im Dunkeln agieren: weil sonst sind's ja keine Geheimdienste mehr!
Bei den Beamten und Beamtinnen handelt es sich immer um geschultes, professionell ausgebildetes Personal, das euch in jeder Hinsicht immer um mehrere Schritte voraus ist. Zu denken, ihnen bei einem Gespräch etwas vorspielen zu können, sie auf falsche Fährten locken zu können, oder gar ihnen etwas entlocken zu können, ist fatal. Es gibt NICHTS neues, was sie uns zu sagen hätten.
Wenn Verfassungsschützer oder andere „Geheime" euch anquatschen: legt den Hörer einfach auf, schickt sie weg, werft sie raus, haut ihnen die Tür vor der Nase zu, zur Not – geht selber weg. Macht anwesende Freunde und Freundinnen, Bekannte und Verwandte aufmerksam.
Lasst euch nicht einschüchtern. Neben der Abschöpfung von Informationen geht es auch darum, zu verunsichern. Macht denen einen Strich durch ihre Rechnung!
Keine Zusammenarbeit mit den staatlichen Repressionsorganen!
Keine Unterhaltungen mit dem Verfassungsschutz!
Macht jeden Anquatschversuch öffentlich!
Für die Abschaffung der Geheimdienste!
(Fragen oder Anregungen: hannover@rote-hilfe.de oder jeden 1. Sonntag im Monat um 16 Uhr im UJZ Korn)



autonomes

Blättchen

hat Platz für deinen Beitrag: ...



